

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 15. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steh- gebrauchte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen- tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Bierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzelnr. Nummer 5 Pfg. Sonntags- nummer mit illustrierter Sonntags- Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post- Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs- Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Gestrandet.

Nachdem die Kanzlerberatung im Reichstage zwei Tage lang fast völlig im Nachlassereder verfaul, gewann sie am Donnerstag Bedeutung. Der Kanzler würde unsrem Parteigenossen Bebel die Erhöhung der Debatte über seinen Etat danken dürfen, wenn nicht der Kanzler selbst dabei auf den Sand geraten und böse Strandung erduldet hätte.

Bebel behandelte eine ganze Reihe von zeitbewegenden Fragen in knappen und padenden Zusammenfassungen. Alle seine Ausführungen seifelten im höchsten Maße das Haus und Graf Bälows Antwortversuch vermochte die herbeigeführte Klärung nicht im geringsten wieder zu trüben. Bebel bemerkte zunächst zur Auslands- politik, daß das englisch-französische Abkommen doch die zunehmende Isolierung Deutschlands anzeige und daß am wenigsten die laute Gesellen-Lund Loos- und Besuchspolitik diese Lage verbessere. Sodann kritisierte er den Verkauf deutscher Schiffe an Rußland, was einer strengen Neutralität nicht entspreche. Im späteren Verlaufe seiner Ausführungen besprach Bebel die handelspolitische Situation, das Verhältnis der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie, und er zeigte schließlich die Hohlheit des kulturkämpferischen Gebarens der Nationalliberalen, die mit ungerechten Ausnahmengesetzen gegen die Jesuiten streiten, aber in Wahrheit das einzig wirkliche Mittel des Kampfes gegen die kirchliche Verfinsternung, die Herbeiführung ganzer und reifer Volksbildung, überall und stets verhindern.

Vor allem galt es unsrem Redner, das vorläufig abschließende Wort zur preußisch-deutschen Russenfrage zu sprechen. Diese außerordentliche Kulturfrage kümmerst alle bürgerlichen Parteien so wenig, daß keiner ihrer Redner darauf sann, die Ausweisungshatzen des Grafen Bälows auch nur zu erwähnen. Um die Aufhebung der in der Praxis nicht angebanden und darum gleichgültigen Aus- weisungsbefugnis gegenüber Jesuiten gausie man sich viele Monate lang im Lande und nun viele Tage lang in den Parlamenten, aber die zur Thatsache gewordenen, jeden Kulturanspruch Deutschlands höhrenden, jeden früheren Ruffendienst übergipfelnden Ausweisungsgreuel gegen tapfere Ruffenjugend lösen noch immer in keiner bürgerlichen Partei die Reizung zu einigen Widerspruch. Immerhin aber stand die Mehrheit des Reichstages, als Bebel jetzt Bericht hielt, unter dem Eindruck, daß hier wiederum die Sozialdemokratie das große moralische und kulturelle Recht wahr und daß der Regierung nur eines bleibt, wenn sie das vernag, sich in den Grund der Seele zu schämen ob einer Politik, die sie im Urteil der Zukunft un- auslöschlichster Schande überlieferet. Bebel ging davon aus, daß allerdings, nach den vom Grafen Bälows mitgeteilten Aktenstücken, Fürst Bismard schon in den achtziger Jahren das Muster der Würde- losigkeit gegenüber Rußland erreicht habe. Er geißelte dann die Ausweisung der 14 russischen Studenten, die opferbereit gewagt hatten, ihre Ehre gegen schwerste Angriffe zu wehren. Er wies zurück das traurige Spiel mit dem Anarchismus und Terrorismus. Er ließ den niederen Spott über die Silberfarb und Wandelstamm verstummen und schilderte dem todesstill lauschenden Reichstage aus dem heroischen Lebensgang dieses Wandelstammes, welcher der höchsten Achtung wert ist und den nur erbärmliche Wichte zu beschimpfen im stande sind. Auch das Verhalten der Unversitätsbehörden bei diesen Ausweisungen sowie die Polizeiverfolgungen gegen die Familie v. Welfscheloffs und das unabsehbar fortdauernde Königsberger Untersuchungsverfahren fanden ihr gerechtes Urteil.

In dem tiefsten Widerwillen, der uns gegen die russische Bedienungspolitik des Grafen Bälows erfüllt, ist es nicht leicht, die Antwort, die er gab, ruhig zu würdigen. Vielleicht darf man aus dieser Antwort die Vermutung wagen, daß eine innere Stimme sich gegen das zu erheben beginnt, was Graf Bälows in Fortsetzung dessen, was er angefangen, weiter zu vertreten versucht. Seine Erweiterung war ohne Schärfe, matt und farblos, anscheinend ohne Steigerung; kein Witzchen kam zu stande und er blieb ohne jede Wirkung auf die Hörer. Und inhaltlich schien der Versuch des Grafen Bälows nur wie eine nur einmal unvermeidliche Anstandsabwehr; er suchte die Ausweisung von Studenten, denen nicht der geringste Vorwurf zu machen ist, zu verteidigen durch die altbühliche Ablenkung, daß die russischen Revolutionäre keineswegs harmlose Leute seien; er verlas einige Citate, an denen keiner der Ausgewiesenen mit- gewirkt hat und deren Inhalt sich aus den Furchtbarkeiten des russischen Despotismus, die wir an anderer Stelle mitteilen, nur allzusehr erklärt. Zur Ausweisung der 14 Studenten mußte Graf Bälows nichts weiter zu sagen, als daß er sich Grobheiten nicht gefallen lassen brauche.

Damit ist dieses Ausweisungskapitel der deutschen Russenfrage zunächst abgeschlossen. Im russischen Dienst hat das mächtige Deutsche Reich brutale Gewalt fürchterlich mißbraucht, doch schon sind die Gewaltthaten vor dem Richterstuhl der Zivilisation tödlich gerichtet. Die da im Kurs der Gewalt prahlend zu steuern vermeinten — gescheitert, gestrandet!

Was der Reichskanzler außerdem gegen Bebel erwiderte, war nicht erfolgreicher. Vor einer Forderung Deutschlands brauche man sich nicht zu fürchten, meinte der Kanzler im Schein der höchsten Durchsichtigkeit; aber jeder Verständige sieht die Gefahren einer zunehmenden Isolierung bei der heutigen Weltlage, und jeder Ver- ständige sagt sich, daß dieses Wort des Reichskanzlers nur aus der Not eine Tugend zu machen sich bemüht. Graf Bälows bestreitet, daß der Schiffsverkauf an Rußland der strengen Neutralität wider- strebe, und er berief sich hierfür auf den „Vorwärts“, wobei er, wohl durch entsprechende Information seines Gehilfen, das betreffende Citat da abbrach, wo es gegen ihn zu sprechen begann. Er ver- suchte, umgekehrt die Sozialdemokratie der Neutralitätsverletzung zu Gunsten Japans zu bezichtigen, weil die Presse unsrer Partei sich

leidenschaftlich gegen Rußland lehre. Wir schenken dem Kanzler den wohlfeilen Scherz, denn er weiß natürlich, daß bloße Meinungs- äusserungen der Presse oder der Versammlungen auf einem ganz andren Blatte stehen als offizielle Handlungen der Regierung. Graf Bälows sprach in diesem Zusammenhang wieder einmal von der „unflugen und unpatriotischen Haltung der Sozialdemokratie“, die Deutschland gegen Rußland verfeinde, während die französischen Sozialisten weit zurückhaltender seien und dieser Tage erst dem Ministerpräsidenten Combes in Laon, als er die russischen Beziehungen pries, zugejubelt hätten. Es ist wunderbar, wie wenig Graf Bälows von französischen Dingen weiß; abgesehen von der sicherlich andren Lage Frankreichs gegenüber Rußland, als deren Bundesgenossen, an dessen Seite die Bismardsche Politik es gedrängt hat, waren es natürlich keine Sozialdemokraten, die in Lyon um Combes versammelt waren, sondern bürgerliche Radikale; ferner könnte Graf Bälows wissen, daß die französischen Sozialdemokraten beiderlei Richtung fortdauernd die schärfste Propaganda gegen Rußland üben. Wenn endlich Graf Bälows aus der wiederholten Er- klärung Bebel's, daß die Sozialdemokratie nimmermehr die deutschen Lande einem etwaigen Angreifer überlassen werde, die Aufforderung folgert, die Sozialdemokratie müsse dann aber auch Militär- und Flottenvorlagen bewilligen, so beweist er hierdurch, daß es ihm unmöglich ist, unsre Stellung zu der Frage der Landesverteidigung irgendwie zu begreifen. Und doch sollte es schließlich auch für einen Kanzler begreiflich werden können, daß die Sozialdemokratie ein Klassenheer, das zudem zu Angriffskriegen geeignet ist und den Weltfrieden dauernd gefährdet, ablehnt, daß sie andererseits ein Volksheer fordert, das geeignet ist zur Vaterlands- sicherung und zur Befestigung des internationalen Vertrauens. Kurz alles, was der Reichskanzler schlagwortartig und ohne sachliche Ver- tiefung gegen Bebel vorbrachte, schlug völlig daneben.

In übrigen ergab die Sitzung, außer nochmaliger Bestätigung der handelspolitischen Rallosigkeit durch den Reichs- kanzler, die endlose Fortspinnung des Jesuitenstreites. Fest- haltenswert ist daraus nur eine Explosion des Centrumsabgeordneten Dr. Bachem gegen die „furchtbare Arschhaft“ des Staates, der die Eltern mit rauher Gewalt zwingt, sich der religiösen Erziehung ihrer Kinder zu begeben. Doch die Donnerworte Dr. Bachems erinnern nur daran, daß das Centrum das Elternrecht allein dann lennt, wenn der Katholizismus sich zurückgesetzt glaubt, daß es das Eltern- recht jedoch schände vertritt, sobald die Eltern ihre Kinder nicht in der heutigen, Staatskirche, sondern in freieren Weltanschauungs- formen zu bilden wünschen. Das Centrum wütet gegen die Staats- gewalt, wenn sie der katholischen Kirche Weisungen giebt, aber es preist jeden Terrorismus der Staatsgewalt, wenn er im Dienst der katholischen Kirche geschieht.

Die Reichskanzler-Debatte wird am Freitag noch fortgesetzt.

Die letzte Seeschlacht bei Port Arthur.

Die russischen Nachrichten aus Port Arthur geben zwar noch weitere Verluste zu: die Beschädigung eines zweiten Panzers durch eine Minenexplosion sowie die Vernichtung eines Torpedobootes, allein über die näheren Umstände der stattgefundenen Seeschlacht schweigt man sich noch immer aus. Wenn man den offiziellen russischen Nachrichten glauben wollte, so hätten die Japaner lediglich das gesunkene Torpedoboot in den Grund gebohrt, die Versenkung des „Petropawlowsk“ und die Beschädigung des zweiten Linienschiffes wären lediglich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen gewesen. Das neueste Petersburger Telegramm lautet nämlich:

Petersburg, 14. April. Ein Telegramm des Konter-Admirals Fürsten Uchtomski an den Kaiser aus Port Arthur von heute besagt: Am 13. April lenxerte in der zehnten Stunde während eines Manövers des Ge- schwaders auf der Reede von Port Arthur an- gesichts der feindlichen Flotte nach Explosion einer Mine das Panzerschiff „Petropawlowsk“, welches die Flagge des Kommandanten führte. Umgekommen sind: der Kommandant der Flotte und der Chef des Stabes; gerettet wurden: Großfürst Khrill Wladimiro- witsch, der Kommandant Jakowlew, die Lieutenants Untoweli, Zenisch, Dulskii, die Midshipmen Wladimir Schmidt, Schilype und 52 Matrosen. Geunden sind die Leichen des Kapitäns zweiten Ranges Wassiljew, der Midshipmen Klimow und Barotschka, des Doktors Wollowitsch und einiger Matrosen. Von den gestern auf eine nächtliche Expedition ausgesandten Torpedo- booten wurde das Torpedoboot „Wesstratschny“, das sich infolge des schlechten Wetters von der Abteilung getrennt hatte, von feindlichen Torpedobooten umzingelt und ging im Kampfe mit ihnen unter. Fünf Mann sind gerettet. Nach dem Untergang des Panzerschiffes „Petropawlowsk“ habe ich das Amt des Kommandierenden der Flotte in Vertretung zeit- weilig übernommen. Beim Manövrieren des Geschwaders erhielt das Panzerschiff „Pobeda“ durch eine Mine eine Beschädigung in der Mitte auf der rechten Seite. Das Panzerschiff lief ohne Hilfe in den Hafen ein. Niemand tot oder verwundet.

Auch in diesem, reichlich 24 Stunden nach der Seeschlacht ab- gesandten Telegramm wird nicht verraten, ob es denn russische oder japanische Minen waren, durch die den beiden Panzer- schiffen so übel mitgespielt wurde. Den Japanern kann es ja furchtbar gleichgültig sein, ob die unheilvollen Sprengmaschinen eigene oder feindliches Fabrikat waren, aber für eine Konstruktion des Schlachtenbildes wäre es doch sehr wichtig, etwas darüber zu erfahren. Ein Teil der Presse neigt der Auffassung zu, daß der „Petropawlowsk“ durch eine russische Spermine in die Luft gestiegen sei, und zwar infolge eines ver-

hängnisvollen Zufalls. Da aber nach der neuesten russischen Meldung nur auch noch ein zweites Linienschiff durch eine Mine beschädigt wurde, mühte ja die russische Flotte in ganz un- gewöhnlicher Weise von verhängnisvollen Zufällen verfolgt sein. Nach der nicht-russischen Darstellung ist denn auch an den schweren Verlusten der Russen nicht der Zufall, sondern die Angriffschneidigkeit der Japaner schuld.

Die „Central News“ veröffentlichen einen eignen Bericht aus Tschifu; hiernach habe Makarow eine Kreuzfahrt mit sämtlichen Schiffen seines Geschwaders unter- nommen, als er von den Japanern, die sich hinter Liaotischang versteckt hatten, angegriffen worden sei. Als er die Falle sah, gab er den übrigen Schiffen Befehl, sich zurück- zuziehen. Der Rückzug des Admiralschiffes wurde jedoch ab- geschnitten, Torpedoboot umzingelten dasselbe und fünf Torpedos- traßen gleichzeitig den Panzer. Infolgedessen flog er in die Luft; mehrere andre russische Schiffe sollen gleichfalls durch die Japaner beschädigt worden sein.

Von japanischer Seite liegt folgende Meldung vor: Tokio, 14. April. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Admiral Iriw meldet in einer kurzen Depesche, daß die Flotte des Admirals Togo am Mittwoch morgen angriff und ein russisches Panzerschiff, Typ „Petropawlowsk“, und einen „Torpedojäger“ zum Sinken brachte. Auf japanischer Seite kein Verlust außer einem Ver- wundeten. Ein eingehender Bericht wird erwartet.

Danach hätten die Japaner also außer dem Torpedoboot — es handelt sich nach der zuverlässigeren japanischen Darstellung um einen Torpedojäger mit einigen 60 Mann Besatzung — auch den „Petropawlowsk“ zum Sinken gebracht. Nach dieser Dar- stellung hat also eine wirkliche Seeschlacht stattgefunden, die den Russen außerordentlich schwere Verluste geloset hat. Denn es ist ja noch sehr fraglich, ob der durch eine Mine beschädigte Panzer „Pobeda“ (Pobjada) noch geschäftsfähig ist. Dieser „Pobjada“ repräsentiert einen noch jungen und größeren Linienschiffstyp als der verunkene „Petropawlowsk“. „Pobjada“ hat ein Displacement von 12 800 Tonnen, vier 25 Centimeter-Geschütze und elf 15 Centimeter-Schnelllade-Geschütze. Ist er durch seine Ver- legung ebenfalls außer Befecht gesetzt, so sind von den sieben Liniens- schiffen, die sich bei Ausbruch des Krieges in Port Arthur befanden, nur noch drei aktionsfähig!

Ueber die

Bedeutung der neuesten russischen Verluste

urteilt der „Hamburgische Korrespondent“:
„Im Schutze der starken Küstenbatterien entging das russische Port Arthur-Geschwader der Gefahr einer völligen Vernichtung; es konnte sogar in der Folgezeit die Mehrzahl, wenn auch nicht besten der in den ersten Gefechten beschädigten Schiffe repa- rieren. War es nun auch nicht im stande, auf hoher See der gesamten Macht der Japaner erfolgreich zu begegnen, zumal sich eine Vereinigung mit dem starken Kreuzergeschwader in Wladiwostok nicht bewerkstelligen ließ, so konnte es doch die Landungsmanöver der Japaner erschweren, ja unter günstigen Umständen einem Teil der feindlichen Flotte schwere Verluste beibringen. Zumal nach der Uebernahme des Kommandos durch den tüchtigen Admiral Makarow erstand in Rußland die Hoffnung wieder, daß seine ostasiatische Flotte doch noch eine Rolle in dem gewaltigen Kampfe werde spielen können.“

Diese Hoffnung ist heute jäh vernichtet worden. Das Flaggschiff des Geschwaders, der Panzer „Petropawlowsk“ ist in die Luft geflogen. Von dem Stab und der 700 Mann starken Besatzung sind nur wenige gerettet worden. Unter den Toten befindet sich auch Admiral Makarow. Der Verlust dieses ausgezeichneten Führers dürfte, ganz abgesehen von der weiteren Reduktion der an sich schon schwachen Streitmacht der Russen, die völlige Lahmlegung des Port Arthur-Geschwaders be- deuten. Eines der wenigen Panzerschiffe dieses Geschwaders voll- ständig verloren, der Führer der Flotte mit dem größten Teil des Stabes tot, dazu der moralische Eindruck eines solchen Ereignisses auf die Mann- schaft: das giebt das Bild einer Katastrophe. Dem gegenüber will es wenig bedeuten, daß es gelang, auch den neuen Angriff der Japaner abzuschlagen.“

Soweit man die Sachlage übersieht, werden die Japaner von dem Port Arthur-Geschwader sich kaum noch großer Schwierigkeiten zu versehen haben. Es besteht ja nach Abzug des „Petropawlowsk“ noch aus vier Panzern und fünf oder sechs Kreuzern, aber von den Panzern sind nur zwei als moderne Schiffe zu betrachten, und Kreuzer betreffen nicht die Entscheidung. Vor allem aber ist durch den Tod Makarows dem russischen Geschwader der Wagemut, die frische Initiative genommen, die seine Kraft verdoppelt.“

Admiral Makarow

war 1848 geboren. Er stand seit 1864 im russischen Militärdienst. Im russisch-türkischen Kriege kommandierte er den Dampfer „Groß- fürst Konstantin“, der mehrere lähne Angriffe auf türkische Häfen ausführte. Im Jahre 1881 war er im Corps des Generals Stokolew im Feldzuge gegen die Khal-Turkmenen. Später in verschiedenen Stellungen wieder der Marine angehörig, zeichnete er sich besonders durch Einführung zahlreicher von ihm selbst erfundener technischer Verbesserungen aus. In weiteren Kreisen wurde er durch die von ihm angegebene Konstruktion des Eisbrechers „Jermal“ bekannt, mit dem er u. a. eine Winterexpedition nach dem Franz Josephsland unternahm. Von dem Posten eines Oberkommandeurs des Kronstädter Hafens wurde Makarow bald nach Beginn des gegenwärtigen Krieges, als Nachfolger des Admirals Stard, zum Befehlshaber der Flotte im Stillen Ocean ernannt. Die großen Erwartungen, die man in ihn setzte, hatte er, wie unsre Leser wissen, bereits zu erfüllen begonnen; das Geschwader von Port Arthur entwickelte seit seinem Eintreffen eine weit energiereichere Thätigkeit als zuvor.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. April.

„Ich bin Banane genug!“

Kunst und Wahlrecht haben sicherlich kaum irgend etwas mit einander zu thun. Dennoch ist es sehr merkwürdig und lehrreich zu beobachten, wie das demokratische Wahlrecht auch auf dem Gebiete der ihrem Wesen nach aristokratischen Kunst erzieherisch wirkt. Das allgemeine Wahlrecht arbeitet wirksam an der Aufgabe mit, das Volk selbst aus dumpfer Verwahrlosung zur Persönlichkeit zu erheben. Ist aber die Masse in ihrem Emporwachsen zu persönlichen, selbstbewußten Würde gereift, so gewinnt sie auch Verständnis für die Kunst, in der die große Persönlichkeit den Kulturgehalt der Zeit auf ihre Weise gestaltet und erhöht. Im Reichstage des allgemeinen Wahlrechts, des „Pöbel-Wahlrechts“, blieben die vor einigen Wochen geführten Kunstdebatten auf einer gewissen anständigen Höhe. So wenig sich auch Parlamente eignen mögen, Kunstfragen zu erörtern, im Reichstage erörterte die Redner aller Parteien danach, zu beweisen, daß auch sie nicht künstlerischer Kultur entbehren. Hinter dem Streite zwischen „Secession“ und Kunstgenossenschaft steht keineswegs der Kampf von künstlerischen Richtungen, sondern die Aufsehung gegen das persönliche Regiment in der Kunst, das durch die Verteilung von Hofgunst und die Verbindung der Hofacht dem individuellen Kunstgeschmack eines Einzelnen Zwangsmaß zu bereiten strebt. Darum wurde von allen Parteien im Reichstage die Secession recht kräftig gegen den offensiblen höfisch-staatlichen Wohlthätigkeit. Selbst das Centrum verwarf im Reichstage klug seine Heimgewinnung und postierte Verständnis für Kunst und andre Kunstwerke.

Anderes im preussischen Abgeordnetenhaus, dieser aus dreimal gesiebt herabgegangenen Vertretung der „gebildeten“ Nation. Hier gab es am Donnerstag einen matten Nachhall der Kunstdebatten, eine preussische Ausgabe der Verhandlungen des Reichstages von trister Rede und zum Teil auch von hoher Komik.

Zwar wurde auch im Abgeordnetenhaus „Gerechtigkeit“ für die Secession verlangt, aber mit Ausnahme des freisinnigen Trägers und allenfalls noch des Nationalliberalen Deumer wurde die Kernfrage, den Protest gegen das preussische Hofkunst-Syndikat und seine Monopolbestrebungen herumgeredet. Ja, was im Reichstage niemand gewagt hatte, wurde hier Ereignis: Durch die Debatte lang deutlich die Note von der Rinnstein-Kunst durch. Herrn Deumers Kühnheit geht nur bis zu dem Eingeständnis, daß er das Marmorlager am Brandenburger Thor nicht überwältigend findet und daß er jährliche Ueberflüssen über die Staatsanläufe fordert, aber auch er ist nur für die Freiheit der „berechtigten“ Kunst und nur diejenige Kunst ist augenblicklich berechtigt, die einem Mitglied des Centralverbandes der Industriellen keine Unruhe bereitet: Also fort mit dem „nackten Ignominium“ und dem „krassen Realismus“, fort mit der „zynistischen“ Kunst. Mit Recht zog dann der Düsseldorfer Kirsch vom Centrum die Konsequenz, daß die Nationalliberalen nun künftig für die lox Heilige stimmen würden. Herr Kirsch war natürlich auch nur für die berechtigte Kunst, und den Berechtigungschein sieht er darin, daß sie auf der Grundlage des Christentums ruhen muß; die alte heidnische Heilenkunst war folglich nicht berechtigt.

Den Höhepunkt der künstlerischen Weltanschauung der Dreiklassen-Kammer erklimmt aber der Udermärer Reowski, Rechtsanwält, Notar und Justizrat dazu, der sehr richtig und mit bewundernswürdigem Mut rief: „Ich bin Kunstbanane genug, um den hohen nationalen Wert der Siegesallee anzuerkennen.“ Dieser Fraktionskollege des Herrn v. Kardorff, der offenbar keinen secessionistischen verlorenen Sohn hat, entdeckte auch, daß die Werner-Truppe von den Secessionisten vergewaltigt wurde und veränderte das merkantile Prinzip, man dürfe die Werke der Berliner Hofkünstler nicht schlecht finden, weil das die Interessen der deutschen Kunst auf dem Weltmarkt schädige; es fehlte nicht viel, so hätte der national nützliche Udermärer alle Freunde der Secession als „Agenten des Auslandes“ gebrandmarkt.

In einem heiteren Zwischenspiel bemühte sich der alte Herr v. Reumann, Mittergutsbesitzer bei Königsberg in der Neumark, seine in einem langen Leben aufgespeicherten Kunstgrübeleien auf einmal los zu werden. Er redete eine ganze Weltkunstgeschichte, fand, daß die Secession unsittlich mache und feierte den hochseligen Philipp II. von Spanien, der den Belasquez vor dem Abstrich in die Simplicissimus-Schlünde gerettet habe.

Der Kultusminister Studt — in den Feispielen der Secession pflegt sein Name zu zücken — konnte erleichtert aufatmen. Es war nicht arg geworden. Er war froh, konstatieren zu können, daß alles in Ordnung sei, daß Preußen alle Kunst, freilich nur die „wahre“ Kunst gleichmäßig und gerecht unterstütze — was „wahr“ ist, erfährt man beim Portier des Kultusministeriums — und der höfische Kunstgeschmack auf die staatlichen Anläufe keinen Einfluß habe. Der verdiente Direktor der Nationalgalerie, Herr v. Tschudi, war zufällig nicht anwesend; sonst hätte er sicherlich aus seinen Erfahrungen heraus den Schwur seines Chefs bekräftigt. Oder leitet Herr v. Tschudi, der gegen eine Welt von Schwierigkeiten die Nationalgalerie zu einer der schönsten Sammlungen fast aus dem Nichts erhoben hat, nicht mehr dies Justitia? Man sagt ihm ja längst schwere Verträge gegen die „wahre“ Kunst nach.

In einer Abend Sitzung wurde das Kapitel von preussischer „Kunst und Wissenschaft“ fortgesetzt, die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr verlagert.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus trat am Donnerstag wieder zusammen. Auf der Tagesordnung standen lediglich Petitionen und der Kommissionsbericht über den Gesegentwurf betr. die Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Porzellan- und zur Abwasserreinigung im Emischer-Gebiete. Diese Vorlage wurde nochmals in die Kommission zurückverwiesen. Von den Petitionen ist allgemein beachtenswert nur die des Centralvereins für Jugendpflege auf Erlaß einer Novelle zum preussischen Gesetz über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger. Entgegen dem auf Uebergang zur Tagesordnung lautenden Kommissionsantrag überwies das Haus die Petition der Regierung als Material.

Am Freitag sieht die zweite Lesung des Gesegentwurfs betr. die Gründung neuer Anstellungen (Polenvorlage) zur Beratung.

Bälows Schilling.

In der letzten Reichstags-Sitzung hat Graf Bälow einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ erwähnt, in dem das Attentat gegen den Wilnaer Gouverneur v. Wahl besprochen wurde. Mit Empfindung wandte sich der Reichskanzler gegen das sozialistische Organ, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, wie sein Schilling v. Wahl ansieht und welche Handlung seiner Zeit das Attentat hervorgerufen hat.

Der General v. Wahl gehört zu den bestialishten Vertretern des russischen Vintregiments. Vor etwa 27 Jahren ließ er in Bites! (Litauen) ältere Gymnasialisten auf der Polizeiwache durchprügeln. Später, als Gouverneur von Kurland, ließ Wahl einige bei Bauernunruhen verhaftete Bauern zu Tode prügeln. Als Polizeimeister von

St. Petersburg sagte v. Wahl zu den Arbeiterinnen, die über miserable Löhne klagten: „Verdient Euch durch Prostitution dazu!“ Nach solchen Beweisen der Regierungswürdigkeit wurde v. Wahl wieder als Gouverneur nach Litauen geschickt. Von vornherein terrorisierte er die gesamte Bevölkerung in der unglücklichsten Weise. Ein allgemeiner Haß war das einzige Gefühl der gesamten Bevölkerung zu dem würdigen Nachfolger Murawiew des Henkers. Es kam die Meißner von 1902. Die Arbeiterorganisationen verbreiteten Maiaufreife. v. Wahl setzte die Stadt Wilna fast in Belagerungszustand und kündigte die strengsten Strafen gegen die Demonstration an. Das Militär stand unter Waffen. Die Manifestation kam fast gar nicht zu stande. Etwa 40 Arbeiter demonstrieren, wurden aber sofort umzingelt, in unmenschlichster Weise mißhandelt und verhaftet. Die Skofalen schlugen auch auf das Publikum ein.

Am nächsten Tage fand in dem Polizei-Arrest eine schreckliche Scene statt. v. Wahl ließ die Verhafteten systematisch auspeitschen. Wahl stand daneben und machte sich in bestialischer Weise über die 30 Gequälten lustig. Wenn die Armen heringeführt wurden, begrüßte sie Wahl mit spöttischem Lächeln: „Ich begrüße zum Festtag“, dann zeigt er auf die bereitliegenden Ruten mit den Worten „das ist die Ueber-raufung!“ Der hinzugezogene Arzt verhielt sich ebenso cynisch. Die von ihm Untersuchten, welche eine Krankheit angaben, verspottete er in größtmöglicher Weise. Den Arbeitern, die einen Verzeßler angaben, erwiderte er: „Thut nichts! Herzklappen ist da, das ist aber nur vor Angst! Kann geschlagen werden!“ Wahl lächelte dazu und zählte dann selbst mit bestialischer Wollust laut die Anzahl der Schläge. Bei einer Gruppe der Verhafteten stellte er an jeden die Frage, wie alt er sei — und ließ dann so viel Schläge herabsausen, als Jahre angegeben wurden. Ein junger Arbeiter erwiderte trotzig: „1000 Jahre“ — Wahl ließ ihm über 100 Schläge geben. Die armen Opfer schrien so laut, daß die Bewohner der ganzen Straße von graußigem Entsetzen erschrocken wurden. v. Wahl hatte keine Freude an dem Vergewaltigungsschrei der Gequälten. Als ein Arbeiter alle Qualen erlitt, ohne einen Laut hervorzubringen, ließ er ihn immer weiter schlagen, bis das Opfer vor Schmerz aufschrie.

Wenige Tage nach dieser schrecklichen Exekution gab ein einfacher Arbeiter zwei Revolverkugeln auf Wahl ab. Die ganze Stadt nahm die Nachricht von dem Attentat mit begeistertster Freude auf. Dem Gehilfen Wahls an der Küspelschule wurde einige Tage später der Schädel eingeschlagen. Der Arzt, der die Gequälten verspottet hatte, wurde in einem Handstreich ausgepeitscht und nachher in der chemisch-technischen Schule von seinen Schülern mit stürmischen Zurufen: „Weg! Genter! Schurke!“ empfangen, so daß er flüchten mußte.

Der Attentäter wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Ein Verteidiger wurde nicht zugelassen. Vor Gericht verhielt er sich ruhig — sprach kein Wort. Nach dreistündiger Verhandlung wurde er zum Tode verurteilt. Dann erst wurde ein Anwalt zugelassen. Das Urteil wurde schon am 10. Juni am Galgen ausgeführt.

Wahl floh aus Wilna. Stundenlang sah er auf dem Bahnhof in einem besonderen, von Gendarmen umgebenen Wagen und fuhr nach Petersburg.

Welche Gefühle die niederträchtige Handlungsweise v. Wahls in der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, geht aus einem Ausruf hervor, der wenige Tage nach der Auspeitschung in Wilna in Massen verbreitet wurde und aus dem wir folgendes wiedergeben wollen: „Genossen!

Es giebt Verbrechen, so wild, so gräßlich, daß es an Worten fehlt, sie zu brandmarken. Es giebt blutigerge Bestien, niederträchtige Reptilien, die schon durch ihre Existenz die Menschlichkeit schänden. Das moskowitzische Jazat begeht solche entsetzliche Verbrechen — solche blutigerge Bestien regieren über uns.

Der niederträchtige Scherze Wahl ließ die während der Demonstration verhafteten Arbeiter mit Ruten auspeitschen. Schon zeitig vor der Demonstration ließ er eine große Zahl von Ruten bereit legen — er selbst leitete die Exekution persönlich. Die Augen leuchteten ihm in listerner Wollust, als er auf die blutenden, in Qualen sich windenden Menschenkörper blickte!

Und denkt daran, daß von solchen Verbrechern unsre Freiheit, unsre Ehre, unser Leben abhängt! Denkt, daß Millionen von Menschen auf Gnade und Ungnade dem wahnsinnigen Verbrecher überliefert sind!

Das Jazat stützt sich auf das Verbrechen — lebt von fortwährenden Verbrechen — überlebt Verbrechen die Gewalt. Die Schergen zertreten alles Menschenrecht mit Füßen, achten selbst ihre moskowitzischen Gesetze nicht, wenn es sich darum handelt, uns zu mißhandeln.

Litauen hat schon schreckliche Erfahrungen hinter sich. Murawiew der Henker hat würdige Nachfolger.

Jetzt haben wir Wahl den Aufschläger! Genossen, wehren wir uns!

So sieht der Gouverneur Wahl aus — der neueste Schlingling des deutschen Reichskanzlers! —

Deutsches Reich.

Das Hohenstein.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Große Aufregung hat der perfekt getwundene Verlauf der Fische „v. Bickfeld-Tiefbau“ in den Kreisen der Beteiligten hervorgerufen. Am Tage der Zustimmung zu dem Kaufangebot von „Bismard“, fand schon abends eine vom Verein der Haus- und Grundbesitzer inszenierte Besprechung statt, zu welcher zum Teil telegraphisch eingeladen worden war. Es hatten sich Vertreter fast aller wirtschaftlichen Vereinigungen eingefunden, auch die gewerkschaftlichen Organisationen waren vertreten. Ein Pfarrer befuhrwortete die Regierung zu erlauben, dahin zu wirken, daß das Syndikat die Zustimmung zu der Uebernahme von Beteiligungsziffern auf andere Beden die Zustimmung verweigere. Am besten werde sein, den gesamten Vergbau zu verstaatlichen.

Eine sehr große Mißstimmung herrscht gegen den Vertreter des Kreises im Abgeordnetenhaus. Herrn Schmieding. Mit gewisser blutiger Ironie bemerkten Redner, man habe den Herrn allerdings gewählt, aber gerade ihn könne man nicht mit der Vertretung der Interessen der Gemeinde betrauen, das habe der Herr auch dadurch gezeigt, daß er in der Versammlung der Aktionäre — zu denen er gehört — kein Wort gegen den Verlauf gesagt habe. In Konsequenz der Einsicht, daß der schlechteste Vertreter ihr Vertreter ist, soll den Landtags-Abgeordneten mit Ausschluß des eignen Abgeordneten eine Resolution unterbreitet werden, durch welche man ein Veto zu Gunsten der bedrohten Gemeinden einzulegen sucht. Eine aus drei Personen bestehende Kommission soll den Regierungspräsidenten auf die zu erwartenden Schäden hinweisen und seine Intervention nachsuchen, nötigenfalls soll die Kommission beim Ministerium vorstellig werden. Ferner wurde beschlossen, für nächsten Sonntag eine Volksversammlung einzuberufen, in welcher ebenfalls zu der Angelegenheit Stellung genommen werden soll.

Badische Reaktion.

Man schreibt uns aus Karlsruhe: Als wir vor einigen Wochen berichteten, daß die Verfassungskommission der Zweiten Badischen Kammer die erste Lesung der Wahlreform-Vorlage beendet habe, da konnten wir konstatieren, daß der Regierungsentwurf ein wesentlich freundlicheres Gesicht erhalten hatte; die reaktionären Anschläge auf das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer waren wesentlich abgeschwächt worden und das budgetäre Uebergewicht der Volkskammer über die Junkerkammer, das vernichtet werden sollte, blieb erhalten. Wenn auch für uns Socialdemokraten noch viel zu wünschen übrig blieb, man konnte, wenn die Reform so zu stande kam, sie wenigstens keinen Rückschritt nennen. Die Regierung will es anders; sie will das direkte Wahlrecht nur verkaufen gegen beratige Verschlechterungen, daß in der Zweiten Kammer Karren sitzen müßten, wollten sie auf den Handel eingehen.

Am Mittwoch gab die Regierung in der Verfassungskommission ihre gestern bereits erwähnte Erklärung zu deren Beschluß erster Lesung ab.

Die Mitglieder der Zweiten Kammer sollten zu Gunsten der jetzt schwer benachteiligten großen Städte von 63 auf 70 vermehrt werden. Um dem Centrum, das die ländlichen Kreise vermehrt wissen wollte, entgegenzukommen, beschloß die Kommission, die Mitgliederzahl auf 73 zu erhöhen.

Die Regierung lehnte ab, weiter wie 70 zu gehen; sie ließ durchblicken, daß sie nicht gegen eine Verabschiedung der Städte zu Gunsten des Landes sein würde, ob sie indes mit der Aufhebung der sogenannten Städteprivilegien — 8 kleine Städte wäßen jetzt, obwohl sie zum Teil weit hinter der Einwohnerzahl der andern Wahlkreise zurückblieben, je einen Abgeordneten für sich — einverstanden wäre, darüber verweigerte der Minister zunächst noch die Auskunft.

Das von der Kommission beschlossene Proportionalwahlrecht für die großen Städte, welche mehr als einen Abgeordneten zu wählen haben, erklärte die Regierung gleichfalls für unannehmbar. Hauptgrund: Baden will nicht mit dem Proporz der politischen Wahlen anfangen.

Endlich sind der Regierung die Beschränkungen des Wahlrechts zur Zweiten Kammer in der Kommission zu sehr abgeschwächt worden. Es sollte nach dem Regierungsentwurf zweijähriger Besitz der Staatsangehörigkeit und des Wohnsitzes zur Wahlberechtigung erforderlich sein und der Wahlberechtigte müßte im letzten Jahre vor der Wahl seine Staats- und Gemeindesteuer bezahlt haben. Die Kommission beschloß es schon bei der einjährigen Staatsangehörigkeit oder einjährigen Wohnsitz bewenden zu lassen; die Steuerrestanten-Bestimmung wurde durch das Erfordernis der Mohnung und „persönlichen Verschuldens“ abgeschwächt.

Die Regierung ist mit Herabsetzung der Karenzzeit auf ein Jahr einverstanden; sie besteht jedoch darauf, daß Staatsangehörigkeit und Wohnsitz ein Jahr gedauert haben muß; bei den Steuerrestanten soll es nicht auf das „Verschuldens“ ankommen, schon derjenige soll ferner wahlrechtsverlustig sein, der ungeachtet der Mohnung seine Steuern nicht bezahlt.

Die Kommissionsbeschlässe über die Zusammensetzung der Ersten Kammer werden von der Regierung durchweg abgelehnt. Sie erklärt für unannehmbar, daß ein Vertreter der Arbeiterkammern in die Erste Kammer kommt, sie will statt zweier Handelskammer-Vertretern deren drei und statt drei Städtevertretern vier Vertreter von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Die wichtigste Frage aber, die für alle Parteien prinzipiell Bedeutung hat, ist die Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer. Die Regierung wollte in dieser Hinsicht die beiden Kammern einander völlig gleichstellen; da jetzt das Budgetrecht der Ersten Kammer gleich Null ist, bedeutete das eine starke Zurücksetzung der Zweiten Kammer. Die Kommission beschloß das Vorrecht der Zweiten Kammer in jeder Hinsicht zu wahren.

Demgegenüber erklärte die Regierung: Wenn das Budgetrecht der Ersten Kammer nicht erweitert wird, ist das ein „wesentliches Hindernis für das Zustandekommen des Gesetzes“. Sie müsse darauf bestehen, daß die Erste Kammer über jede einzelne Position des Budgets beraten und mit voller Wirkung beschließen könne; bei Differenzen zwischen den zwei Kammern soll aber jede fristige Position nur wie bisher über das Gesamtbudget Auszahlung der beiden Kammern beschließen dürfen. Dasselbe gelte für das Finanzgesetz. Nach den Beschlässen der Kommission, nach welchen ein abgelehntes Staatsfinanzgesetz gar nicht erst an die Erste Kammer geht und die Erste Kammer das Budget nur im ganzen annehmen oder ablehnen kann, werde die Ablehnung des Gesamtbudgets geradezu als verfassungsmäßiges Recht anerkannt. Darauf könne die Regierung niemals eingehen, das sei geradezu eine Herausforderung zum Staatsstreich.

Damit ist die Reform erledigt. Die beiden großen bürgerlichen Parteien haben sich auf die Beschlässe der Kommission festgelegt, und der Socialdemokratie war es noch zweifelhaft, ob sie für die Kommissionsbeschlässe stimmen konnte, geschweige denn, daß sie die Mißwärtbewegung der Regierung mitmachen kann. Die Aussicht, in Baden das direkte Wahlrecht zu erlangen, dürfte damit auf lange Zeit hinaus begraben sein.

Warum Kopp Friedensfürst wurde. Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt näheres zu dem überraschenden Beschluß des Fürstlich-hohenzollernschen Kopp, die Klagen gegen die radikal-polnischen Blätter zurückzugeben:

Kardinal Kopp hatte zum Ofterfest dem Verteidiger im Deutheuer-Prozess, Dr. Seyda, einen freundlichen Gruß gesandt und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das heilige Fest besänftigend und friedlich auch in Oberschlesien wirken werde. Daraufhin kam Dr. Seyda nach Breslau und wies in einer längeren Unterredung mit Kardinal Kopp darauf hin, daß durch die Veröffentlichungen der Geistlichen und deren unausbleibliche Folgen auf Frieden einstweilen nicht zu hoffen sei. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die etwaigen Meineidsprozesse für die Angellagen einen günstigen Ausgang nehmen dürften, da die Verteidigung in der Lage sei, jede der beschrifteten Zeugenansagen durch eine große Anzahl anderer Zeugen zu bekräftigen. Die Folge dieser Unterredung war, wie von absolut zuverlässiger Seite berichtet wird, daß sowohl die Verteidigungsanfragen der Zeugen, wie die Erhebung der Klagen wegen Meineids unterbleiben werden.

Herrn Kopp's „Friedensliebe“ muß sich aber noch ein weiteres abringen: Die Geistlichen müssen zur Zurücknahme ihrer verächtlichen Erklärungen veranlaßt werden.

Die Wirtschaft in den Krupper Anstalten. Die die „Morgenpost“ berichtet, ist der aus dem Tausch-Prozess bekannte, jetzt in den frommen Anstalten deamte Herr v. Lühow, der Gewährungsmann für die Nachricht, daß der geistestranke Russe Pniower auf Befehl des Regierungspräsidenten als militärpflichtig an Ausland ausgeliefert worden sei. Herr v. Lühow soll derjenige gewesen sein, der von der allgemeinen Ausweisungssorder militärpflichtiger Russen gesprochen hat.

Man muß zugeben, daß Herr v. Lühow kein vertrauenswürdiges Gewährungsmann ist. Immerhin bleibt die Angelegenheit dunkel. Klar ist jedoch, daß eine heillose Wirtschaft in den Anstalten herrschen muß, wenn lebenslänglich eingelaufene Insassen einfach zur finanziellen Entlastung der in großen Schwierigkeiten stehenden Institute abgeschoben werden.

Lieutenantssauen. Das Ober-Kriegsgericht in Koblenz befand sich mit folgendem Fall: Am 6. Februar, nachts gegen 1 Uhr, laut der Lieutenant Damann vom Infanterie-Regiment Nr. 161 in Trier in der Dienstmühe auf die Wachtstube der Hauptwache. Er stellte den wachhabenden Unteroffizier Ratke zur Rede, weil er nicht „Achtung“ gerufen habe und die auf den Britischen ruhenden Mannschaften nicht antreten ließ. Er befahl dem Unteroffizier dann, dies zu thun. Der Unteroffizier führte den Befehl nicht aus, da er

nach den Bestimmungen der Wachordnung dazu nicht verpflichtet sei. Der Lieutenant lag darauf selbst an. Dann ging er weg, revidierte die Kasernenwache und kam nach einiger Zeit wieder, um seine Befehle zu wiederholen. Der Unteroffizier weigerte sich wieder, worauf der Lieutenant die Meldung ins Hauptbuch schrieb. Das Kriegsgericht der 16. Division sprach den Unteroffizier frei von der Anklage des Ungehorsams und des Verhrens darin vorbestimmter Mannschaften, da Lieutenant Damann nicht der Vorgesetzte der Wache gewesen sei und also nicht berechtigt war, der Wache Befehle zu erteilen; die Wachen unterstanden außer dem kommandierenden General und dem Stadtkommandanten nur noch den zur Wache befohlenen Offizieren; der Wache gegenüber hörten alle Vorgesetzten auf. — Das Ober-Kriegsgericht schloß böllig und unbegreiflicherweise die Deffentlichkeit wegen „Gefährdung militär-dienstlicher Interessen“ aus. Das öffentlich verkündete Urteil verwarf die Berufung des Gerichtsherrn. Es bleibt also bei der Freisprechung. —

Eine Centrumsgröße, der Fabrikant August Bogeno, ein bekannter Katholikentags-Medner, ferner Centrums-Socialpolitiker, Gemeindevertreter, erster Beigeordneter in Naarn bei Aachen, Kirchenrentant und Duzfreund der hohen Geistlichkeit, Angehöriger einer der ersten Familien des Aachener Bezirks usw., wurde von der Strafkammer in Aachen wegen Unterschlagung von Kirchenkapitalen und der einen erheblichen Inhalt aufweisenden Kasse der katholischen Studentenverbindung „Carolingia“ zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Eine gefährzte Ordnungsfälle. Die Strafkammer in Köln verhandelte mehrere Tage gegen den Fabrikanten Adolf Bauer in Köln-Eindorf, der vor einiger Zeit wegen Unterschlagung und wegen Verleitung zum Meineid zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt, dann mittels Automobils über die französische Grenze geflohen, aber nach längeren Verhandlungen ausgeliefert worden war. Bauer war Hauptmann der Reserve, Stadtverordneter der ersten Klasse, Inhaber vieler Ehrenämter und stand in hohem Ansehen. Er unterschlug in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Westdeutschen Thonröhren-Syndikats eine Gesamtsumme von 53 000 M. Der Staatsanwalt beantragte für die Unterschlagungen 3 Jahre Gefängnis; es liege ein großer Vertrauensbruch vor; der Angeklagte sei von ehrolofer Gesinnung und ein krasser Egoist, der immer nur on seine eigne Person denke. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis. —

Von russischen Grenzposten erschossen wurden in der Nähe von Myslowitz zwei Russen beim Ueberstreiten der Grenze. Sie trugen keine Pässe und die 30 Kopelen, mit denen sie den Posten beschützigen wollten, genügten dem Manne nicht. —

Ueber ein Vorspiel zum Herero-Kaufstand

Berichtet ein Brief des inzwischen gefallenen Vicesfeldwebels der Reserve Bernhard Wellstein, Farmer bei Gobabis, den der „Schwäbische Anzeiger“ abdruckt. In diesem Brief heißt es: „Seit dem 15. Januar bin ich zu den Waffen eingezogen. Schon am 16. Dezember 1903 hörte man geräuschweise von dem beabsichtigten Kaufstand der Hereros! Mein Nachbar erschöpf um diese Zeit auf seiner Farm zwei rebellische Hereros.“

Eine sehr seltsame Nachricht! Sollten solche Alte allzu energischer Selbsthilfe nicht auch ihr Teil zu der viel später erfolgten wirklichen Erhebung beigetragen haben? —

Ausland.

Schweiz.

Aus der Bundesversammlung.

Bern, 13. April. (Fig. Ver.) Der „Vorwärts“ hat bereits den Beschluß des Ständerats betreffend das neue Anarchistengesetz kritisch glosiert. Ueberraschend ist die Zustimmung dieses Parlaments zu diesem Beschluß nicht, denn die Annahme aller bundesrätlichen Vorlagen ist ja die Regel, namentlich dann, wenn es sich um eine Reaktion unter der Flagge der Bekämpfung des Anarchismus handelt. Die Erregung, mit der im Ständerat Bundesrat Bremser seine Mißgeburts gegen die Verzeihung „lex Sylvestrelli“ verurteilte, indem er dabei mit parlamentarisch feinstem Tone von „blödem Gerede“ redete, war kein Beweis für die Güte seiner Sache, und er dürfte auch niemand zu seiner Ansicht bekehrt haben. Bei der Affaire Sylvestrelli handelte es sich um die Forderung der italienischen Regierung nach Bestrafung des Anarchisten Bertoni wegen seiner Freude über die Ermordung König Humberts und wegen der kritischen Darstellung der Thätigkeit desselben an der Spitze Italiens. Da zur Einleitung eines strafgerichtlichen Verfahrens ausdrücklich ein bezüglicher Antrag Italiens notwendig war, die Regierung aber einen solchen nicht stellen wollte, sondern ohne weiteres einschreiten verlangte, so handelte es sich um eine der „berühmten Aiden“, die nun das neue Anarchistengesetz ausfüllen soll. — Aus diesem Zusammenhang ergibt sich, wie berechtigt die Verzeihung des neuesten reaktionären Beschlußes als „lex Sylvestrelli“ ist, da er der Affaire Sylvestrelli sein Dasein verdankt. Nach der wichtigen Verwerfung des Kaufstandengesetzes in der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1903 hätte man allerdings die Zurückziehung des neuen Anarchistengesetzes, auf Grund dessen auch Schillers „Wilhelm Tell“ verboten werden könnte, erwarten können, allein die Rücksicht auf das Ausland und die eigne Neigung zur Reaktion haben diesen befreienden Schritt nicht zugelassen. Es hat nun noch der Nationalrat das Wort, aber von ihm ist nur die volle Zustimmung zu erwarten. Die socialdemokratische Partei wird in Konsequenz ihrer bisherigen Stellung zu der lex Sylvestrelli das Referendum ergreifen und dem Volke die Verwerfung empfehlen müssen, weil die bestehende Gesetzgebung auch den Anforderungen des Auslandes genügt.

Derselbe Ständerat hat bei der Eisenbahn-Gastpflicht die Erweiterung des Schutzes der Arbeiter beim Eisenbahnbau abgelehnt. Da es sich hierbei fast ausschließlich um italienische Proletarier handelt, haben wir es hier geradezu mit einem Schulkas der Massengesetzgebung zu thun: den Großen Italiens wird auf Wunsch vermehrter Schutz gewährt, den Proletariern Italiens wird er verweigert.

Der Nationalrat hat eine Reihe von Motionen (Initiativanträgen) erledigt. Die eine Motion betrifft die Verstaatlichung der ca. 500 000 Pferdekraften enthaltenden Wasserkraft der Schweiz, sie wurde fast einstimmig angenommen. Der Bundesrat wird nun eine bezügliche Gesetzesvorlage auszuarbeiten haben. Erledigt wurde ferner das Lebensmittel-Gesetz, indem es mit 74 gegen 33 Stimmen angenommen wurde. Die Materie war bisher Sache der kantonalen Gesetzgebung. —

Spanien.

Arbeiterdemonstrationen. Wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, hat sich hierorts aus den verschiedensten Arbeiterkategorien ein Komitee gebildet, das sich die Aufgabe gestellt hat, so lange wegen der in Arbeiterkreisen herrschenden Hungersnot, Arbeitslosigkeit u. d. bei den kompetenten Behörden vorstellig zu werden, bis diese die nötigen Maßnahmen zur Beseitigung der erwähnten Uebelstände ergreifen würden. Dieses Komitee hielt kürzlich seine zweite Versammlung ab, die noch weit zahlreicher als die erste besucht war. Es sprachen unter anderem die Genossen Castineiras, Zapata und Garcia Cortés. Unsere Bewegung, so führten sie aus, ist hervorgerufen durch die gebieterische aller Urfachen, den Hunger. Tausende von Genossen in Madrid sind arbeitslos und somit dem Hunger und Elend preisgegeben, während die Behörden dies ruhig mit ansehen, ohne auch nur das geringste zur Abstellung dieses unerträglichsten Uebelstandes zu thun. Gätten jene Leute auch noch Brot schreiende Kinder, bald würde es anders werden. Das Komitee wird nicht erlahmen in den ihm

einmal gestellten Bestrebungen, es wird den Behörden wieder und immer wieder die auf die Dauer unhaltbaren Zustände unter der hiesigen Arbeiterbevölkerung vor Augen führen, bis sie sich schließlich ihrer so lange vernachlässigten Pflicht erinnern. Die Reden entflammten große Begeisterung unter der zahlreichen Zuhörerschaft. Nachdem der Präsident dem Wunsch Ausdruck gegeben hatte, auch die späteren Versammlungen gleich zahlreich besucht zu sehen, wurde die eindrucksvolle Sitzung geschlossen.

England.

Unfall eines Torpedobootführers. Nach einer Laffan-Meldung erlitt bei einem Rander-Nachtangriff auf Portsmouth, der als Vorkriegsübung für den anwesenden Prinzen Heinrich ausgeführt wurde, der Torpedobootführer „Teaser“ einen ersten Unfall. Das Fahrzeug versuchte den Scheinwerfern der Hafensicherungen auszuweichen und in den Hafen zu gelangen. Es wurde jedoch von einem Scheinwerfer aufgefaßt und der von diesem auf das Schiff gerichtete mächtige Lichtstrahl blendete die Augen des auf den „Teaser“ kommandierenden Offiziers derart, daß er die Leitung verlor und sein Fahrzeug mit voller Geschwindigkeit gegen die Uferbefestigungen rennen ließ. Der „Teaser“ brach in der Mitte entzwei. Ein Verlust an Menschenleben ist jedoch nicht zu beklagen. Prinz Heinrich begleitete, wie verlautet, den Admiral Fisher, der sich sofort mit einem Schlepddampfer zur Unfallstelle begab.

Dänemark.

Massenprotest gegen den Prügelgesetz-Entwurf. Am Sonntag haben in Dänemark 80 von der socialdemokratischen Partei veranstaltete Protestversammlungen gegen die Wiedereinführung der Prügelstrafe stattgefunden. Die Versammlung in Kopenhagen fand in dem im Livoli belegenen Arena-Theater statt, das von gegen 4000 Personen gefüllt war. Aber gegen dreimal so viel Menschen, die gegen das Prügelgesetz protestieren wollten, konnten keinen Einfluß mehr finden und umdrängten das Gebäude. Als Referenten sprachen Dr. phil. Edw. Larzen, der Arzt Arn. Müller und die Rolfshings-Abgeordneten Borgbjerg und P. Knudsen. Nachstehende Resolution, die die vom „liberalen“ Ministerium ausgehende Reaktion treffend charakterisiert, wurde unter stürmischen Beifallsklundgebungen einstimmig angenommen:

„Die Versammlung spricht ihre Entrüstung und ihren Abscheu gegenüber dem Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Peitschstrafe für erwachsene Männer aus, ein rohes und nach dem Zeugnis der Geschichte wirkungsloses Strafmittel, das einen Fleck auf das dänische Volk als Kulturnation setzen wird.“

Die Versammlung beklagt es, daß die Regierung sogar noch zu anerkennenswerten Mitteln zur Förderung dieses reaktionären Gesetzentwurfs greift, während sie sich ruhig damit zufriedengibt, daß große demokratische Fortschritts-gesetze — die Wahlsreform, die Gerichtsreform und das Ehestands-Gesetz — zurückgestellt werden.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung aus zu der energischen Opposition der Socialdemokratie gegen die Politik der Regierung und die Hoffnung, daß alles, was im Lande an Freisinn und Demokratie zu finden ist, sich erhebe zum Kampf gegen die neue Reaktion und zur Arbeit für die demokratische Entwicklung des Landes.“

Auch die Versammlungen in den Provinzialstädten waren außerordentlich zahlreich besucht und, ebenso wie in Kopenhagen, keineswegs nur von Socialdemokraten, sondern auch von dem intelligenten Teil des Bürgertums sowie von Lehrern und Beamten. In einzelnen Versammlungen suchte sich eine schwache Opposition von Prügel-freunden Geltung zu verschaffen, fand jedoch keinen Anklang. Die Resolution gegen das Prügelgesetz und die Regierungspolitik wurde überall einstimmig oder gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

Schweden.

Das schwedische „Zuchthausgesetz“, das im Jahre 1899 zu stande gekommene Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse, wonach Drohungen und Gewaltthaten gegen Streikbrecher viel strenger bestraft werden, als wenn sie gegen andre, ehrliche Leute verübt wurden, soll auch in Zukunft dem Volke erhalten bleiben. Die von den socialdemokratischen Abgeordneten eingereichte Resolution gegen dieses Gesetz wurde am Sonnabend im Reichstage zur Verhandlung gestellt.

In der Ersten Kammer wurde sie, wie zu erwarten war, rundweg abgelehnt und man hielt dort jegliche Diskussion für überflüssig. In der Zweiten Kammer sprachen außer uniren Parteigenossen Branting, Riels Persson und Larsson, unter andern auch die Juristen Jetterstrand, Lindhagen und Staaß gegen das Gesetz und bewiesen klar, daß es sich in der Resolution um nichts andres als um die Forderung auf Anerkennung des Bruchbarges der Rechtsgleichheit aller handelt. Nach der während der Debatte hervortretenden Stimmung hätte man annehmen können, daß eine Mehrheit für die Resolution zu stande kommen würde, dennoch wurden nur 102 Stimmen für, aber 118 Stimmen gegen die Aufhebung dieses schändlichen Klassengesetzes abgegeben. — Die ehrlichen organisierten Arbeiter werden also auch in Zukunft den Streikbrechern, als den lieben, guten Schutzgebotenen der Polizei und der Gerichte, mit ganz besonderer Höflichkeit begegnen müssen, wenn sie es überhaupt wagen dürfen, sie anzuspüren, ohne besitzlichen zu müssen, als Verbrecher behandelt zu werden. —

Russland.

Die Aktion der Socialdemokratie.

Die systematische Verbreitung der socialdemokratischen Flug-schriften gegen den Krieg und die Regierung sowie zur Bekämpfung der künstlich durch Polizei-Organe aufrechterhaltenen „patriotischen“ Stimmung beruht doch der Regierung und der offiziellen Presse arge Verleumdungen. Die patriotische Presse verächtet sogar, dieser Aktion der russischen Socialdemokratie entgegenzuwirken. So ist in dem „Odesser Voten“ nach der in Odessa stattgefundenen Verbreitung des Flugblatts unter dem Titel: „Sind die Japaner unsere wirklichen Feinde?“ ein ganzes Heubüchlein zur Beantwortung dieser Frage erschienen — natürlich ohne direkte Erwähnung der socialdemokratischen Schrift, doch mit deutlicher Bezugnahme auf dieselbe. Flugblätter gegen den Krieg sind wieder herausgegeben und verbreitet worden von dem Komitee der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Odessa, in Charlow, in Caterinoslaw, in Rishnij Nowgorod, in Tomsk, in Kijew, in Charkiw (Wandshurei). —

Asien.

Ein neues Gefecht in Tibet. London, 14. April. Nach einer Meldung der „Times“ aus Changhai vom 11. d. Mts. haben die Tibetaner am 8. d. Mts. an der Schlucht vom Roten Götterbild wiederum den Versuch gemacht, dem Vorrücken der englischen Expedition Widerstand entgegenzusetzen. Die Geschüge des Feindes auf den Höhen wurden von den Engländern zum Schmelzen gebracht. Abdom wurde der Durchmarsch von den 32. Pionieren erzwungen. Die Verluste des Feindes beliefen sich auf rund 200 Tote. Die Engländer hatten keinen Toten und nur 10 Leichtverwundete. —

Partei-Nachrichten.

Aus Anlaß des Chemnitzer Beschlusses über die Mitwirkung der Partei-Instanzen bei der Kandidatenaufstellung stellt die „Märkische Volksstimme“ in Forst i. L. Betrachtungen über die Organisationsverhältnisse in der Provinz Brandenburg an. Sie ist mit dem Beschlusse ganz einverstanden, weist aber dann auf das Verlangen hin, dieselbe Norm für das ganze Reich zu schaffen und schreibt dazu:

„Dieses Verlangen ist im Princip durchaus zu billigen, seine praktische Durchführung setzt jedoch eine gewisse Ausbildung und Gleichartigkeit der provinziellen Organisation voraus. Die Provinzialvertretung, der ein Einspruchsrecht gegeben werden soll, darf

nicht in der Luft schweben, sie muß vielmehr auf der Organisation in den Kreisen und auf der organischen Zusammenfassung der Kreise sich aufbauen.“

Das ist noch nicht überall der Fall. Wir finden die provinzielle und Landesorganisation leidlich durchgeführt in Sachsen, besser noch in Württemberg und Hessen, in weiten Gebieten des größten Bundesstaates hängt jedoch die Provinzialorganisation und Provinzialvertretung der Partei noch in der Luft.

Während z. B. das Großherzogtum Hessen eine gutgegliederte Landesorganisation aufweist mit einheitlicher Beitragsnorm und der Einrichtung selbstbegrenzter Beiträge aller einzelnen Genossen, von denen ein bestimmter Bruchteil an den Landesvorstand abzulesen ist (eine Einrichtung, die in modifizierter und weniger exakter Form z. B. auch Sachsen hat), ist speziell in unrer Provinz Brandenburg dazu nicht einmal ein leiser Anschlag vorhanden.

Für die brandenburgischen Kreise bildet die bestehende Provinzial-Agitationskommission nicht entfernt den organisatorischen Mittelpunkt; seine Beiträge scheidt ihr überhaupt niemand, sie ist auf gelegentliche Anwendungen einiger Kreise (und zwar ausschließlich der sechs Berliner und zwei Vorortkreise) angewiesen, steht in keiner festen dauernden Verbindung zur Provinz und genießt natürlich auch nicht die Autorität, die erforderlich ist, um die Kreise beraten zu können.

Das mag zum Teil seinen Grund in der Thatsache haben, daß die in Berlin sitzende Agitationskommission wohl eine Kommission ist zur Unterstützung der Agitation in der Provinz, aber keine Provinzialkommission; die Provinz hat auf ihre Zusammenfassung nicht den geringsten Einfluß. Gewöhnliche Berliner Wahlkreis-Versammlungen wählen, jeder Kreis für sich, die Mitglieder; die Provinz hat „nig zu seggen“. Es liegt auf der Hand, daß die Einmischung einer solchen Kommission sich lediglich Wahlkreise gefallen lassen würden, die in drückender finanzieller Abhängigkeit zu der Kommission stehen.

In dieser scharf ausgeprägten Weise wird wohl nirgends im Reich die Vorherrschaft einer einzigen Stadt faktisch und formell bestehen, immerhin ist es möglich, daß in mehreren Provinzen die Verhältnisse ähnlich gelagert sind.

Da wäre also erst notwendig, geeignete organisatorische Grundlagen zu schaffen; wenn der Fall Jüdischau-Marienberg hierzu den Anstoß giebt, so wäre das ein großer Gewinn.

Das Verlangen jener Parteiblätter, welche Ausdehnung des Chemnitzer Beschlusses auf die Gesamtpartei fordern, ist jedenfalls nur insoweit durchführbar, als wirkliche aus geordneter Wahl der beteiligten Kreise hervorgegangene Provinzialvertretungen vorhanden sind. Demokratisch empfindende Menschen — und das sind doch unsere Genossen — unterordnen sich nicht einer Behörde, auf deren Zusammenfassung sie keinen Einfluß haben und die sie nicht in aller Form zur Rechenschaft ziehen können.“

Partei-Presse. Unser Ludwigsbafener Parteiblatt, die „Märkische Post“, bisher noch in Zusammenhang mit der „Mannheimer Volksstimme“, wird am 1. Oktober d. J. völlig selbständig werden, da es von diesem Tage an in eigener Druckerei hergestellt werden wird.

Totenliste der Partei. In Elberfeld ist der Parteigenosse Paul Gräfer gestorben. Der Verstorbene litt seit langen an der Proletarierkrankheit, der Schwindsucht, sie hat ihn schon einmal eine Reihe von Jahren davon abgehalten, der Arbeiterbewegung zu dienen. Gräfer war früher Tischler; schon in den 80er Jahren war er für die Arbeiterbewegung, besonders die Gewerkschaften, eifrig thätig, so wohl durch Vorträge als auch in der inneren Organisation. Schon damals war er leidend und mit Beginn der 90er Jahre zog er sich aus dem angegebenen Grunde aus der Bewegung zurück. Doch wie jeder, der von einer guten Sache durchdrungen und zur Thätigkeit befähigt ist, eine solche Zurückgezogenheit schmerzhaft empfindet, so auch Gräfer. Und da sich sein Gesundheitszustand auch etwas gebessert hatte, so trat er im Jahre 1895 wieder dem Holzarbeiter-Verbande und dem Socialdemokratischen Volksverein bei, und nahm er die öffentliche Agitation sofort wieder auf. In der Gewerkschaftskommission führte bald darauf Gräfer einige Jahre den Vorsitz. Als mit dem 1. Januar 1900 die „Freie Presse“ in Parteigenium überging, wurde er als Berichterstatler derselben angestellt, als welcher er bis kurz vor seinem Tode gewirkt hat. Kurz vor den letzten Reichstagswahlen wurde er von den Essener Parteigenossen zur Uebernahme der Kandidatur für den hochwichtigen Wahlkreis Essen ernannt, und er nahm die Kandidatur an. Bei dem großen Erfolg, welchen die Essener Genossen hatten, kam unser Kandidat zum erstenmal in diesem Kreise in die Stichwahl. Arge Hustenanfälle machten sich bei ihm in den letzten Monaten bemerkbar. In treuer Pflichterfüllung ging er jedoch noch immer seinem Beruf nach, bis er am 26. März auf dem Wege nach dem Landgericht von einem Pluturzug befallen wurde. Darauf hat Gräfer das Bett nicht wieder verlassen. Die Parteigenossen werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Geboren war Gräfer 1864 in Mitten bei Dresden.

Deutsche und österreichisch-ungarische Socialisten in der Schweiz. Der in Zürich domizilierte Landesausführer hat soeben für 1903 den Jahresbericht veröffentlicht, in dem einleitend die glänzenden Wahlerfolge der deutschen Socialdemokratie gefeiert werden. Der Organisation gehören 43 Sektionen mit über 3100 Mitgliedern an. In den Wohnorten der Vereine befinden sich rund 10 000 Bände. Agitationschriften wurden für 4000 Fr. verkauft. Die zahlreichen Situationsberichte der Sektionen orientieren über deren Verhältnisse und zeigen, wie unsere Genossen unter mancherlei recht ungünstigen Umständen die Fahne der Socialdemokratie hochhalten. Die Central-lasse hatte 2328,20 Fr. Einnahmen, 777,90 Fr. Ausgaben und am Schlusse des Berichtsjahres einen Kassenbestand von 1550,30 Fr. Von den Ausgaben entfallen 237,25 Fr. auf Agitation. Für die socialdemokratischen Reichstagswahlen in Deutschland wurden von den Sektionen 2016,25 Fr. aufgebracht. Der Fonds zur Unterstützung politischer Flüchtlinge verzeichnet 715,15 Fr. Einnahmen, 315,30 Fr. Ausgaben und 399,85 Fr. Kassenbestand. Unter den Einnahmen figurirt auch ein Beitrag des Parteivorstandes in Berlin von 280 Fr. An den Pfingsttagen hält die Organisation in Winterthur ihre Konferenz ab.

„Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.“ Die unter diesem Titel den älteren Genossen bekannte Aesthete des alten Liebknecht ist in unserm Parteibericht, Buchhandlung Vorwärts, Berlin, in neuer Auflage erschienen. Liebknecht hielt diese Rede am 5. Februar 1872. Die Broschüre ist jetzt mit einem neuen Vorwort versehen, in dem es heißt:

„Diese nun 32 Jahre alte Aesthete lebt noch in voller Jugendkraft, und so mag sich der Soldat der Revolution durch sie abermals zu einer neuen Agitationstour in das Reich des Proletariats anschicken. Viele Laufende haben an dieser Schrift den Socialismus lesen lernen, auch dem neuen heranwachsenden Geschlecht wird sie danern die Macht des Wissens, und dadurch zugleich das Wissen seiner Macht weisen.“

Die Schrift ist ein trauriger Protest gegen Staat und Gesellschaft durch die Gegenüberstellung der für Militär- und der für Bildungszwecke aufgewendeten Mittel. Was der „Alte“ damals sagte, gilt auch heute noch: „Wenn man die heutige Kultur trakt, kommt die Barbarei zum Vorschein.“ Die Broschüre, die alten und jungen Genossen empfohlen werden kann, kostet 30 Pf., ist in allen Parteibuchhandlungen, in Berlin in allen Parteipreditionen zu haben und wird durch alle Holzportale und Zeitungsböten besorgt.

Aus Industrie und Handel.

Herabsetzung des Diskonts der Bank von England.

Die englische Bank hat ihren am 3. September vorigen Jahres von 3 auf 4 Proz. erhöhten Diskontsatz auf 3 1/2 Proz. heruntergesetzt: eine Ermäßigung, auf die in den englischen Bank- und Wörtern schon seit einer Woche bestimmt geredet wurde und die deshalb nicht die geringste Ueberraschung hervorgerufen hat. Als vor sieben Monaten die Bank von England ihren Diskont um 1 Proz. heraufsetzte, fand infolge des für den englischen Geldmarkt ungünstigen Standes der ausländischen Wechselkurse ein beträchtlicher

Abfluß des englischen Goldbestandes statt, vornehmlich nach Deutsch-land und den Vereinigten Staaten von Amerika. Seitdem hat sich aber die Lage des englischen Geldmarktes außerordentlich gebessert, teils durch größere Goldzufuhren von Südafrika und Australien, teils infolge des inzwischen erfolgten Umschlages in New York, das nicht nur seine früheren Ansprüche an den Londoner Markt eingestellt hat, sondern sogar London durch Goldexporte nach Japan und Argentinien entlasten konnte. Indes ist es nicht diese günstige Lage allein, welche die Bank von England zur Aufhebung ihres Diskonts bewegen haben dürfte. Es steht allem Anschein nach die Emission verschiedener Anleihen auf dem englischen Markt bevor, und man will für deren Aufnahme gutes Wetter schaffen.

Auch vom politischen Standpunkt hat übrigens die Ermäßigung ihre Bedeutung. Die Herabsetzung wäre sicherlich nicht erfolgt, wenn man nicht in den englischen Regierungskreisen die Ansicht gewonnen hätte, daß der russisch-japanische Krieg in nächster Zeit größere Ueber-raschungen nicht bieten wird, vor allem daß er die wirtschaftliche Lage der wichtigeren europäischen Staaten nicht in stärkerem Maße nachteilig beeinflussen wird, d. h. mit anderen Worten: man rechnet mit Sicherheit darauf, daß der Krieg in Korea und der Mandchurien lokalisiert bleibt.

Daß die deutsche Reichsbank dem englischen Vorgehen alsbald folgen und ihren Diskontsatz ebenfalls ermäßigen wird, ist kaum anzunehmen, wenigstens liegt unter den heutigen Verhältnissen dazu kein Anlaß vor.

Der Eintritt des Regierungsrats Dr. Voelcker in den Dienst des Stahlwerksverbandes wird jetzt von diesem offiziell angezeigt. Vorher ihm tritt noch der Kaufmann Wilh. Gutzmann in die Geschäftsleitung ein, so daß diese jetzt aus fünf Personen besteht, nämlich Herrn Karl Ohly als Vorsitzenden und den vier Herren Dr. Voelcker, Bouché, Ottmann und Gutzmann als Beisitzer.

Kittengesellschaft für Anlinsabrikation, Berlin. Nach dem Rechnungsabluß für das Jahr 1903 stellt sich der Bruttogewinn auf 6 277 442 M. (im Vorjahre 5 722 020 M.); von diesen gehen ab: für Abschreibungen 1 625 141 M. (1 450 519 M.), für General-untilosen usw. 2 703 527 M. (2 594 257 M.), für Zinsen 183 886 M. (244 946 M.), für Verluste und Abschreibungen zweifelhafter Forderungen 34 006 M. (28 732 M.). Nach Verteilung einer Dividende von 10 Proz. bleibt ein Ueberschuß von 1 731 881 M. (1 403 567 M.).

Betreffs der Geschäftsaussichten heißt es im Jahresbericht: Von größtem Einfluß auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Feer-farben-Industrie wird der Abschluß günstiger langfristiger Handelsverträge mit den anderen Industrieländern sein. Um für voraus-sichtlich notwendig werdende Vergrößerungen und für die Aufnahme neuer Fabrikanlagen, deren Betrieb in den bisherigen Fabrikations-stätten wirtschaftlich weniger günstig sein würde, ein geeignetes Terrain zu besorgen, hat die Verwaltung Schritte zur Erwerbung eines passenderen Grundstücks am Rhein, und zwar in Rheinau bei Mannheim.

Berliner Grundstückspreise. Die beabsichtigte Einführung von Taxamtern in den größeren Städten giebt der „National-Zeitung“ Anlaß zu einem historischen Rückblick auf die Steigerung der Grund-stückspreise in Berlin. Unter der Regierung des Großen Kurfürsten konnte der Besitzer eines ansehnlichen Hauses von Glück sagen, wenn er dafür einen Kaufpreis von 200 Thaler erzielte. Das änderte sich allerdings bald, gleichwohl standen auch in der Folgezeit die Preise im Vergleich zu den jetzigen auf einer geradezu lächerlich geringen Höhe. So kaufte die gräflich reußische Familie das Gebäude des jetzigen Kriegsministeriums in der Leipzigerstraße samt dem aus-gedehnten Garten — dem größten Hausgarten, den es in Berlin giebt — um die Mitte des 18. Jahrhunderts von einem Minister des Königs Friedrich Wilhelm I. für 20 000 Thaler. Ein Menschen-alter später ging es in die Hände des Fürsten über, kostete aber schon 80 000 Thaler. Heute würde das gewaltige Grundstück eine beträcht-liche Anzahl von Millionen einbringen, wenn es dem Fürsten in den Sinn käme, sich seiner zu entäußern. Noch frappanter stellt sich die enorme Entwicklung des Grundstückswertes bei dem gegenwärtigen Reichskanzlerpalais dar. Es wurde vor etwa 175 Jahren vom General Grafen Adolf Friedrich von der Schulenburg, dem Friedrich Wilhelm I. den Grund und Boden dazu geschenkt hatte, erbaut. König Friedrich Wilhelm II. kaufte es als Wohnsitz für die Gräfin Dönhoff für 30 000 Thaler, aber schon wenige Jahre darauf ging es in den Besitz des Fürsten Anton Radziwill über, der schon 60 000 Thaler dafür zahlen mußte; und als es nach dem französischen Feld-zug das Reich kaufte, um dem Reichskanzler eine angemessene Be-hausung zu beschaffen, bezifferte sich der Kaufpreis auf die Summe von 6 Millionen Mark. Der Preis dieses Grundstücks ist also in einem Zeitraum von etwa 80 Jahren um das Fünfunddreißigfache gestiegen.

Im Jahre 1866 betrug der durchschnittliche Wert eines Quadrat-meters bebauter Grundstücke in Berlin 94 M., und dieser Preis hat sich in der kurzen Spanne von 9 Jahren verdoppelt (187 M.), wobei allerdings die gewaltigen Ereignisse, die Berlin zur Haupt-stadt des neuerrichteten Deutschen Reiches machten, und die darauf folgende Gründerzeit eine große Rolle gespielt haben. Nach der Gründerzeit kam aber auf diesem Gebiet eine sehr fühlbare Reaktion, die den Wert des Quadratmeters bebauter Grundstücke auf 145 M. sinken ließ. Die Preise „erholten“ sich allerdings wieder, wie man in der Börsensprache zu sagen pflegt, so daß im Jahre 1885 ein Quadratmeter im Durchschnitt 160 M. einbrachte und fünf Jahre später sogar auf 218 M. stieg. Dann sank der Preis wieder auf 211 M., doch nur, um mit Beginn des 20. Jahrhunderts auf die vorher nie erreichte Höhe von 252 M. emporzuschnellen. Der Wert hat sich also in 35 Jahren nahezu verdreifacht. Für die unbebauten Grundstücke tobt der jetzige Durchschnittswert eines Quadratmeters auf 85 M. berechnet, es muß indessen hervorgehoben werden, daß in den verschiedenen Stadtteilen die Unterschiede enorm groß sind. In den Geschäftsgewandten der Stadt beträgt nämlich der Wert unbebauten Grund und Bodens nahe an 500 M. pro Quadratmeter, während er an der Peripherie des Reichsbildes 20 bis 30 M. ausmacht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Junngemeister-Sehen.

Der Wunsch nach einem Junngemeister-Einigungsamt ist bei den Junngemeistern so stark, daß sie wider besseres Wissen verkünden, der Oberpräsident habe sich für die Errichtung entschieden.

Bekanntlich hatte die Gewerbedeputation des Berliner Magistrats auf einen Protest von elf der größten Innungen die Satzungen für die Errichtung nicht genehmigt, um dem Berliner Gewerbegericht nicht ein Konkursinstanz zu schaffen.

Gegen diese Entscheidung richtete der Junngemeisterrat eine Beschwerde an den Oberpräsidenten.

Obgleich bis jetzt auf diese Beschwerde keine Antwort ergangen ist, bringt die „Fachszeitung“ der Tischlermeister und Holzindustriellen wiederholt die Notiz der Genehmigung durch den Oberpräsidenten. Hier scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein.

Wie schon berichtet, protestieren sämtliche Gesellenausschüsse gegen die Errichtung und beabsichtigen, diesen Protest an den Ober-präsidenten oder Handelsminister zu richten.

Die Berliner Bäderinnungen in der Streikfurch.

Am Mittwoch waren die Bädermeister beider Innungen ver-sammelt, um das erste Mal in corpore zu den Forderungen der Gesellen Stellung zu nehmen. — Obermeister Bernar d ließ sich zunächst Absolution erteilen dafür, daß er ohne Einwilligung der

Gesamt-Meisterschaft eine Verhandlung mit dem Gesellenverband abgelehnt habe; er sei mit den Bezirksvorständen der Innung ge-wesen, seine ablehnende Antwort an die Gesellenvertretung würde allseitige Billigung finden. (Allgemeines beifälliges Gemurmel.) Sodann referierte Altmeister Kaufmann über die Gesellen-forderungen. Er betonte, die Innung sei noch stets für eine Ver-besserung der Lebenslage der Gesellen eingetreten und werde es auch fernerhin thun. (Deswegen werden die Gesellen auch mit 6 M. und halber Kost pro Woche abgepeist.) Bei dieser Lohnbewegung aber handele es sich um eine Nachstrafe seitens des Gesellen-verbandes, und heiße es, die einschneidenden Abwehrmaßnahmen zu treffen. Am meisten Beforgnis äußerte der Redner über einen etwaigen Boykott, der sehr einschneidende Folgen haben könne in Anbetracht der großen Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und des Einflusses, den diese auf die Berliner Bevölkerung ausüben. Die Wirkung des Boykotts aber könne abgeschwächt werden, wenn die hiesige Polizei ähnlich so vorgehen wolle wie die Polizei in Kiel, die seinen Informationen nach eine schlenmige Strafverfügung vom Amtsgericht gegen die Gewerkschaftsführer erwidert habe, welche die Namen derjenigen Meister veröffentlicht haben, die dazwischen eine Ge-willigung der Gesellenforderungen ablehnten. — In der Debatte wurden von der Mehrheit der Redner, vom Obermeister Bernar d bis zum Untermeister Werner, alle Register aufgezogen, um die Forderungen der Gesellen als „unannehmbar“ hinzustellen und die „Annahme“ der „Verbandsheer“ zu „kennzeichnen“. Den ver-heirateten Gesellen könne man ja schließlich insgesamt Kost und Schlafen außer dem Hause des Meisters gewähren (1), wie dies schon teilweise (1) geschehen sei; die ledigen jüngeren Gesellen aber müßten im Hause des Meisters unter gebührender Aufsicht gehalten werden. — Nur zwei Redner, die Meister Pfeiffer und Wilhelm Müller, empfahlen ein Eingehen auf die Gesellenforderungen, da doch einige derselben bereits früher bewilligt, indessen nicht ge-halten worden waren. Sie ersuchten, nicht länger auf dem ver-alteten, starren Meisterstandpunkt zu verharren, sondern in Ver-handlungen mit den Gesellenvertretern einzutreten, sei es mit der Verbandsleitung oder dem Gesellenausschuß. Beide Redner fanden jedoch keinen Anhang, sie wurden vielmehr durch eine Flut lauti-ger Protestrufe unterbrochen und mühten schließlich unter allgemeinem Unwillen der Anwesenden schweigend. Darauf wurde folgende Re-solution angenommen:

„Die Versammlung der Bäderinnung zu Berlin erklärt sich mit der Haltung des Innungsvorstandes, die er bisher den Ge-sellenforderungen gegenüber eingenommen hat, einverstanden. Die Versammlung konstatiert, daß ein Teil der Forderungen der Gesellen (Befreiung von Logis und Kost im Hause des Meisters an verheiratete Gesellen und Gewährung von drei freien Nächten an den hohen Festen) zugehend und zum großen Teil durch-gesetzt ist. Sie beauftragt den Vorstand, in Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen nur mit den gesetzlichen Ver-tretern, dem Gesellenausschuß, zu treten und verbietet dem Innungsvorstand jede Verhandlung mit den Vertretern des Einigen Gesellenverbandes.“

Ein ähnlicher Beschluß wurde auch von der „Konfordia“-Innung gefaßt.

Gegen Schluß der Versammlung gab Obermeister Bernar d seinen Innungsbrüdern dann folgende charakteristische Verhaltens-maßregeln, die ein recht eigenartiges Streikbild sowohl auf die Meistermoral als auch auf ihre Ansichten über Staatshilfe werfen. Im Falle die Gesellen den Streik beschließen, so meinte der Ober-meister, würden sie erfahrungsgemäß sofort von jedem Meister die unterschriebene Anerkennung der Forderungen verlangen. Diese Unterschift müßten die Meister dann nur ge-trost geben. Es hindere sie jedoch nichts daran, die unterschriebenen Bewilligungen nicht inne-zubehalten, sobald sie Arbeitswilligenerfahrung für ihre Gesellen zur Verfügung hätten. Und für diesen Ersatz werde pünktlich gesorgt werden, denn schon lägen die Ordern an sämtliche Brandenburg Innungen bereit, sofort Arbeitswillige zu schicken, wenn hier der Streik ausbricht. Sobald dann die Arbeits-willigen eingetroffen seien, müßten die Meister ungeachtet der gegebenen Unterschift ihre Gesellen einfach entlassen. Nun schlen aber der Obermeister selbst geübte Zweifel zu hegen, daß die Meisterjöhnen oder sonstige Arbeits-willige der „sämtlichen Brandenburg Innungen“ einen genügenden Ersatz für die streikenden Gesellen zu bieten im stande sind; deshalb empfahl er noch ein andres Mittel. Die Innungsmeister sollen sich nämlich noch an die Regimenter wenden, bei denen sie gedient haben, wie auch an die Kommandos der Berliner Regimenter, damit ihnen bei der Jahre dienenden Bädergesellen als Ar-beitswillige zur Verfügung gestellt würden! Wenn dann noch in den einzelnen Bezirksversammlungen Maß-nahmen getroffen würden, daß ein Meister dem andern mit Ware ausbittet, dann wäre es ein Leichtes, die streikenden Gesellen zur Reize zu bringen.

Wenn die Meister glauben, die Gesellen ins Vordhorn jagen zu können, so sind sie im Irrtum.

Der Leitergerüstbauer-Streik bei der Firma Junl u. Co. (Alt-mann, Charlottenburg, wird weiter geführt, da Herr Altmann jede Verhandlung zwecks Beilegung des Streiks strikte abgelehnt hat. Da nicht ausgeschlossen ist, daß die Firma außer mit Gut-tschew-Friedenau auch noch mit andern Berliner Firmen zwecks Ausführung von Aufträgen in Verbindung steht, ist es angebracht, daß alle Leitergerüstbauer auf etwaige Streitarbeit Acht geben. Streikbrecher sind nicht zu verzeihen. Die Zahl der Arbeitswilligen hat sich bis heute nicht vermehrt. Obgleich mindestens 15 Kolonnen zwecks Erledigung der vorhandenen Aufträge gebraucht werden, war es der Firma nicht möglich, mehr als sechs Kolonnen auf-bringen zu können. Die Situation ist daher für die Ausführenden gut.

Daß die Firma wirklich in Verlegenheit ist, beweist auch ein wutschnaubender Brief, mit dem Herr Altmann unsre Redaktion be-ehrte. Es heißt unter anderem in demselben: Die Warnung an die Maler soll ein Aufheben der Malergehilfen sein. Herr Nebel würde diesen Satz als gemeine Schurkerei bezeichnen. — Auch der Mann sich geängert haben, daß er so schimpft! Und das ist nur eine kleine Probe aus dem Briefe. Der wohlgemeinte Rat an die Maler, sich die von angebliden Arbeitern aufgestellten Gerüste genau anzusehen, ehe sie dieselben betreten, kann doch wohl nur von jemand als „Schurkerei“ bezeichnet werden, für den ein Menschen-leben keinen Wert hat, wenn es ein Arbeiterleben ist. Die Maler dürften dafür kaum Verständnis haben und dem Gerüstbau im Gegenteil erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

Deutsches Reich.

Die Bauarbeiter-Aussperrungen, welche die Arbeitgeber im Vor-jahre beschlossen und sorgsam vorbereitet haben, mehren sich. Auch in Frankfurt a. M. ist es zu einer solchen gekommen. Dort haben die Bauunternehmer den Maurern eine neue Arbeitsordnung vorgelegt und bestehen auf Aneknennung derselben. Die Maurer weigerten sich dessen und so kam es auf mehreren Bauten zu Aussperrungen. Der Kampf hat den ausschließlichen Zweck, die Organisation der Maurer zu vernichten.

Aus Crimmitschau.

Am Montagabend reiste wiederum ein Teil der ausgesperrten Textilarbeiter von hier ab, um anderweitig in Arbeit zu treten. Hunderte von Kollegen hatten sich am Bahnhofs eingefunden, um mit den Scheidenden, mit welchen sie jahrelang zusammen in einer Fabrik gearbeitet und im Verbands vereint für die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft gekämpft haben, noch einige Freundschaftsworte zu wechseln. In diesem Abend hätten die Unternehmer sehen können, daß die bisherige Einigkeit unter der Arbeiterschaft fortbesteht. Die Arbeiter haben sich zur Zeit nur dem Druck gebeugt, von dem Ver-langen durchdringen, zu gegebener Zeit den zehnjährigen Arbeitstag zu erlangen. Unter den Auswandernden fanden sich welche, die das 50. Lebensjahr überschritten haben. Auch sie mußten zum

Wanderlabe greifen und in die weite Welt hinausziehen, weil ihnen das Unternehmertum am Orte keine Arbeit mehr gab, sie also dem Hungertrude überantwortete, obwohl diese Männer ihre Jugendkraft und Gesundheit geopfert haben, damit das Unternehmertum Reich-tum auf Reichtum anzuhaufen vermöchte.

Ausland.

Die Verbandstage der schweizerischen Gewerkschaften. (Fig. Ver.) Der Metallarbeiter-Verband beschloß auf seinem in Luzern abgehaltenen Verbandstage die Anstellung eines zweiten Sekretärs, die wöchentliche Herausgabe der jetzt zwölftägig erscheinenden „Schweizer Metallarbeiter-Zeitung“ und die Einführung der fakultativen Krankenunterstützung sowie eines Sterbegeldes. Mit dem Verbands der Maschinenindustriellen soll wegen der Reduktion der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden in Unterhandlungen ein-getreten werden. Der Verband hat im Jahre 1903 seine Mitglieder-zahl von 3757 auf 4468 erhöht, die sich auf 86 Sektionen verteilen. Ende 1903 hatten die Sektionen 24622 Fr., die Centralkasse 50900 Fr. Vermögen. — Der Verbandstag der Holzarbeiter beschloß die Anstellung eines vollbefoldeten Sekretärs und das Obligatorium der „Arbeiterstimme“. Der Verband hat in 53 Sektionen 3275 Mit-glieder und ein Vermögen von 14 785 Fr. Den Verbandstagen der Metall- und Holzarbeiter-Verbände wohnten die Genossen Reichel und Reipert aus Stuttgart als Vertreter der deutschen Bruder-verbände bei. — Die Zimmerer beschloßen, auf die Gründung eines Bauarbeiter-Verbandes hinzuwirken und den Anschlag an den Holzarbeiter-Verband abzulehnen. — Die Maurer wollen ihren eingeschlagenen Verband wieder beleben und an Stelle der Monatsbeiträge von 40 Cent. Wochenbeiträge von 15 Cent. einführen. — Die Lithographen beschloßen die Einführung einer Invalidenklasse mit 25 Cent. Wochenbeitrag, ge-nehmigten Lehrvertrag und Reglement für die Lehrlingsprüfungs-kommission und lehnten den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages mit dem deutschen Verbands ab. Der internationale Lithographen-kongress soll in Zukunft nur alle drei statt zwei Jahre abgehalten werden. — Die Verbände der Dachbeder und Kaminfeger beschloßen die Verschmelzung zu einem Verbands und die An-streben von Kartellverträgen mit den Verbänden in Deutsch-land und Oesterreich. — Die Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe beschloßen u. a. Anschlag an den Schiedsgerichts-vertrag des Typographenbundes. — Die Organisationen der Brauer, Küfer, Cigarrenarbeiter, Gärtner und Bäder beschloßen die Gründung eines Verbandes der Lebensmittel-Arbeiter mit einem vollbefoldeten Sekretär. Der neue Verband umfaßt ca. 2000 Mitglieder. Die Müller werden erst durch Urabstimmung über die Frage des Anschlusses entscheiden. — Zwischen dem Gewerkschaftsbund und den lokalen Arbeiter-unionen wurde auf einer Konferenz in Luzern ein Ueber-einkommen zur Verhinderung leichtsinniger und planloser Streiks abgeschlossen, woraus wieder einmal zu ersehen, wie unsinnig die gegenseitige Prüfe ist, wie zettelten Streiks an, weil wir die Verhegung und Streikerei für die Aufrecht-erhaltung der Bewegung brauchen.

Die Lohnbewegung der Tapezierer in Kristiania. Nachdem sämtliche Tapezierer und Dekorateur ihre Entlohnungen gekündigt hatten, haben sich die Meister nun entschlossen, über die Forderungen zu verhandeln. In diesem Zweck ist ein Komitee aus Vertretern beider Parteien gebildet worden. Die Arbeitgeber sind unorganisiert, dagegen gehören die Arbeiter sämtlich dem Scandinavian Sattler- und Tapeziererverbands an, dessen Vor-sitzender Jönsson aus Dänemark anlässlich der Lohnbewegung in Kristiania anwesend war. — Es wird wohl noch längere Zeit dauern, bis die Verhältnisse geregelt sind, weshalb vor Zuzug nach Kristiania gewarnt werden muß.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Näheres über die letzte Seeschlacht bei Port Arthur.

Tsichu, 14. April. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Aus japanischer Quelle verlautet, der Angriff vom Mittwoch auf Port Arthur verlief folgendermaßen: Bei Tagesanbruch machten die Torpedoboote eine Demonstration, zu derselben Zeit legten sie Minen in den äußeren Eingang zum Hafen, zogen sich dann zurück und vereinigten sich mit dem Hauptgeschwader, welches vorging, um die russische Flotte zum Herausgehen zu be-wegen. Dies geschah, die „Petrojewlowsk“ stieß auf eine japanische Mine und wurde zerstört.

Melbung über den Nachfolger Makarows.

Petersburg, 14. April. (W. Z. B.) Wie die russische Telegraphen-Agentur aus unterrichteter Quelle erfährt, ist zum Nachfolger des ums Leben gekommenen Admirals Makarow der Kommandant der Schwarzen Meer-Flotte Strylow ernannt worden.

Englisches Unterhand.

London, 14. April. (W. Z. B.) Premierminister Balfour erklärte, die marokkanische Regierung sei bezüglich des englisch-französischen Abkommens nicht zu Rate gezogen worden. Die britische Regierung habe mit der spanischen Regierung Mitteilungen ausgetauscht, deren Veröffentlichung aber nicht vorteilhaft wäre. Auf eine Anfrage, ob durch das englisch-französische Abkommen die Bestimmungen der Suczalan-Konvention über eine jährliche Versammlung von Vertretern der Signatarmächte aufgehoben würden, führte Unterstaatssekretär des Auswärtigen Carl Percy aus, die an-gelegenen Paragraphen blieben infolge der Bestimmung Ägyptens durch Großbritannien vorläufig außer Kraft. Die Frage, ob eine dahingehende formelle Mitteilung den Signatarmächten zu machen sei, werde erwogen werden.

Die besonders nützlichen Elemente.

Wächtersbach, 14. April. Auf dem Nachhauwege von Schlier-bach wurden die hier wohnenden Maurer Gebrüder Rißmann von Streikbrechern in der Nacht vom Montag zum Dienstag so schwer mißhandelt, daß der eine derselben seinen Verletzungen erlag. („M. Pr.“)

Ein Kriminalfall.

Magdeburg, 14. April. Wegen Selbsttötung durch die Presse stand der Redakteur Lauterbach von den inzwischen eingegangenen „Neuesten Nachrichten“ vor dem Obergericht, weil er bei der Kritik einer Operette das Kostüm einer Sängerin, welches sich durch starken Stoffmangel auszeichnete, als ausschlaggebend für den Er-folg bezeichnet hatte. Der Angeklagte wurde freigesprochen, haupt-sächlich deshalb, weil die Klägerin sich nicht dazu verstehen konnte, in demselben Kostüm wie bei der Aufführung vor dem Gericht zu er-scheinen.

M. Wabach, 14. April. (W. Z. B.) Der frühere Direktor der Gladbacher Baumwollmanufaktur Müller, welcher der Kaffe der Gesellschaft 25 770 M. widerrechtlich entnommen hat, wurde heute von der Strafkammer wegen Unterschlagung zu 10 Monaten Ge-fängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Müller wurde sofort in Haft genommen.

Mannheim, 14. April. Ein schweres Unglück ereignete sich heute vormittag am Rheinvorlande. Als im Lagerplatz der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ der Dampftrahnen einer gefüllten Selbst-greifer aus dem Schiffsraum emporzog, riß die Kette und der mehrere Centner schwere Apparat stürzte in den Schiffsraum. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt, einer davon starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der Zustand der beiden andern ist besorgniserregend. („Frankfurter Zeitung.“)

Paris, 14. April. (W. Z. B.) Der nationalistiche Deputierte Waddeon hat angekündigt, daß er beim Wiederzusammentritt der Kammer den Minister des Äußerer Delcassé über das französische-englische Abkommen interpellieren werde.

Reichstag.

66. Sitzung, Donnerstag, den 14. April 1904, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Graf Bälou, Graf Pofadowski, Riebeding, Frhr. v. Hammerstein. Die zweite Beratung des Etats des Reichskanzlers wird fortgesetzt.

Abg. Bebel (So.):

Die Fragen der auswärtigen Politik haben in der letzten Zeit im Reichstage eine größere Rolle gespielt als früher. Das Haus hat sich von der Ansicht, die zur Zeit des Fürsten Bismarck herrschte, vollständig emancipiert, daß es gefährlich sei, sich über auswärtige Politik überhaupt zu äußern, daß man hier den Ministern einfach Vertrauen entgegenzubringen hat. Das ist allmählich anders geworden. Es hat mich insbesondere auch mit einer gewissen Genehmigung erfüllt, daß gestern der Redner der äußersten Rechten, Herr v. Hildebrand, im Namen seiner Parteifreunde ausdrücklich hervorgehoben hat, er habe an den Reichskanzler die Frage zu stellen, wie es in der auswärtigen Politik aussieht, denn das Volk wolle wissen, wohin die Reise geht. Es war gerade seine Partei, die bisher solchen Erörterungen stets aus dem Wege gegangen ist. Wenn auch sie in die Bahnen anderer Parteien einlenkt, so kann man wohl daraus schließen, daß sie mit dem Gang der auswärtigen Politik für den Augenblick nicht sonderlich zufrieden ist. Der Herr Reichskanzler meinte, solche Fragen seien leichter zu stellen, als zu beantworten. Ich will zugeben, daß dies Wort keine vollkommene Berechtigung hat, muß aber doch mit einigen Worten auf seine Ausführungen eingehen. In Bezug auf das englisch-französische Abkommen erklärte der Herr Reichskanzler, die deutschen Interessen würden dadurch nicht gefährdet. Auch ich glaube, daß von einer direkten Schädigung der deutschen Interessen dabei nicht die Rede sein kann. Was aber bei diesem Abkommen von ganz besonderem Interesse ist, ist, daß hier einmal in geradezu glänzender Weise sich dokumentiert hat, wie zwei große Kulturnationen in einer außerordentlich wichtigen Frage sich zu verständigen in der Lage sind, ohne daß dabei im geringsten mit dem Sabel geräffelt wird. Es ist der geschickten Diplomatie beider Staaten möglich geworden, in einer außerordentlich verwickelten Frage ein Abkommen zu treffen, das für eine Reihe von Jahrzehnten erste Konflikte zwischen beiden Ländern wohl ausschließt. Das giebt mir die Ueberzeugung, daß das Ideal, das wir verfolgen, vielleicht näher ist als man glaubt, daß nämlich allmählich alle Kulturstaaten der Welt zu Ueberzeugung kommen, daß es richtig ist und der allgemeinen Wohlfahrt nach jeder Richtung hin dienlicher ist, wenn bei schlummernden internationalen Konflikten nicht gleich zum äußersten gegriffen wird und ein Krieg mit seinen furchtbaren Folgen nach Möglichkeit vermieden wird.

Auf der andern Seite glaube ich annehmen zu dürfen, daß dieses Abkommen insofern für Deutschland kein günstiges genannt werden kann, als damit England und Frankreich mehr als bisher auf eine innere Freundschaft angewiesen sind, was eine Schwächung des Dreibundes und eine Stärkung des Zweibundes bedeutet. Ich will nicht gerade sagen, daß in einem Weltkriege die Engländer auf die Seite der Franzosen und Russen traten, dahin wird es hoffentlich niemals kommen, aber ich habe doch stets an die große Bedeutung hingewiesen, welche die Stellungnahme des mächtigen englischen Reiches in einem Weltkriege haben würde. Jedenfalls scheint die Folge des Abkommens eine weitere Isolierung Deutschlands zu sein. Deutschland gegenüber sind ja in den maßgebenden Mächten fast aller Länder, Nordamerika, England, Italien, Frankreich und selbst in Rußland die Antipathien im Zunehmen begriffen, was ich für ganz außerordentlich bedauerlich halte. Daran haben die zahlreichen Reisen, Besuche, Empfänge, Loaste, Geschenke, die in der letzten Zeit in Deutschland inszeniert worden sind, nicht das geringste geändert. Es macht überhaupt einen wunderbaren Eindruck, daß auf diesem Gebiete in Deutschland eine Tätigkeit entfaltet wird, die weit umfangreicher ist als die Tätigkeit aller Staatsoberhäupter der Welt zusammen. Eine gewisse Zurückhaltung nach der Richtung, daß man vor allem die Liebenswürdigkeit nicht da aufdrängt, wo sie garnicht gewünscht wird, könnte der deutschen Würde keineswegs schaden. Uebrigens stehen die Festlichkeiten über die in den letzten Wochen fast Tag für Tag berichtet wird, in etwas schneidendem Widerspruch zu den Vorgängen in Südwestafrika, wo leider deutsches Blut in Strömen geflossen ist.

Der Reichskanzler hat dann Bezug genommen auf die Vorgänge in Ostafrika. Er meinte, daß eine pessimistische Auffassung der Dinge von russischer Seite so hätte aufgeföhrt werden können, als empfänden wir Genehmigung darüber, wenn es dort zu Konflikten käme; also auch hier wieder in erster Linie die Rücksicht auf Rußland. Von keiner Seite ist verlangt worden, daß Deutschland aktiv in die ostafrikanischen Angelegenheiten eingreifen sollte. Wenn Herr v. Kardorff behauptete, daß die Sozialdemokratie allein es sei, die die deutsche Neutralität nicht wüßte, so möchte ich fragen, woher er diese Weisheit eigentlich hat. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In meiner Zeitung, von keinem Redner meiner Partei ist angedeutet worden, daß Deutschland aktiv eingreifen hätte, genau das Gegenteil ist der Fall. Wir sind sogar der Meinung, daß die Machtentfaltung der deutschen Marine in Ostafrika weit über das Bedürfnis unserer Interessen hinausgeht. Wir sind der Meinung, daß Deutschland auch nicht den leisesten Verdacht erregen darf, daß es irgendwie Partei ergreife oder die Begünstigung eines der Streitenden eintreten lassen wolle. Der Reichskanzler meinte, Deutschland müsse alles thun, um die Neutralität Chinas aufrecht zu erhalten. Das hat mich überrascht, das stimmt nicht zu seiner Neutralität. China ist nicht der Safallensaat Deutschlands oder einer andern Macht, um in solcher Weise in seinem Selbstbestimmungsrecht eingegriffen zu werden. Das Bemühen, China à tous prix neutral zu erhalten, muß notwendig den Eindruck erwecken, als geschähe es ausschließlich zu Gunsten Rußlands, für das die Neutralität Chinas von besonderem Werte ist. Nun hat sich in den letzten Tagen ein Vorgang ereignet, der den Eindruck erwecken muß, als wenn die strikte Neutralität Deutschlands nicht in korrekter Weise aufrecht erhalten wird. Ich meine an auf den Vorgang der Schiffverkäufe. Die Hamburg-Amerika-Linie hat den Schneidampfer „Wismar“ einer russischen Firma verkauft, die ihn Rußland wieder zur Verfügung gestellt hat, in dessen Auftrag der Verkauf zweifellos abgeschlossen worden ist. Ich weiß nicht, ob die Hamburg-Amerika-Linie vor dem Verkauf dieses Schiffes bei dem Auswärtigen Amt angefragt hat — ich nehme aber an, daß es geschähen ist, denn die Leiter der Gesellschaft sind vorsichtige Leute, die sich nicht mutwillig in einen Konflikt mit der Regierung bringen werden. Der Verkauf dieses Schneidampfers, der als Kurierkreuzer auf der deutschen Flottenliste figuriert und der im Kriegsfall als Kriegsschiff verwendet werden soll, muß notwendig Mißbilligung hervorrufen. Auch der Norddeutsche Lloyd soll die Absicht haben — und hat sie vielleicht schon ausgeführt — das Schiff „Dohrn-Johann“ an Rußland zu verkaufen. Diese Verkäufe durch Handelsfirmen dienen nur dem Zweck, der russischen Marine auf einem Umweg größere Aktivität als bisher zu verleihen. Der russisch-japanische Konflikt hat die Kulturstaaten in zwei Lager geteilt, auf der einen Seite stehen die Anhänger

Rußlands, auf der andern die Freunde Japans. Jeder Schritt von uns, in dem eine Verletzung der Neutralität erblickt werden kann, muß auf der andern Seite Mißmut erregen. Das können wir unter keinen Umständen wünscheln; die Welt ist mit Kampfstoff überfüllt, jeder Funke, der ins Pulverfaß fliegt, kann einen Weltbrand erzeugen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte deshalb den Reichskanzler ausdrücklich fragen, ob ihm etwas von dem Verlaufe dieser Schiffe bekannt ist und ob er in diesem Verlaufe nicht eine gewisse Begünstigung der maritimen Interessen Rußlands erblickt. Ein Teil der Presse bestreitet, daß der Verlauf in diesem Sinne ausgelegt werden könne. Ich erinnere aber an folgendes: Als während des Boerenkrieges die Firma Krupp eine große Bestellung von Geschossen, die zweifellos für Englands Interessen bestimmt waren, von einer englischen Firma erhielt, da stellte die offiziöse Presse die Tatsache zuerst in Abrede. Da aber wurde doch eingeschritten und verhindert, daß die Geschosslieferung ausgeführt wurde. Ganz ähnlich liegen die Dinge hier. In all den Jahren vorher haben wir von dem Verlaufe erfalliger Schiffe an Rußland nichts gehört, und wenn diese Schiffe im Falle eines Seekrieges Deutschland selbst Dienste leisten sollten, dann sind durch den Verlauf auch die maritimen Interessen Deutschlands geschädigt. Es schwirren allerlei Gerüchte über eine neue Flottenvorlage umher, die noch in dieser Session an das Haus gelangen soll — ich glaube nicht daran — aber angehts des zweifellos vorhandenen Bestrebens, weit über die Flottenvorlage hinaus die Schiffe zu vermehren, müssen diese Verkäufe besonders auffallen. Nun könnte gefragt werden, ob, ihr Sozialdemokraten, wie könnt ihr euch überhaupt herausnehmen, von der nationalen Würde Deutschlands zu sprechen. Unsere Begriffe über die Ehre Deutschlands mögen andre sein, aber auch für uns giebt es eine Ehre Deutschlands, und mein Wort, das soviel Aufsehen erregt hat, wir würden nicht dulden, daß auch nur ein fiedelches deutsches Land in die Hände des Feindes fällt, drückt eine Auffassung aus, der ich nicht zum erstenmal Worte verleihe habe. Ich und mein Freund Liebknecht haben uns schon vor 18 Jahren ganz ebenso ausgesprochen. Wir sind nicht gewillt, jeden Angriff auf Deutschlands Stellung und stillschweigend gefallen zu lassen.

Ich komme nun auf die Verhandlungen vom 27. und 29. Februar über die Russen-Ausweisungen zurück. Damals hatte Herr Dr. Müller-Reinigen die Ansicht ausgesprochen, daß zur Zeit Bismarcks ähnliche Dinge nicht hätten vorkommen können. Ich habe diese Auffassung schon damals durch einen Zwischenruf bestritten. Der Reichskanzler hat aus dem Aktienstreit des Auswärtigen Amtes eine Reihe von Aktienstücken vorgezeigt, die beweisen haben, daß Bismarck in Bezug auf Erfüllung russischer Auslieferungswünsche ein Entgegenkommen an den Tag gelegt hat, wie es unter ihm selber noch nicht vorgekommen sei. Wenn er hat beweisen wollen, daß er ganz auf dem Standpunkt Bismarcks steht, so ist ihm dieser Beweis glänzend gelungen. Aber er hat damit etwas herbeiföhrt, was er nicht herbeiföhren wollte, er hat die Stellung Bismarcks gegenüber Rußland durch die Vorlegung dieser Aktienstücke in einer Weise kompromittiert, wie es schlimmer nicht geschehen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht wahr, wenn Bismarck in den Akten behauptet, daß es sich bei Leo Deutsch um einen gemeinen Verbrecher handelt. Leo Deutsch ist auch in Rußland kein gemeines Verbrechen nachgewiesen worden. Die badiischen Behörden, die badiischen Richter hatten große Bedenken, ihn auszuliefern, aber dem großen Druck, den Bismarck auf sie ausübte, konnten sie natürlich nicht Stand halten. Auch bei Mendelssohn handelt es sich nicht um gemeine Verbrecher. Wenn jemals atemmäßig bewiesen worden ist, daß die deutsche Politik in geradezu unwürdiger Weise sich in den Dienst Rußlands gestellt hat, so ist es durch dieses Aktienstück geschehen. Die Ausführungen des Reichskanzlers fanden im engsten Zusammenhange mit der Erörterung der Ausweisung russischer Studenten. Ich hatte in meiner Rede auf den Protest von ca. 400 russischen Studenten und Studentinnen Bezug genommen, der sich gegen die Ausweisungen des Freiherrn v. Nischosen richtete. Der Reichskanzler kam auf diesen Protest zu sprechen und drohte allen, „die sich manig machen“, die Ausweisung an. Aber die vielgenannten Studenten Wandelstamm und Silberfarb erlaubten sich doch, eine neue Versammlung ihrer Landsleute einzuberufen, in der sie gegen die Rede des Reichskanzlers von neuem Protest erhoben. Es war ja vorauszusetzen nach jener Erklärung des Herrn Reichskanzlers, daß das Schicksal der Protestanten besiegelt war, man hat 14 von ihnen einige Tage nach dem Protest ausgewiesen. Es liegt hier ein gewisser Widerspruch vor zu früheren Erklärungen des Herrn v. Hammerstein. Nach dem ersten weit schärferen Protest der russischen Studenten gegen den Minister des Auswärtigen erklärte Herr v. Hammerstein, von einer Ausweisung werde Abstand genommen, da es sich um eine kindische Handlung jugendlich unvernünftiger Leute handle. Wenn ich auch die Motive nicht billigen konnte, so hat mir doch die damalige Haltung der Regierung imponiert, ich habe mir gesagt, das ist eine Stellungnahme, wie sie eines mächtigen Kulturstaates würdig ist. Jetzt aber, da sich der Protest der Studenten gegen den Reichskanzler selbst richtete, erfolgte sofort die Ausweisung. Es ist vielleicht nicht ganz uninteressant, namentlich angesichts der Thatsache, daß die Namen Silberfarb und Wandelstamm von einem gewissen Teil der Presse in äußerst kindischer Weise verhöhnt werden, einige kurze Mitteilungen über diese beiden Persönlichkeiten zu machen. Silberfarb ist weder Anarchist, noch auch Sozialist, sondern Zionist, also ein orthodoxer Jude, dem nichts ferner liegt als Umsturzgedanken. Wandelstamm ist als junger Mann in Liebau gegen die Russifizierungsbestrebungen gegenüber den Deutschen in den Ostseeprovinzen auf das entschiedenste aufgetreten. Später wurde er Sozialdemokrat, trat in Moskau in einer Fabrik als Arbeiter ein, wurde wegen sozialistischer Agitation verhaftet und zwei Jahre in Untersuchungshaft gehalten. Was das in Rußland heißt, das mögen Sie daraus erschließen, daß von seinen 14 Genossen in der Untersuchungshaft vier in Wahnsinn verfielen und zwei Selbstmord verübten haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sein eigener Bruder ist im Gefängnis in Wahnsinn verfallen und später an Tuberkulose gestorben. Männer, die in dieser Weise für ihre Ueberzeugung kämpfen, verdienen unsere Hochachtung, nur ein erbärmlicher Nicht aber kann es wagen, gegen solche Männer einen Stein zu werfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wandelstamm hat dann weiter eine fünfjährige Verbannung in Sibirien durchgemacht und hat auch in dieser Zeit den größten Mut bewiesen, indem er den Brutalitäten des Offiziers, der den Gefangenentransport führte und ein ganz gemeiner Schurke war, energisch und mit Erfolg entgegentrat. An die Ausweisungsmassregeln haben sich dann noch andre Dinge geknüpft. Auf der Exmatrikel des Herrn Silberfarb befand sich folgender Vermerk: „Vor bis zu seiner am 16. März erfolgten Ausweisung durch die hiesige Polizei Student der Universität.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Brandmarke allerhöchster Art. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dabei war die Ausweisung noch nicht einmal rechtskräftig geworden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein deutscher Unternehmer einem seiner Arbeiter gegenüber so vorgeht, macht er sich auf Grund der Gewerbeordnung strafbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Welch traurige, erbärmliche Rolle spielen unsere Universitätsbehörden gegenüber Männern, die im ihrer politischen Ueberzeugung wegen aus dem Lande gejagt werden! Diese Haltung der Universitätsbehörden wird selbst in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“, deren Herausgeber ein Sanitätsrat Dr. Müller ist, aufs schärfste

getadelt. Der Verfasser des Artikels erklärt: Unsere Sympathien sind ganz und gar auf Seiten der russischen Studenten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer weiß, wie gierig diese Studenten an allen Quellen der Kultur trinken, an denen deutsche Studenten vielfach verächtlich vorübergehen, der wird nicht im Stande sein, im Tone antisemitischer Blätter über das zu spotten, wie es der höchste Beamte des Deutschen Reiches beliebte. Eine kräftigere Wühre konnte einer Behörde kaum zu teil werden. Ich habe mich gefreut, daß sich hier ein Mann gefunden hat, der den Mut hat, zu sagen, was er denkt. Geheimen Regierungsrat Althoff soll ja vor kurzem ausgesprochen haben, daß künftighin auch das preussische Kultusministerium sich mit dem Auswärtigen Amt in Beziehung setzen werde in bezug auf die Behandlung auswärtiger Studenten. Herr Sattler hatte kein Wort der Entrüstung über diese Maßregeln, die uns in den Augen der gesamten Kulturwelt herabsetzten. Dieselben Studenten, die hier als staatsgefährlich, als Schnorrer und Verschwörer ausgewiesen werden, können in Frankreich, in der Schweiz, in Italien ungehindert ihren Studien obliegen. Man behandelt sie dort so, wie es einem Kulturstaat gebührt, während wir jeden Tag mehr und mehr in den deutschen Polizeistaat hineingeraten. Noch einige Ausführungen zum Falle v. Wetschesloff, der jetzt ganz besonders aktuell ist. Am 20. Februar wurde Herr v. W. ausgewiesen. Am 22. hatte sein Anwalt Dr. Liebknecht Beschwerde erhoben. Nach Bestehen des Recht kann die Ausweisung nicht eher erfolgen, bis die Beschwerde entschieden ist. Da die Entscheidung sehr lange auf sich warten ließ, hat der Rechtsanwalt mit Herrn v. W. vereinbart, daß dieser am Dienstag, den 12. April, mit seiner Familie Berlin und Preußen verlassen solle. Am vorigen Freitag begleitete Herr v. W. einen schwer erkrankten Freund nach der Heilanstalt Homes am Rhein. Am Sonnabend kamen Gen darmen in seine Wohnung in Hermsdorf, wo seine Frau mit den kleinen Kindern zurückgeblieben ist, durchsuchen alles und wollen Herrn v. W. verhaften. Die Frau sorgt natürlich dafür, daß Herr v. W. seine bereits angetretene Reise unterbricht. Am Dienstagmorgen um 5 Uhr erscheinen wieder Gen darmen in der Wohnung der Frau v. W., stellen alles von unterst zu oberst (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), Frau v. W. wendet sich an den Rechtsanwalt, dieser verhandelt persönlich mit dem Landrat des Kreises und der letztere erklärt sich damit einverstanden, daß Herr v. W. noch im Laufe dieser Woche Berlin mit seiner Familie verlassen solle; spätestens am Freitag solle er anreisen, wann und wohin er abreise, am Schalter solle ein Gen darm anwesend sein, dem Herr v. W. sein Billet zeigen müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles dies sollte gelten, falls der Vorgesetzte des Landrats, Herr v. Hammerstein, zustimmte. Gestern mittag erst erhielt dann Herr v. W. die Nachricht, die Zustimmung sei nicht erfolgt. Gen darmen kommen nunmehr jeden Tag in die Wohnung, um sich nach ihm zu erkundigen. Sehr charakteristisch ist die Aeußerung der Frau v. W. zum Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: „Aber ich bitte Sie, das ist doch ganz wie bei uns in Rußland.“ Ich habe geglaubt, Deutschland sei ein zivilisiertes Land. (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist Herr v. W. bereits seit sechs Jahren in Hermsdorf und lebt dort ruhig seinen Studien. Drei seiner Kinder sind in Hermsdorf geboren. Es ist doch in der That unerhört, daß ein Mann, der keinerlei Vergehen oder Verbrechen begangen hat, misant seiner Familie in dieser Weise belästigt wird. Graf Bälou sagte seiner Zeit zu uns: Meine Herren, Sie lernen mich ja noch gar nicht. Nun, wir haben ihn jetzt von einer Seite kennen gelernt, die ich damals nicht für möglich gehalten hätte. Ich habe ihn für einen vorurteilsfreien Mann gehalten, habe gedacht, daß er durch seine jahrzehntelange Abwesenheit im Auslande gelernt habe, eine Lebensauffassung zu gewinnen, wie sie in seinen Gesellschaftskreisen in Deutschland in der Regel nicht zu finden ist. Es scheint aber, er hat sich in den wenigen Jahren wieder zurückacclimatisiert in den Geist des preussischen Junkertums. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Auch der Prozeß in Königsberg ist noch immer nicht erledigt, Rowagrodski und seine Genossen sitzen jetzt vier, fünf Monate in Untersuchungshaft, und noch ist keine Anklage erhoben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin gestern auf das Gericht als Zeuge citiert worden. Ich war im höchsten Grade überrascht, als man mich fragte, ob ich mittlerweile erfahren hätte, ob es ein russischer Polizeispion gewesen sei, der unter die an Rowagrodski geschickten Schriften solche anarchistischen Inhalts gemischt habe. Ich habe den Eindruck gewonnen, als ob die Herren in Königsberg sich in einer verzweifeltsten Verlegenheit befinden, was sie aus dem Prozeß machen sollen.

Herr Abg. Dr. Sattler hat nach dem Schicksal der Handelsverträge gefragt und Herr v. Kardorff hat die Kündigung des argentinischen Reisefähigkeitsvertrages verlangt. Wir haben es vorausgesetzt, daß es sehr schwer sein würde, mit dem neuen Zolltarif Handelsverträge abzuschließen. Herr v. Kardorff hat übrigens bereits bei der Beratung des Antrages erklärt, daß, falls dieser nicht verwirklicht würde, in zwei Jahren die deutsche Landwirtschaft völlig zu Grunde gehen würde. Das war 1895, also vor zehn Jahren. Der deutschen Landwirtschaft ist es aber niemals besser gegangen als in den letzten Jahren. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Daß auch Rot in der Landwirtschaft herrscht, bestreiten wir nicht, aber an dem wirtschaftlichen Fortschritt der letzten Zeit hat die Landwirtschaft erheblichen Anteil. Es ist der einzige vernünftige Gedanke der Regierung in der letzten Zeit gewesen, daß sie sich nicht zur Kündigung der Handelsverträge hat drängen lassen. (Hört! hört! rechts.)

Herr Dr. Sattler hat uns vorgeworfen, daß wir die Klassenherrschaft der Arbeiter erstreben. Das ist nicht der Fall. Wir wollen nicht eine neue Klassenherrschaft an Stelle der alten setzen, sondern die Klassen überhaupt aufheben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wie steht es mit der Internationalität der Sozialdemokratie? Wenn behauptet wird, diese Internationalität bestehe darin, daß alle Sprachen aufgehoben, alle Landesgrenzen verwischt und ein allgemeiner Völkerebre ge schaffen werden soll, so ist das Wahnsinn und Verriidtheit. Unsere Internationalität beruht darauf, daß wir eine Völkerverständigung, eine Völkervereinigung, eine Völkerverbrüderung wollen, daß unser Ziel die allgemeine Konföderation aller Kulturvölker ist, um die Kulturaufgaben lösen zu können, zu deren Lösung ein einziges Volk zu schwach ist. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es giebt kein Ziel, das edler und höher wäre, das sich ein Mensch stellen kann. Herr Dr. Sattler hat über die Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft gellagt. Glauben Sie, diese Gegensätze jemals beseitigen zu können? Wenn die Sozialdemokratie nicht existierte, würden diese Gegensätze noch weit schärfer sein, als sie es heute sind. (Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der „Wannau“, vor dem Sie sich fürchten, und: Liebe, Friede, Ruhe, Besehung! so schallt's von allen Seiten, weil wir da sind. (Große Heiterkeit.) Der Centrumsabgeordnete Kohl hat in München eine Rede gehalten, in der er sagte, es ist eine Fügung der göttlichen Vorsehung, daß die Sozialdemokratie in unserer Zeit einen so großen Einfluß auf die Massen und die Politik hat, sonst würde der Kulturkampf viel ärger toben. Hier dankt also ein Mitglied des Centrums dem lieben Gott dafür, daß wir da sind (Heiterliche Heiterkeit), und er hat nicht Unrecht. (Heiterkeit.) Wenn weiter darüber gellagt wird, daß die Verhandlungen in allen deutschen Parlamenten einen so ungeheuren Umfang annehmen, so liegt die Ursache für das Rededebakel der Abgeordneten darin, daß jeder dieser

Abgeordneten die Interessen und Bedürfnisse einer bestimmten Gruppe, einer bestimmten Partei, einer bestimmten Klasse zum Ausdruck bringen muß. Und die Zunahme dieses Bedarfs ist auch ein Zeichen dafür, daß der Klassenkampf immer schärfer wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dazu kommt weiter die Gesetzgebung und die Kompromisspolitik bei den Gesetzen, weil nicht ganze Arbeit gemacht wird. Deshalb können schon nach zwei und drei Jahren Änderungen und es zeigt sich, daß das Kompromiß nichts getaugt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Dr. Müllin hat gestern von der liberal-socialdemokratischen Alliance in Elsaß-Lothringen gesprochen. Mir ist nichts davon bekannt; diese Alliance existiert nicht. Mit größerem Rechte kann man in Bayern von einer Alliance zwischen Centrum und Socialdemokratie sprechen. Meine Genossen haben bei dem letzten Wahlkampf mit dem Centrum in hohem Grade patiiert und scheinen jetzt wieder die Absicht dazu zu haben. Ich will mich da nicht einmischen, die Verhältnisse bringen diese Alliance zu Wege. Auf der anderen Seite aber ist fest, daß dieses Zusammengehen nur ein zeitweiliges ist. (Rufe im Centrum: Sehr richtig!) Wir stimmen bald mit der Linken, bald mit der Rechten zusammen, wie es unsern Interessen dient. Wer da von Alliance spricht, irrt sich gründlich. Wir bleiben nach wie vor, was wir sind, und Sie bleiben auch, was Sie sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Von einem dauernden Pattieren kann nicht die Rede sein, dazu sind die Gegensätze zu groß. Uebrigens führt gerade die Centrumpresse in Elsaß-Lothringen gegen unsere Partei eine unerhörte Sprache. In diesem Schimpfen thut sich besonders ein katholischer Geistlicher in der „Oberlothringischen Landeszeitung“ hervor. — Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ist im Verlauf dieser Debatte zum Gegenstand lebhafter Angriffe gemacht worden. Da wird behauptet, daß dem Gefühl des Volkes ein Gefährdungen worden sei. Welches Volkes denn eigentlich? (Weiterkeit.) Doch nur eines Theiles des nationalliberalen Volkes! Das Volk, das hinter dem Centrum steht, hat sich gekreuzt, das Volk, das hinter uns steht, hat zum mindesten nichts einzuwenden gehabt. Wenn Graf Bülow erklärt, er müsse der stärksten Partei des Reichstages entgegenkommen, wenn er konstitutionell regieren wolle, so bitte ich ihn, nur konsequent zu bleiben. (Weiterkeit.) Und einen Schritt weiter zu gehen und das ganze Jesuitengesetz aufzuheben. (Lebh. Beifall und sehr richtig! im Centrum und bei den Socialdemokraten.) Wir fordern das nicht aus Freundschaft an den Jesuiten. Wir sind Feinde jeder Ausnahmelegislation, ob sie sich nun gegen einen Stand, gegen eine Klasse, gegen eine Religion oder gegen eine Rasse richtet. Wir verlangen allgemein eine Rechts Gleichheit. Es ist traurig genug, wenn es Parteien giebt, die nur dadurch sich an der Herrschaft zu halten glauben, wenn sie Ausnahmegesetze gegen feindliche Strömungen aufrechterhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soc.) Ich, haben denn die Herren von der nationalliberalen Partei aus 30jähriger Erfahrung gar nichts gelernt? Herr Dr. Sattler hat aber meine Prophezeiung gespöttelt. Als aber 1872 das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten zur Verhandlung kam, da habe ich damals den Herren von der nationalliberalen Partei gesagt, daß der Weg den sie betreten, falsch ist, daß gerade das Gegenteil von dem eintreten würde, was sie erwarten, daß diejenigen, die sie verfolgen, immer stärker werden würden. Diese Prophezeiung ist in vollem Umfange eingetreten. Daß Sie mit den Herrschelustigen einer Kirche nicht fertig werden, liegt daran, daß Sie die einzig vernünftigen Mittel nicht anwenden können, nicht anwenden dürfen, weil Sie (zu den Nationalliberalen) damit ihre eigene Herrschaft untergraben würden. Sie reden so viel von Volksbildung und Volksaufklärung! Besonders im „Hannoverschen Courier“ erscheinen kathechistische Artikel, zu denen man nur sagen kann: Gut gebrüllt, Löwe! (Weiterkeit.) Es ist aber alles Phrase, nichts als Phrase. Da wird vom Selbstmord der nationalliberalen Partei geredet, wenn sie irgend welche Kompromisse mit dem Centrum eingeht, und noch ist die Druckerwerkzeuge nicht trocken, da sind die Nationalliberalen schon bereit, bei einer engeren Wahl für das Centrum zu stimmen, für den Tod feind. (Große Heiterkeit.) Der Kampf um den § 2 ist ein Windmühlengedicht und nichts weiter. Sie führen ihn nur, um sich damit ein Air bei der Masse zu geben. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten. Unruhe bei den Nationalliberalen.) Lassen Sie, so habe ich schon 1872 gesagt, die katholische Kirche sich ruhig entwickeln, aber sorgen Sie für Trennung der Kirche vom Staat, für Trennung der Schule von der Kirche, sorgen Sie für die Befreiung aller materiellen Mittel, um Volksbildung und Volksaufklärung auf die höchste Stufe zu heben. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.) Aber zu einem solchen Kulturkampf sind Sie nie zu haben gewesen. Sie sind eben halbe Menschen und überhaupt nur aus Halbheiten zusammengesetzt. (Stürmische Heiterkeit.) Sie wollen auf das Gefühl des Volkes einwirken und nicht auf seinen Verstand. Dies können Sie nicht wollen, weil Sie die wirkliche Volksaufklärung fürchten. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Sie fürchten uns als Bundesgenossen. (Weiterkeit.) Deshalb halten Sie auch an der Rechtlosigkeit der Massen im Landtag und Kommunem sie, weil Sie nur so Ihre Macht bewahren können. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ich hatte das Bedürfnis, Ihnen dies wieder einmal zu sagen. Wenn der Herr Reichskanzler sagte, wie solle er anders verfassungsmäßig regieren, wenn er sich nicht auf die stärkste Partei im Hause stützt, so freue ich mich über dies Angehörigen und hoffe nur, er bleibe konsequent. (Große Heiterkeit.) Uns ist es gar nicht besonders um die Einführung der Diäten zu thun, wir sind nur aus Prinzip dafür. Aber da der Reichskanzler doch verfassungsmäßig regieren will, so sollte er auch auf die Stimmung der größten Partei Rücksicht nehmen, und ich hoffe, daß er sich auch in der Diätenfrage zu entscheiden wird, wie das Centrum und wir es verlangt haben. Wenn der Reichskanzler das Glück haben sollte, es zu erleben, daß wir die stärkste Partei hier im Hause sind, so hoffen wir, daß er auch auf unsere Anträge jederzeit die größte Rücksicht nehmen wird. (Stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Bülow: Bevor ich auf die gestrige Debatte zurückkomme, muß ich mich gegen die Ausführungen wenden, die wir soeben gehört haben. Der Abg. Bebel hat mit einem großen Aufwand von Pathos und mit einem nicht geringeren Aufwand von Kraftworten sich über einige Auswüchse verbreitet, die hier vor einiger Zeit stattgefunden haben. Er hat dabei sogar von einer Art von Jurisdiktion gesprochen, die bei mir stattgefunden hätte. Er hat gemeint, ich hätte mir im Auslande einen freieren Blick erworben, den ich aber in heimischen Verhältnissen wieder verloren hätte. Darauf erwidere ich ihm, daß wenn ich im Auslande etwas gelernt habe, es niemals das war, daß man als Kosmopolit, daß man als internationaler Kosmopolit wohl ein ganz hübscher Mann sein kann, wohl ein ganz hervorragender Agitator, aber ein praktischer Staatsmann ist man nicht. (Beifall rechts.) Meine Herren, die Specialfälle, welche der Abg. Bebel zur Sprache gebracht hat, werden von ausländischer Seite wiederlegt werden. Ich möchte aber zweierlei hervorheben. Herr Bebel hat gesagt, die russischen Revolutionäre wären eigentlich ganz harmlose Menschen. Da möchte ich ihm doch einen Artikel vorlesen aus einer solchen russischen nihilistischen oder revolutionären Broschüre. Ich bemerke dabei ausdrücklich, ich lese diesen Artikel vor nach der Uebersetzung der „Leipziger Volkszeitung“ (Weiterkeit), die vielleicht von allen socialdemokratischen Blättern diejenige ist, das Herrn Bebel am nächsten steht. In dieser russischen nihilistischen Broschüre heißt es also: (Bei der Uebersetzung dieser Stelle ließ der Herr Reichskanzler stark die Stimme sinken und war daher schwer verständlich.) — Ob Nicolaus II. in einer Riettschlacht vom Kaiserlichen oder Schemenowischen Fluge abfährt oder in einem Wagen unter schmutziger Wäsche verdeckt weggeführt wird wie ein anderer Häuptling der Reaktionäre während der Revolution — — das alles interessiert uns wenig. Die Geschichte selbst wird das Schicksal bestimmen, ob das Schicksal Ludwigs XVI. oder der Franenrod Guizots . . . das ist die Sache der Zukunft. Meine Herren, wir haben nicht darin hineinzureden. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Ja also!)

Wenn Ihnen das nicht genügt, so könnte ich Ihnen noch weitere Artikel aus der „Leipziger Volkszeitung“ vorlesen. (Große Heiterkeit.) Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt über das glücklicherweise mißlungene Attentat gegen den Gouverneur von Wilna: „Der leider aus der strafenden Hand eines Helden mit heiler Haut entkommene Wilnaer Gouverneur v. Bahl (Hört! Hört!) gehört zu der verächtlichsten Gattung der Schergen im russischen Reich. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diesmal war das heldenhafte Opfer des Lebens umsonst gebracht. Das liebe Publikum hat natürlich mit, den Rächer der mit Füßen getretenen Menschenwürde in die Krallen der Polizei zu bringen, aus der er wohl nicht wieder herauskommen wird. Aber die einstweilig glückliche Kanaille wird sich hoffentlich den Fall als Warnung und Mahnung merken, daß in Rußland die Zeiten der Herrschaft von Juregelichen vorbei sind.“ — So also sehen die Herren aus, für welche sich der Herr Bebel so angelegentlich ins Zeug legt. Was nun die stattgehabten Ausweisungen anbelangt, die auf meine Veranlassung erfolgt sind, so haben sich die Ausgewiesenen ihr Schicksal selbst zuzuschreiben. (Sehr richtig!) Ich habe es hier vor einigen Wochen angeführt, daß fremde Studenten, die sich bei uns ruhig und anständig benehmen, ungestört unsere Bildungsanstalten besuchen und ihren Studien bei uns nachgeben können. Ich habe aber weiter gesagt, wenn die fremden Studenten sich manig machen würden, sie ausgewiesen werden würden. (Zustimmung rechts.) Sie haben sich manig gemacht und wir haben einfach von dem Rechte jedes Hausherrn Gebrauch gemacht, Fremden, die sich lästig machen und unangenehm benehmen, die Thür zu weisen. (Sehr richtig!) Sie öffentlich Grobheiten sagen zu lassen, das braucht sich weder die preussische Verwaltung gefallen zu lassen noch die preussische Polizei. (Sehr richtig.) Das brauche ich mir auch nicht gefallen zu lassen. (Sehr richtig!) Ich möchte aber bei diesem Anlaß auf die Bemerkung des Herrn Bebel über den verewigten Fürsten Bismard zurückweisen. Herr Bebel hat gemeint, daß die Altentüde, die ich neulich vorlesen habe, aus der Feder des Fürsten Bismard das Andenken des verewigten Fürsten kompromittiert hätten. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten.) Ich glaube im Gegenteil und die Mehrheit dieses Hauses und die Mehrheit im Lande wird mit mir glauben, daß dieses Altentüde nur beweist, mit welchem Ernst und wie unerlässlich auch am Abend seines Lebens der Fürst Bismard sorgte für den Frieden und für die Sicherheit des Reichs, dessen Entstehung in erster Linie seinem Genie zu danken ist. (Beifall rechts.)

Ueber die ostasiatische Frage hat Herr Bebel mit einer gewissen Feierlichkeit erklärt, es dürste in keiner Weise in dem jetzt stattfindenden Krieg in Ostasien Partei ergreifen werden für einen der beiden Kämpfenden. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch wieder darauf aufmerksam machen, wie häufig es vorkommt, daß gerade die deutsche Socialdemokratie in auswärtigen Fragen eine unzulage oder eine unpatriotische Haltung einnimmt, im Gegensatz zu ihren ausländischen Gefinnungsgenossen. Während bei uns die socialdemokratische Presse in allen Lokorten gegen Rußland tobt, hält sich die französische Socialdemokratie sehr viel reservierter und sehr viel vorsichtiger, und als vor einigen Tagen der französische Ministerpräsident, Herr Combes, einem Banquet beizuwohnte, das ihm von französischen Radikalen und Socialisten in Lyon gegeben wurde, da wurde seine Bemerkung, daß ganz Frankreich mit Rußland sympathisiere, von den anwesenden Radikalen und Socialisten mit Beifall und Jubel aufgenommen. Herr Bebel hat auch gemeint, wir machten uns einer Verletzung der Neutralität schuldig und zwar in zweierlei Weise: einmal durch unser Eintreten für die Neutralisierung von China. Wenn er bei dieser Gelegenheit von einer Vergewaltigung gesprochen hat, so habe ich das niemals gehört, daß jemand vergewaltigt wird, der um etwas bittet und dem etwas wünscht. Die Neutralisierung Chinas entsprach durchaus dem Wunsche des chinesischen Hofes und der chinesischen Regierung. Herr Bebel hat auch von dem Verlaufe deutscher Schiffe an ausländische Firmen gesprochen. Nach der bisherigen Völkerrechts-Praxis sind derartige Verläufe ausländischer Schiffe an ausländische Firmen zulässig. Jedemfalls ist die Frage sehr zweifelhaft und ich bin in der Lage, mich auf eine Stimme aus Ihren Reihen (zu den Socialdemokraten) berufen zu können. Der „Vorwärts“, der doch wohl noch immer bis zu einem gewissen Grade socialistisch-offiziös, Bebel-offiziös ist, schreibt: „Die Verletzung der Neutralität unter dem Gesichtspunkt der Neutralität ist nicht ganz zweifellos.“ Das ist für mich sehr beruhigend. Er fährt fort: „Der moderne Grundsatz der Neutralität verbietet neutralen Staaten schlichterdingz jede direkte oder indirekte Unterstützung einer kriegführenden Macht.“

Hierher gehören insbesondere Lieferungen von Kriegsschiffen und Schiffen zum Truppentransport. Es ist klar, daß es sich bei den Käufen der russischen Regierung um Truppen-Transportdampfer handelt. Nur ist es eben nicht der Staat, sondern eine private Firma, von der die Schiffe veräußert werden. Dementsprechend sind auch während des spanisch-amerikanischen Krieges die Schnelldampfer „Normannia“ und „Columbia“ von der Hamburg-America-Linie an eine englische Schiffsmallefirma in London veräußert worden, von der sie in den Besitz der Compania Transatlantica in Barcelona übergingen. Vor der Isolierung brauchen wir uns gar nicht so sehr zu fürchten. (Lebhafte Zustimmung.) Deutschland ist zu stark, um nicht händlingsfähig zu sein. (Bravo!) Hier und sind mangelnde Kombinationen möglich, und wenn wir nur unser Schwert scharf erhalten, so brauchen wir uns vor dem Alleinsein gar nicht so sehr zu fürchten. Herr v. Radorff, dem ich aufrichtig dankbar bin für seine wohlwollende Beurteilung unserer auswärtigen Politik, hat von dunklen Mächten gesprochen, welche die Interessen der Landwirtschaft nachteilig beeinflussen. Wie man mir den Vorwurf machen kann, daß ich es fehlen ließe an der nötigen Rücksichtnahme, Fürsorge und dem nötigen Entgegenkommen für die Landwirtschaft, versehe ich nicht. Im Kampfe mit einem großen Teile dieses Hauses, im Kampfe mit großen Parteien, im Kampfe mit einem großen Teil der öffentlichen Meinung und starken Strömungen, habe ich einen landwirtschaftlich freundlichen Tarif vorgelegt und durchgeführt und mit diesem Handelsvertrags-Verhandlungen begonnen. Ueber den Stand der Handelsvertrags-Verhandlungen hat der Staatssekretär des Reichern gestern Auskunft gegeben. Diese Auskunft hat den Grafen Reventlow nicht befriedigt. Ich möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß in keinem Parlament der Welt über schwebende Verhandlungen eingehend Auskunft zu geben in der Lage sind und daß in vielen Parlamenten solche Anfragen über schwebende Verhandlungen überhaupt nicht gestellt werden. Was aber die Kündigung der Handelsverträge angeht, so muß ich sagen: wir stehen in sehr schwierigen, in sehr verwickelten Handelsvertrags-Verhandlungen, die unser handelspolitisches Verhältnis zu unseren Nachbarn und der ganzen Welt neu regeln sollen. Die Verantwortung für den Fortgang, für den Ausgang dieser Verhandlungen trägt lediglich die Regierung. Da muß auch die Regierung bestimmen, wann ihr der Zeitpunkt gekommen zu sein scheint, Handelsverträge zu kündigen, und diesen Standpunkt habe ich festgehalten während der ganzen Isoliraktion, daran muß ich auch weiter festhalten. Es handelt sich hier um ein Recht der Exekutive, auf das in einem monarchischen Staat keine Regierung verzichten kann. Belangen wir ohne Kündigung der alten Verträge zu neuen Verträgen — desio besser für alle Beteiligten, nehmen die Vertragsverhandlungen nicht den von uns erwarteten und gewünschten Verlauf, so werden wir ohne Schwäche von unfremmständigen Anhängern Gebrauch machen. (Zuruf rechts: Wann? — Weiterkeit.) Das kann ich nicht sagen. Was die Brüsseler Judenkonvention anlangt, so glaube ich, wird von allen Seiten anerkannt werden, daß wir uns in einem gewissen Uebergangsstadium befinden, wo sich ein volles Urteil über die Konvention noch nicht gewinnen läßt. Wenn schon heute dies möglich ist, wird der Staatssekretär des Reichskanzlers Ihnen darüber jede

wünschenswerte Aufklärung bei der Lesung des Jolleats geben. Gewiß haben die veränderten Regierungen eine ernste Aufgabe auf sich genommen, als sie mit selbstelegierten Getreidezöllen in Vertragsverhandlungen eingetreten sind. Sie sind aber vollständig überzeugt, daß sich mit diesen Minimalzöllen sehr wohl Handelsverträge erreichen lassen, daß diese Minimalzölle in keiner Weise ein Hindernis für Handelsverträge sind, daß sich auf der Basis dieser Minimalzölle mit allen Staaten, mit denen wir in Unterhandlungen stehen, sehr wohl für beide Teile befriedigende Handelsverträge erreichen lassen. Ich komme kurz zu den Ausführungen des Abg. Dr. Müllin. Ich werde auf das eingehen, was Herr Müllin über die Beschlüsse des Landesauschusses von Elsaß-Lothringen ausgesprochen hat. Diese Beschlüsse bewegen sich in dreifacher Richtung. Sie verlangen einmal Aufschaltung des Reichstages als gesetzgebenden Faktor für Elsaß-Lothringen, sie fordern Vertretung im Bundesrat bei Beratung von Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten und sie wünschen endlich die Zuteilung der Stellung und des Namens eines Landtages an den Landesauschuh. Die Ausführung dieser Beschlüsse würden also einen tiefen Eingriff in die staatsrechtliche Stellung von Elsaß-Lothringen in sich schließen, die mit dieser staatsrechtlichen Stellung zusammenhängen und sind an und für sich schwierig und verwickelter Natur. Ich meine, es kann meines Erachtens nur allmählich erfolgen, nur Hand in Hand mit der Festigung des Reichsgedankens. Was den dritten Punkt angeht, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß mit Ausnahme des Interpellationsrechts dem Landesauschuh von Elsaß-Lothringen schon jetzt alle Befugnisse zustehen, die ein Landtag hat. Ueber diese Frage, die eine innere Elsaß-Lothringische Frage ist, werden wir uns vielleicht mit Zeitigkeit verständigen können. Ich weise aber weiter darauf hin, daß in der Verfassung von Elsaß-Lothringen sich seit der Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Reich eine große Anzahl von Änderungen vollzogen haben, die unsere Landesleuten dort den Beweis liefern könnten und sollten, daß die Reichsregierung immer bereit ist, ihren Wünschen entgegenzukommen, soweit sie berechtigt und durchführbar sind. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Aufhebung des Diktaturparagrafen vor zwei Jahren. — Herr Graf v. Reventlow hat gestern gemeint, daß das englisch-französische Abkommen und speziell derjenige Teil, der sich auf Marokko bezieht, in Deutschland mit Beschämung und Niedergeschlagenheit aufgenommen worden wäre. Er meinte, wir dürften nicht dulden, daß sich andre Mächte an der Nordküste von Afrika größeren Einfluß sichern als wir. Das kann nur soviel heißen, als daß wir selbst ein Stück von Marokko fordern sollen. Ich möchte an den Herrn Grafen Reventlow eine einfache Frage richten: er ist mit mir der Ansicht, daß, wenn ein so großes Reich, wie das Deutsche Reich, eine Forderung stellt, es diese Forderung auch durchsetzen muß, coactus coactis. Was würde er mir nun raten und vorschlagen zu thun, wenn eine solche Forderung auf Widerstand stiehe. Ich sage nicht, daß es sicher ist, daß sie auf Widerstand stößt, ich sage, daß es wahrscheinlich ist, ich sage nur, daß man eine solche Eventualität doch jedenfalls ins Auge fassen muß, würde er mir dann den Rat geben, daß ich vom Leder ziehen soll? Herr Graf Reventlow schweigt und ich verstehe das sehr wohl. (Weiterkeit.) Jedenfalls ist das Aufheben einer Reibungsfläche mit England und Frankreich durchaus nicht in Widerspruch mit unseren wohlverstandenen Interessen. Graf Reventlow hat zu meinem Bedauern auch außerordentlich scharfe Angriffe gerichtet gegen unsere Vertreter im Auslande und namentlich gegen unsere konsularischen Vertreter. In jeder Herde wird einmal ein räudiges Schaf vorkommen. Wenn Sie irgend einem meiner Untergebenen irgendwelche Pflichtwidrigkeit nachweisen können, namentlich Mangel an dem, was ich von meinen Vertretern in allererster Linie verlange, nämlich stramme nationale Gesinnung — der fliegt hinaus. Da können Sie ganz ruhig sein. Aber ohne Beweis, auf vage Anschuldigungen hin gebe ich meine Untergebenen nicht preis. Auf die übrigen vom Grafen Reventlow vorgebrachten Fragen wird der Staatssekretär des Reichern und der Kolonialdirektor bei ihren betreffenden Staats eingehen. Ich komme noch einmal zurück auf die in den letzten Tagen so viel erörterte Frage der Aufhebung des § 2, und ich möchte zunächst feststellen, wie schwierig es ist auch bei aller Vorsicht, hier so zu sprechen, daß man nicht mißverstanden wird. Graf Reventlow meinte, ich hätte gesagt, ich arbeite nur mit dem Centrum. Kechnliche Andeutungen hat Herr Gothein gemacht. Was habe ich denn in Wirklichkeit gesagt. Ich habe an ein verehrtes Mitglied dieses hohen Hauses, an Herrn Sattler die Frage gerichtet, ob es möglich wäre, daß ich die Geschäfte des Reichs in verfassungsmäßiger und erspriehlicher Weise führe ohne jede Rücksicht auf die stärkste Partei in diesem Hause. Ich habe mich ebenso wenig dem Centrum mit Haut und Haaren verschrieben, wie Herr Spahn gesagt hat, das Centrum wäre eine Regierungspartei sans phrase geworden. Es giebt eine Reihe von Fragen, wo ich anderer Ansicht bin wie die Herren vom Centrum, es giebt aber auch Fragen, wo ich mit den Herren vom Centrum zusammengehen kann. So geht es mir mit allen Parteien, die in diesem Hause auf dem Boden der Verfassung und der bestehenden Ordnung der Dinge stehen. Herr Spahn hat erst gestern mit einem Seitenblick auf Herrn Sattler gesagt, daß ich ihm zu viel mit den Nationalliberalen kokettiere. (Weiterkeit.) Die Herren v. Henckellbrandt und Gothein haben gemeint, wenn man sich auch mit der Aufhebung des § 2 befreundete, so wäre doch die Art und Weise der Aufhebung im hohen Grade anstößig. Ich möchte mit der Gegenfrage antworten, welche Artikel der Verfassung, welches verfassungsmäßige Recht durch mein Vorgehen verletzt worden ist. Ich glaube aber, ich kann einfach sagen, mein Vorgehen würde doch nur dann im Widerspruch stehen — ich sage, nicht mit dem Bundesrat, aber mit dem Geist der Reichsverfassung, wenn ich entweder den Bundesrat überumpelt hätte oder wenn dieser heutige Reichstag zu der Frage der Aufhebung des § 2 anders stände, wie sein Vorgänger. Wie kann aber von einer Ueberumpelung oder einer Uebertragung die Rede sein, wenn ich vor 13 Monaten von dieser Stelle klar und deutlich vor verammeltem Reichsvolke erklärt habe, daß ich die Befreiung des § 2 für möglich und für nützlich halte. Was aber die Stellung des heutigen Reichstages zur Frage der Befreiung des § 2 angeht, so könnte man ja leicht die Gegenprobe anstellen, indem von irgend einer Seite ein Antrag eingebracht würde auf Wiederherstellung des § 2. (Weiterkeit.) Daß die Aufhebung möglich und richtig war, war die Ansicht der Mehrheit dieses Hauses und der Ausführungen. Und nun möchte ich nur noch Herrn v. Henckellbrandt danken für die Mahnung, die er gestern an unsere evangelischen Glaubensgenossen im Lande gerichtet hat, daß sie nicht durch eine, wie ich wohl weiß, tiefergehende aber nach meiner innersten Ueberzeugung nicht berechtigte Erregung über die Befreiung des § 2 sich zu einer Haltung drängen lassen, von der ich fest überzeugt bin, daß sie die Interessen beider Konfessionen, die Interessen des Landes schädigen wird. Keine Konfession hat ein Interesse daran, die konfessionelle Streitigkeit anzugraben. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses mit mir einverstanden sein wird, daß wir in dieser Zeit, wo manche ernste Symptome am Horizonte unserer inneren und auch unserer auswärtigen Politik stehen, den konfessionellen Gader vermeiden müssen (Beifall), der uns im Innern und nach außen schwächen würde. (Beifall.)

Eingegangen ist folgende Resolution Dr. Müller-Meinings (fr. Sp.): Der Reichskanzler möge dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen Artikel 5 Absatz 1 der Reichsverfassung dahin ergänzt wird, daß die zu einem Reichsgesetz erforderliche Ueberstimmung der Reichstagsbeschlüsse des Reichstages und des Bundesrats im Laufe einer und derselben Legislaturperiode herbeiführen werden muß. Abg. Dr. Gieber (nail.): Dem Wunsche des Abg. Reventlow, daß den Deutschen in Südafrika, die durch den letzten Krieg geschädigt sind, ein kraftvoller Schutz zu teil werden möge, kann ich mich nur anschließen. Ebenso haben die Deutschen in Samoa noch heute über Nichtberücksichtigung ihrer Entschädigungsansprüche. — Begrüßt habe ich es, daß der Reichskanzler hofft, Handelsverträge mit den Minimalzöllen vorlegen zu können. — Unser Stellungnahme zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ist nicht durch parteiliche Motive bedingt; man würde es in der

Weltesten Kreisen des Landes nicht verstanden haben, wenn der Reichstag über diesen Beschluß des Bundesrats sich nicht geäußert hätte. Wir stimmen mit dem Herrn Reichskanzler darin durchaus überein, daß wir keinen Anlaß haben, den konfessionellen Streit auf politischem Gebiete anzuführen, aber der Streit der Konfessionen als solcher, als Streit der Geister muß ausgefochten werden. Daß der Herr Reichskanzler Fühlung haben muß mit großen Parteien erkennen wir durchaus an, aber die Regierung muß über den Parteien stehen und sich nicht durch eine bestimmte Partei schieben und führen lassen. — Was die staatsrechtliche Giltigkeit der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes betrifft, so will ich nur erklären, daß wir der Resolution des Abg. Müller-Meinungen zustimmen. — Herr Debel hat kein Recht, uns Halbsheit vorzuerwerfen. Wirft er doch seiner eignen Partei Halbsheit und Verschwommenheit vor. Es war mir sehr interessant, daß er auch für die Zukunft ein Zusammengehen von Centrum und Socialdemokratie in Bayern in Aussicht stellte.

Abg. Dr. Stöckmann (Mp.): Die Notlage der Landwirtschaft ist durch die schönsten Worte nicht mehr zu lindern, soll die Stimmung nicht immer verbitterter werden, so möge die Regierung endlich zu den lang ersehnten Taten übergehen.

Die Maßnahmen der Regierung gegenüber den russischen Anarchisten und Socialdemokraten haben uns nur bestärkt in dem Vertrauen, das mein Freund Kardorff zur auswärtigen Politik der Regierung ausspricht.

Daß Verhütung welfischer Bestimmung in den Kriegervereinen nicht gebildet werden kann, ist selbstverständlich; sie steht mit den Statuten derselben in Widerspruch.

Zum Schluß noch einige Worte über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Diefelbe hat eine tiefgehende Erregung in den Kreisen des gebildeten Bürgertums hervorgerufen, die ihren Grund namentlich in dem dadurch bezugten ständigen Nachdruck des Einflusses des Centrums hat. Auf die Jesuitenfrage selbst will ich nicht eingehen, sondern nur auf das Gesetz. In formaler Beziehung bin ich einverstanden mit dem Grafen v. Reventlow, daß eine Zustimmung des Bundesrates zu einem von einem früheren Reichstag beschlossenen Gesetze unzulässig ist, ohne daß das Gesetz dem neuen Reichstag noch einmal vorgelegt wird. Wenn es in das Verleben des Bundesrats gestellt wird, früheren Beschlüssen eines früheren Reichstages zustimmen, dann kommen wir zu ganz unhaltbaren Zuständen. Ich begrüße deshalb den Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen, wenn er mir auch etwas zu weit geht. Auch mit dem Beschluß des Reichstages, den § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben, ist die Mehrheit des evangelischen Volkes nicht einverstanden. Die Zustimmung des Bundesrates zu diesem Beschluß des Reichstages ist eine schwere Kränkung der evangelischen Bevölkerung. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Niederding:

Als Graf Reventlow gestern die Verfassungsmäßigkeit des Bundesratsbeschlusses über den § 2 des Jesuitengesetzes bestritt, habe ich geschwiegen, weil der Redner keine Gründe anführte. Juristische Gründe hat heute auch Herr Dr. Stöckmann nicht ins Treffen geführt, sondern nur Zweckmäßigkeitsgründe. Ein Jurist kann mit solchen Gründen die Verfassungsmäßigkeit des Beschlusses nicht angreifen. Er hat behauptet, daß ein erheblicher Stimmungswandel seit dem Reichstagsbeschlusse in den Kreisen des evangelischen Volkes eingetreten sei. Aber auch ein Stimmungswandel ist kein Grund der Legalität, einen vom Bundesrat gefassten Beschluß zu bestreiten. Für den Bundesrat kommt es nicht darauf an, was in evangelischen Kreisen gedacht wird, sondern darauf, was der Reichstag beschlossen hat. Der Bundesrat ist verpflichtet, wenn ihm ein Beschluß des Reichstages vorliegt und falls der Präsident nicht mitteilt, daß der Beschluß aufgehoben ist, Stellung zu dem Reichstags-Beschluß mit Ja oder Nein zu nehmen. Dreißig Jahre besteht unsere Verfassung, ohne daß dies Recht des Bundesrats in Zweifel gezogen worden wäre. Die verbündeten Regierungen sehen auf dem Standpunkt, daß der Bundesrat als der Reichstag nicht selber dem Bundesrat mitgeteilt hat, daß der Beschluß aufgehoben ist. Die Verfassung des Reichs ist darin der preussischen Verfassung gefolgt, als sie den verbündeten Regierungen keine Schranke hinsichtlich der Zeit ihrer Stellungnahme zu dem Beschlusse des Reichstages gezogen hat. Diese Auffassung hat auch Herr Bismarck, der Schöpfer der Reichsverfassung, immer gehabt. Diese Auffassung ist von keinem Staat in Zweifel gezogen worden und von keiner verbündeten Regierung ist dies Recht des Bundesrats je bestritten. Eine Postkarte für den Bundesrat über nicht zurückgezogene Beschlüsse des Reichstages zu beschließen besteht demnach nicht. Im Bundesrat und Reichstag hat also stets die Anschauung bestanden, daß der Bundesrat auch nach Schluß der Legislaturperiode und nach der Wahl eines neuen Reichstages befugt sei, zu den vorhandenen Beschlüssen des Reichstages Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. Baumbach (L.): Ja, will die Aufmerksamkeit auf die ehsch-lothringischen Reichsangehörigen lenken. Dort haben die Dinge sich so entwickelt, daß nach keiner Richtung ein gefährdetes Reichsinteresse eine gesonderte staatsrechtliche Stellung der Ehsch-Lothringer erfordert. Es ist ersichtlich, daß der Reichskanzler wenigstens eine Prüfung der Angelegenheit zugeht hat.

Zu Bezug auf die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes habe ich den staatsrechtlichen Ausführungen des Staatssekretärs nur wenig hinzuzufügen. Was auf einen Fall aus der ersten Zeit des Reichstages, wo Sicherheit in der Handhabung der Geschäfte noch nicht vorhanden war, ist stets so verfahren worden, ohne daß irgend ein Einspruch erhoben wurde. Nur bei dem Jesuitengesetz geht es lärm los. Nehmen Sie es uns nicht abei, wenn wir denselben für aufgehoben und Nachgelassen halten. (Sehr richtig! im Centrum.) Damit verlasse ich die staatsrechtliche Seite der Frage und gehe zu dem materiellen Einwande, daß mit der Aufhebung des § 2 an dem 1887 beschlossenen modus vivendi geküßelt werde. Ja, hat denn dieses Haus die Aufhebung seitdem nicht wiederholt verlangt? Wer diesen Einwand erhebt, steht nicht auf parlamentarischem Boden. (Sehr richtig!) Wie müßten vielmehr wünschen, daß der Bundesrat allen Beschlüssen dieses hohen Hauses zustimmt. Der Einwand des Abg. Stöckmann, die Aufhebung sei kein inneres Bedürfnis der katholischen Kirche, ist ganz irrelevant; denn staatsrechtlich ist volle Parität und Beseitigung eines Ausnahmengesetzes zu verlangen, gleichgültig, ob die katholische Kirche ein inneres Bedürfnis hat oder nicht. Dr. Sieber findet die Aufhebung an sich nicht bedenklich, das Bedenkliche findet er darin, daß es Symptom unserer inneren Lage sei. Er sagt also, daß das Haus wünscht die Aufhebung, aber der Bundesrat möchte sie verweigern, weil das ein Symptom der inneren Lage wäre. Dies Symptom ist doch nur das, daß das Centrum hier eine beachtenswerte Minorität bildet. Die Scheidung zwischen Katholizismus und Ultramontanismus müssen wir entscheiden ablehnen. Wenn Sie den Ultramontanismus bekämpfen, so werden sich die Katholiken stets dagegen wehren. Wenn der Staat Alleinherrscher in der Schule wird, so wird ein unerträglicher Geisteszwang gegen die Kinder der meisten Eltern ausgeübt. Das ist ein socialdemokratischer Gedanke und ich warne die andern Parteien, diesen Weg zu betreten.

Hierauf verlag sich das Haus.

Verständlich bemerkt.

Abg. Graf Reventlow (Antf.): Der Herr Reichskanzler hat mir unterstellt, ich hätte auf eine von ihm an mich gestellte Frage nicht direkt geantwortet, weil ich Bedenken hätte, die Antwort zu geben. Ich habe die Antwort nicht gegeben, weil der Präsident in diesem Hause Zwiesprache nicht zuläßt. Im übrigen insinuierte er mir irrtümlich eine gewisse Reizung für die Diplomatie und begründete diese irrtümliche Insinuation mit Beziehung auf andre Träger meines Namens. Ich möchte im Anschluß hieran nur den Wunsch aussprechen, daß auch in andern Familien später einmal rühmliche Beziehung auf diplomatische Vorfahren genommen werden könnte. (Weiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. (Stat des Auswärtigen Amtes. Interpellation Graf Deola betreffend Vorlegung der Militärpensionsgesetz-Entwürfe. Etat über den Allgemeinen Pensionsfonds, den Reichs-Invalidenfonds, die Ex-

pedition nach Ostafien. Interpellation Auer und Genossen betreffend die Ausherbetriebung von Gruben im Ruhrgebiet.) Schluß 6 Uhr.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 14. April 1904, nachmittags 5 Uhr.
Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung 1/8 Uhr.
In den Ausschüß für die Vorlage betr. die Verstärkung der Feuerwehr und die Erhebung von Gebühren für die Theater-Feuerwachen sind u. a. auch die Stadtv. Singer, Ewald und Tollsdorf (Soz.) gewählt worden.

Aus Anlaß einer Polizeiverordnung betr. die Beseitigung der bei den jetzt üblichen Einrichtungen der Klosetts, Bäder, Ausgüßbecken usw. bestehenden Gefahr der Verunreinigung des Trinkwassers, ist der Uebergang der auf die Ver- und Entwässerung der Grundstücke bezüglichen örtlichen Polizeiverwaltung auf die Stadtgemeinde in Anregung gekommen. Der Magistrat ist mit der Uebernahme einverstanden und ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung. Ohne eine solche ausdrückliche Kompetenzübertragung befreit der Magistrat die Verpflichtung der Stadt zur Ausführung der betr. Polizeiverordnung.

Stadtv. Wallach (A. L.): Die Vorlage sieht zunächst harmlos aus, ist aber doch von außerordentlicher Bedeutung. Die städtischen Behörden werden danach lediglich die Handlung der Polizei werden. Die Sache ist auch höchst unpopulär. Jemand ein findiger Hausbesitzer hat entbedt, daß bei der komplizierten, zufällig zusammenstreichenden Momenten eine Verunreinigung des Trinkwassers durch Übertritt des Spülwassers aus den Klosetts eintreten kann. Es ist festzustellen, daß in Berlin ein solcher Fall nicht vorgekommen ist, angeblich soll in Dresden ein solcher eingetreten sein. Auf eine solche Möglichkeit läßt sich doch keine Polizeiverordnung aufbauen. Mit demselben Recht könnte man verlangen, daß wegen eines herabfallenden Ziegelschindels die Dächer mit Schuttblöcken versehen sein müßten, oder daß wegen eines unglücklichweise Ertrunkenen die Spree zugebedt werden sollte. Auch das Kammergericht hat allgemein entschieden, daß eine Polizeiverordnung nicht erlassen werden kann, wenn der Nachweis einer Gefahr nicht zu erbringen ist. Ich beantrage wegen der prinzipiellen Wichtigkeit der Angelegenheit Ueberweisung an einen Ausschüß.

Bürgermeister Dr. Reide: Was die Bedürfnisfrage anlangt, so liegt die Sache doch nicht so wie der Vorredner meint. Der Geheimne Medizinalrat Roth in Potsdam hat eine ganze Blütenlese von Fällen anführen können, wonach durch derartige tatsächliche Verunreinigungen die Möglichkeit von Infektionen und Epidemien hervorgerufen werden kann. Ferner giebt uns doch gerade diese Angelegenheit die Möglichkeit, die Polizeiverwaltung Berlins zu einem Teil selbst in die Hand zu bekommen. Ich würde es für ungewöhnlich halten, eine solche Möglichkeit dazu wie die gebotene vorübergehen zu lassen; es läßt sich vielleicht später noch mehr erreichen. Auch würde, wenn wir die Hand davon zurückziehen, der Polizeipräsident die Verordnung von 1902 ohne weiteres ausführen können und wohl auch ausführen. Ich bitte Sie um eine recht wohlwollende Prüfung der Angelegenheit im Ausschüß.

Die Vorlage wird darauf einem Ausschüß überwiesen.
Mit der Vermehrung der Zahl der Mitglieder der Ver- fahrungsdeputation um 2 Stadtvorordnete ist der Magistrat einverstanden, wenn die Versammlung dazueinwilligt, auch ein weiteres Magistratsmitglied in die Deputation einzutreten zu lassen.

Vorsteher Dr. Langerhans schlägt vor, die Wahl der Personen dem Ausschüß für Unbesoldete zu übertragen.

Stadtv. Singer (Soz.) schlägt vor, die Wahl von der Versammlung möglichst sogleich vorzunehmen, falls die große Fraktion des Hauses sich schon schlüssig gemacht habe. Für seine Fraktion präferiert er den Stadtv. Heimann.

Stadtv. Wallach (A. L.) muß mitteilen, daß seine Fraktion sich noch nicht über ihren Kandidaten schlüssig gemacht hat. Die Wahl der beiden neu zu wählenden Mitglieder wird auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Nachdem die an den städtischen Schulen beschäftigten Reineinmachefrauen rechtskräftig als im Dienste der Stadtgemeinde stehend anerkannt sind, hat die Stadt gegen dieselben die Kranken-Versicherungspflicht des Arbeitgeberers zu erfüllen. Die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin hat nun vom Magistrat die Erlaubnis der seit 21. Mai 1900 rückständigen Beiträge verlangt, der Magistrat dieselbe wegen Verjährung abgelehnt, soweit sie vor 1902 liegen. Seit dem 1. Dezember 1903 leistet der Magistrat die laufenden Arbeitgeberbeiträge und will für die Zwischenzeit ein Guthaben von 10 863 M. zahlen, worin auch die nicht mehr einzahlbaren rückständigen Beiträge der Arbeitnehmerinnen für dieselbe Zeit eingegriffen sind.

Die Versammlung hat gegen diese Regelung der Frage nichts zu erinnern.

Zur Erforschung der Ursachen der plötzlichen Fischsterben in der Spree sollen vom 1. April 1904 ab auf 3 Jahre systematische Untersuchungen des Wassers der Spree innerhalb der Berliner Weichselgrenze durch Dr. Cronheim vom tierphysiologischen Institut der Landwirtschaftlichen Hochschule angestellt werden. Die Versammlung soll dafür jährlich 3400 M. bewilligen.

Hierzu begründet

Stadtv. Paul (R. L.) mit Rücksicht auf den durch den Großstadtverkehr wachsenden Staub und Schmutz der Straßen, den Inhalt der durch Rotationslöcher sich eventuell öffnenden Kanäle und mit Rücksicht auf den wachsenden Schiffahrtsverkehr mit seinen Folgen nachstehenden Antrag:

„Die Versammlung stimmt der Vorlage zu, ersucht aber den Magistrat, die Untersuchungen auf die Bodenablagerungen der Spree und zwar innerhalb und auch möglichst außerhalb des Weichsels auszu dehnen sowie die Prüfung des im Ruhrwasser enthaltenen Sauerstoffes auch auf seine etwaige Abnahme bei sinkendem Luftdruck und unter Berücksichtigung der jeweiligen Temperatur, vorzunehmen zu lassen.“

Bürgermeister Reide hält den Antrag im wesentlichen für schätzbares Material; die Untersuchung der Bodenablagerungen werde ohnehin erfolgen, andererseits gehe die Forderung zu weit, wenn sie die Untersuchung des Spreewassers auch außerhalb des Weichsels verlange.

Der Magistratsantrag gelangt mit dem Antrage Paul zur Annahme.

Die Vorlage betr. die Erwerbung eines Schulgrundstücks an der neuprojektierten, die Gensfelderstraße schneidenden Straße hat der Ausschüß einstimmig abgelehnt und beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistrat um sogleichige Ausführung des bereits 1902 auf Grund der Vorlage wegen Anfalls eines Schulgrundstücks in der Gensfelderstraße selbst abgeschlossenen Kaufvertrages, nötigenfalls im Prozeßwege, zu eruchen.

Nach dem Vortrage des Referenten Stadtv. Edmann, der auf die eigentümlichen Verhältnisse des betr. Terrains sowie auf die Beschaffenheit des Baugrundstücks ausführlich Bezug nimmt und ausdrücklich dem Magistrat das Befremden des Ausschüßes über die neue Vorlage ausdrückt, wird die Vorlage ohne jede Debatte abgelehnt.

Vom Magistrat ist eine Abänderung des Stadtvorordneten-Beschlusses vom 21. Mai 1881 bezüglich der Aufnahme von Grundstücken in die Feuerzöcietät vorgeschlagen. Es handelt sich darum, die Unbilligkeit zu beseitigen, daß die Grundbesitzer, deren Grundstücke erst kurz vor Ablauf des Geschäftsjahres abgekauft werden, für das ganze Jahr bezahlen müssen. Nach dem neuen Vorschlage sollen die neuen Grundstücke erst vom 1. Oktober ab aufgenommen werden und die vorher erfolgten Taxaufnahmen für das laufende Geschäftsjahr keinerlei Rechte noch Pflichten begründen.

Stadtv. Edmann (Fr. Fr.) will daneben noch den Nachweis erbracht wissen, daß die qu. Baugleichheiten anderweitig voll versichert sind.

Stadtv. Wallach schlägt eine andre Fassung vor, wonach der Feuerzöcietät-Beitrag mindestens für ein halbes Jahr zur Zahlung gelangen muß.

Nach längerer Debatte wird Ausschüßberatung beschlossen.
Die beiden Anträge des Berliner Vereins für Volksbäder in der Garten- und Wallstraße sollen vom 1. April ab in das Eigentum und in die Verwaltung der Stadt übergehen. Der Verein zahlt noch 100 000 M. zu (die Stadt hatte seiner Zeit dem Verein 108 000 M. Subvention gewährt), wovon 10 000 M. für bauliche Instandsetzung der Anlagen verbandt werden sollten.

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Magistratsanträgen bei.

Die in die Königgräberstraße fallende Fläche von 115 Quadratmeter des Alten Dreifaltigkeits-Kirchhofes vor dem Potsdamer Bahnhof soll, da die Liegefrist noch bis 1913 währt und ein freihändiger Erwerb nicht ausführbar ist, enteignet werden.

Die Versammlung stimmt ohne Diskussion zu.
Die Beschlüsse des Pflasterausschüßes hinsichtlich der für 1904 geplanten Neu- und Umpflasterungen werden nach dem Referat des Stadtv. Gerde in bloc angenommen.

Für das ehemals militärische, jetzt dem Beamten-Bahnungsverein gehörige Grundstück Lothringerstraße 1-7 und Prenzlauer Allee 249 sind Grundlinien festgesetzt worden; die abgestumpfte Ecke des Grundstückes wird durch die für die Verlängerung der Kaiser Wilhelmstraße festgesetzte Grundlinie getroffen. Auf Antrag des genannten Vereins soll ein Flächenausgleich stattfinden, außerdem sollen an den Verein 200 000 M. für die Wertverminderung des Grundstückes durch die 1865 für die Lothringerstraße festgesetzte Grundlinie gezahlt werden.

Stadtv. Gronowaldt (A. L.) findet, daß der Beamten-Bahnungsverein bei diesem Abkommen zu günstig fahren würde und beantragt Ausschüßberatung. Dem gleichen Antrag stellt Stadtv. Brade (R. L.), worauf dementsprechend beschlossen wird.

Schluß 1/8 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 13. April 1904 nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Gr.	17,60	17,58	Startofeln, neue D.-Gr.	8,00	6,00	
mittel	17,56	17,54	Rindfleisch, Reule 1 kg	1,80	1,20	
gering	17,52	17,50	do. Bauch	1,40	1,10	
*Roggen, gut	13,05	13,04	Schweinefleisch	1,00	1,00	
mittel	13,03	13,02	Rindfleisch	1,80	1,20	
gering	13,01	13,00	Hammelfleisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	13,80	12,90	Butter	2,60	2,00	
mittel	12,80	11,90	Fier	60 Stück	4,00	2,80
gering	11,80	10,90	Stroh	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	15,00	14,10	Wale		3,00	1,40
mittel	14,00	13,20	Rander		3,00	1,20
gering	13,10	12,30	Hechte		2,20	1,20
Rüchstroh	4,16	3,50	Barfische		2,00	0,80
Heu	7,40	5,20	Schafe		3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Biele		1,40	0,50
Speisebohnen	50,00	28,00	Stroh	per Schock	15,00	3,00
Linse	60,00	25,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübericht vom 14. April 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 100 = 9 F.	
Schwetzingen	758	SW	2	wolkig	8	Saparanda	769	R	2	wolkig	-7
Hamburg	758	SW	1	wolkig	11	Petersburg	759	WS	3	bedeckt	-3
Berlin	759	SW	1	bedeckt	12	Ort	—	—	—	—	
Kranichfeld	759	SW	2	wolkig	14	Herbein	—	—	—	—	
München	763	SW	4	heiter	12	Paris	756	SW	3	bedeckt	12
Wien	763	SW	1	wolkig	9						

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. April 1904.
Warm und vielach heiter, aber veränderlich bei schwachen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

La Manche. Der Nemel; Kanal zwischen England und Frankreich. — Vosen. Geben Sie Ihre Adresse der Buchhandlung des „Bormärts“ an und eruchen Sie um Zusendung des Schichtenverzeichnis, das alles für Sie wesenlich erhalten dürfte. — Curieux. 1. 100. 2. Unna 15 links, 30 rechts stehende und annähernd fünf, die keiner der beiden Richtungen angehören. 3. In unbekannt gefragt. Steht indessen auf dem Boden des wissenschaftlichen Socialismus. 4. Neben der 228. Deputiertenkammer der Senat. 5. Ja. — B. A. Rein. — J. J. 100. 228 Millionen. — W. M. Dr. Heinrich Meise, Konsul in Bern. — Chicago. Redaction der „Arbeiter-Zeitung“ in Chicago. Genügt vollständig. — H. C. Rein. — A. W. Ja. — B. W. Ständig. — 888. 1. Ja. 2. Rein. — Weber. 1. Ja. 2. Rein. 3. Ja. — Vosen 2. 5. Janten, Arbeiter-Kauf-Geselle in Europa. — Minis. Rein. — Fragment. Kommt Abhorismen entnommen: Höflichkeit ist ein Staatspapier des Herzens, das um so größere Zinsen trägt, je unhöflicher das Kapital ist.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Schärders-Woabit, Romne 23 und andre: Was ist bei der Steuererhebung in Abzug zu bringen? Als steuerpflichtiges Einkommen des einzelnen Steuerpflichtigen gelten dessen gesamte Nahrungsmittel in Geld und Geldwert einschließlich des Mietwertes der Wohnung im eignen Hause oder der ihm zustehenden freien Wohnung sowie des Wertes der im Haushalt verbrauchten Erzeugnisse der eignen Wirtschaft und des eignen Gewerbebetriebes. Abzugsfähig sind: 1. die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben, 2. solche indirekte Abgaben jeder Art, welche zu den Geschäftskosten zu rechnen sind, 3. die regelmäßigen jährlichen Abgaben für Mithung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgerätschaften usw., 4. die vom Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen und Renten, 5. die auf besonderen Rechtstiteln (Vertrag, Verschreibung, leibnütziger Verfügung) beruhenden dauernden Renten, 6. Renten, 6. die von den Steuerpflichtigen für ihre Person gelebt oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Renten-, Pensions- und Pensionskassen, 7. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen auf den Todes- oder Erbschaftsfall gezahlt werden, soweit derselben den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen. Ferner: von dem steuerpflichtigen Einkommen eines Haushaltsoberhauptes, dessen steuerpflichtiges Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, ist für jedes Familienmitglied unter 14 Jahren der Betrag von 50 M. in Abzug zu bringen; sind mindestens drei Familienmitglieder unter 14 Jahren vorhanden, so findet auf jeden Fall eine Ermäßigung um eine Stufe statt. Die Vermögensfähigkeit, wesenlich beeinträchtigte wirtschaftliche Verhältnisse (außergerichtlichliche Belastung durch Unterhalt, Erziehung, Erkrankung, besondere Unglücksfälle) können auf Antrag Berücksichtigung finden. Es ist in solchen Fällen rasch, einen besonderen Antrag zu stellen.

A. 3. 6. Da Sie in der Zeit zwischen dem 1. Januar und 27. März 1894 geboren sind, so sind mindestens 300 Markten zur Erlangung der Altersrente erforderlich. Die Höhe beheimertigter Rente zählt als Markte. Mithin sind 307 Markten für Sie erforderlich. — 2. 2. Ja. — B. P. 1. Rein. 2. und 3. Wenn Sie annehmen, was doch wahrscheinlich, daß die Sachen Eigentum Ihrer Frau geworden sind und nur abzugeben waren, so sind Sie nicht strafbar. — D. H. Gegen den Beschluß muß innerhalb 14 Tagen Klage erhoben werden. — R. S. Soweit die Sachlage übersichtlich, ist die Wahl unzulässig. — W. 1904. Sie müssen bei der Regierung den Antrag um Zulassung zu den Studien stellen. Bei der Prüfung dürfen Sie das dreifache Jahr noch nicht erreicht haben. — R. S. Rein. — Probi. 1. Amtsgericht Berlin I, Grunerstraße. In dem dem Arbeiterrecht beigegebenen Führer durch das bürgerliche Gesetzbuch (R. 22 und 23 der Beilage) finden Sie ein Beispiel. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. Die Stellen richten sich nach der Höhe des Objekts. 2. Unna 50 Mark. Verjährung tritt nicht ein. Sie können die Möbel ohne Klage zurücknehmen. — Ridorf 238. Ohne Darlegung des Inhalts des Vertrages ist eine Beantwortung Ihrer Frage über die Tragweite des Vertrages unmöglich. — J. B. 100. Das Testament ist unzulässig, weil es nicht unterzeichnet ist. Wenn Sie die Beilegte Nr. 55 bis 59 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers nach: Das Datum und alles andre muß oberhalb des Namens stehen. — Ridorf. 1. Im Jahre 1886 ist die Klage beim durch einen Courier dem Verstorbenen zugefunden und nach Behauptung seines Verjournalisten von diesem und ihm ausgetrunken. 2. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 15. April. Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.

Schauspielhaus. Was dem, der lügt!

Deutsches. Rose Bernd.

Berliner. Die große Kaul.

Reifen. Kapfenreich.

Westen. Der lustige Krieg.

Neues. Minna von Barnhelm.

Reichens. Kathan der Weise.

Central. Der Zigeunerbaron.

Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.

Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Das große Hemd.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)

Der Geizige. Der eingebildete Kranke.

Kleines. Des Faktors Weib.

Luisen. Der Weichhändler.

Trianon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.

Carl Weisk. Zwischen zwei Herzen.

Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.

Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.

Metropol. Ein tolles Jahr.

Casino. Der Raub der Cabinezimmer.

Palast. Der Hüttenbesitzer.

Wintergarten. Spezialitäten.

Myos. Liebesgötter. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Passage-Theater. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Um 8 Uhr: Aus dem Haushalt der freien Natur.

Invalidentheater. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.

Minna von Barnhelm.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Der Strom.

Central-Theater.

Heute 7 1/2 Uhr:

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten von K. Strauß.

Sonnabend und folgende Tage, abends 7 1/2 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Sonntagmorgen 3 Uhr halbe Preise: Holzung. Abends 7 1/2 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Der Veilchenfresser.

Sonnabend: Dr. Wespe.

Sonntagmorgen: Romeo und Julia. — Abends: Dr. Wespe.

Residenz-Theater

Direktion S. Loutenburg.

Heute letztes Gastspiel von Adolf Sonnenthal:

Nathan der Weise.

Sonntag und folgende Tage: Der kousche Casimir. Vorher: Die Empfehlung.

Sonntagmorgen 3 Uhr: Leontines Ehemännern.

Metropol-Theater

Zum 32. Male:

Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.

Musik von Victor Hollander. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

1. Bild: Am Kleinkindersee. 2. Bild: Was giebt's Neues. 3. Bild: Das Ordensfest. 4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie). 5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).

Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Abends 8 Uhr:

Neue Spezialitäten.

8 1/2 Uhr:

Liebesgötter.

Im dritten Bild:

Der grosse Götterzug

und die Sensations-Apotheose.

Schloss Weissensee.

Heute Freitag, den 15. April:

Gastspiel des

Bernhard Rose-Theater-Ensemble.

Beckschulze.

Vorstellung in 3 Akten v. Saltingr.

Rasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der

Vorstellung 8 Uhr.

Entree 30 Pf. Nummeriert. Platz 50 Pf.

Granito, Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Freitagabend 8 Uhr: Zum erstenmal: Das große Hemd. Volksstück in 4 Akten v. E. Karlweid. Sonnabendabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Sonntagmorgen 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Sonntagabend 8 Uhr: Das große Hemd.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)

Freitagabend 8 Uhr: Der Geizige. Lustspiel in 5 Akten von Molière. Hierauf: Der eingebildete Kranke. Lustspiel in 3 Akten von Molière. Sonnabendabend 8 Uhr: Der Geizige. Hierauf: Der eingebildete Kranke.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440. Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kraus. Heute und folgende Tage: Der Hochtourist mit neuen Gesangsbelegungen. Guido Thielscher in der Titelrolle. Sonntagmorgen 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 288. Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Alfred Schönfeld. Heute und folgende Tage: Freut Euch des Lebens. Große Lust. Vosse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten. Sonntagmorgen 3 Uhr: Der Sohn der Wildnis.

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Prof. Dr. Bogas. ca. 8 1/2 Uhr: Entscheidungskampf zwischen Peyrouse, dem Löwen von Valencia und Heinrich Eberle (Deutschland). Nach Aufhebung der bisher im Ringen viermal gewonnenen Ringer spielen sich gegenwärtig die Endkämpfe zwischen den zum mehr als die acht besten Ringer ermittelten Teilnehmern ab, von denen jeder einzelne mit seinen sieben Konkurrenten ringen muß. Jeder Sieg zählt für einen Punkt, und ergeben die meisten Punkte den Haupt Sieger. Ferner: Auftreten des Monsieur Morok. Das tollkühnste auf dem Gebiete des Radfahrens: Der Saltomortale mit dem Zweirad. Aus den Alpen. Der Automobilsturz.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Frühlingstage an der Riviera. Um 4 Uhr (kleine Preise): Aus dem Haushalt der freien Natur. Invalidentheater. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Bürgerliches Schauspielhaus. Direktion M. E. Fischer. Große Frankfurt Straße 132. Kostüm! Zum erstenmal: Revolüt! Zwischen zwei Herzen. Schauspiel in 4 Akten von Rich. Sch. Anfang 8 Uhr. Morgen nachmittag: Hänsel und Gretel. Abends: Zwischen zwei Herzen.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165. Letzter Monat der Tunesen-Truppe. (Afrika in Berlin!) Große Völkerschauausstellung! Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Oll. Brunnenstrasse 16. Zum letztenmal: Der Bettler in tausend Hengsten. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend: Elite-Vorstellung.

HEUTE: Zum 233. Male:

Abends 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30. Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpckeplatz 67. Jeden Abend: Gastsp. Ad. Philipp Ueborn GROSSEN TEICH.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Urichstraße. Abends 8 Uhr: Das elfte Gebot. Hierauf: Der Dieb.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7 1/2. 8 Uhr: „Husarenliebe.“ 8 1/2: Das brillante April-Programm. Markert, st. am Reising-Theater se. 9 Uhr: Färliche Verwandte. Sonntagmorgen 4 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße. Große Extra-Vorstellung. Um 9 Uhr: Die Erbtante. Zum Schluss auf vielseitiges Verlangen Die weiße Dame. Große Spezialitäten-Vorstellung. Keine erhöhten Preise. Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Des Pastors Rieke. Anfang 8 Uhr. Morgen: Elektra. Märtyrer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung. Montag, den 18. April 1904, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher etc. im Lokale von Pfeffer, Rosenthalerstr. 57. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Sorge: „Lehmit und Kapitalismus.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 82/10. Kollegen ersuchen alle zahlreich und pünktlich. Nichtmitglieder als Gäste sind stets willkommen. Die Branchen-Kommission.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Jeden Abend 10 Uhr: Grosse Internationale Ringkampf-Konkurrenz. 20 preisgekrönte Ringkämpfer. Oskar Fürst * Lina Goltz. Humorist. Soubrette. 14 erstklassige Nummern.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.

Freitag, den 22. April 1904, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung im Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der Revisoren. 4/15. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Vorstandswahl und Wahl zweier Revisoren. Mitgliedsbuch legitimiert. — Beiträge können bezahlt werden.

Herrnfeld-Theater.

Laden ohne Ende! Mit auf dich! Schläger auf Schläger! Ein Bombenerfolg! So lautet die einstimmige Premierenkritik über die Anton u. Donat Herrfeldsche Revolüt! Dazu täglich die Spezialität Chelomodie. Nur eine Nacht! mit den Autoren in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr präzis. Schluss der diesjährigen Spezialität: Donnerstag, 28. April, wegen Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-Theaters in Köln a. Rh. 15 7. Platz: Gastspiel des Original-Tegernseer Bauern-Theaters.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Mittwoch, den 27. April 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: General-Versammlung der Vertreter der Kassennmitglieder und Arbeitgeber. Tages-Ordnung: 1. Vorlegung des Verwaltungsberichts und Rechnungsabchlusses pro 1903. 2. Bericht der Prüfungskommission und Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung. 3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kassennmitglieder des Rechnungsausschusses. 4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes aus der Gruppe der Arbeitgeber an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Sasse. 5. Beratung und Beschlussfassung über die mit den Kassennbeamten abzuschließenden Verträge. 6. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 42 des Kassennstatuts. 7. Bericht über den Stand der Verträge und weitere Beschlussfassung zu derselben. Der Vorstand: A. Oschne, Vorst. A. Kalpin, Schriftf.

Am andern Morgen! Nur eine Nacht!

Das tolle Jahr. Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. 1. Bild: Am Kleinkindersee. 2. Bild: Was giebt's Neues. 3. Bild: Das Ordensfest. 4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie). 5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett). Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Feen-Palast. Elite-Vorstellung! Halbe Kassenpreise. Der Hüttenbesitzer. Schauspiel in 5 Akten von G. Dühne. (Auftreten bedeutender Gäste.) Sonnabend 8 Uhr: Tante Mollig. Schwanz in 1 Akt v. Heinrich Kläeger. Pyramidale Spezialitäten. Die Weber. Sonntagmorgen 3 Uhr: Maria Stuart. Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Abends 8 Uhr: Das phänomenale Aprilprogramm.

Reichshallen

Stettiner Sänger. Zum Schluss: Reu! Cirkus Lenz und Cirkus Busch. Anfang: 8 Uhr. Abends: 7 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Solree: Tanzkränzchen. Dienstag, den 19. April: Vorleser Theaterabend: Ein geachteter Kaufmann. Volksstück in 5 Akten von G. Dühner.

WINTERGARTEN

Kellner-Truppe Italienische Akrob. Litke Carlson Im Ball-Foyer. Paul Conchas In seiner Scene im Bivouak. Robinson Baker-Trio Springer. Helene Land Vortrags-Soubrette.

Costantino Bernardi

Verwandlungsschauspieler Siegwart Gentes Humorist. Orfords Wander-Elefanten. Paschkoff-Truppe Russische Tänzer. Die Blumenkönigin Tanzdivertissement. Biograph. Fröhels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Sonntag 6 Uhr: Karburger Sänger. Nach der Vorstellung: Grosser Extra-Tanz. Montag 8 1/2 Uhr: Burmeister's Goetho-Ens. Grosser Theater-Abend.

Central-Verband der Dachdecker.

Filiale Berlin. Sonntag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Gedanken mit uns für fernherhin unsern Arbeitsnachweis zu gestalten? Referent: Kollege Gornitz. Korreferent: Kollege Rosenbaum. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 54/7. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafnarbeiter u. verwandter Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Berlin II. Sonntag, den 17. April 1904, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstr. 72: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 1. Quartal. 2. Vortrag des Verbandsvorstehenden Genossen Döring-Hamburg über: „Welchen Wert haben die auf dem letzten Verbandstag gefassten Beschlüsse für die Organisation? 3. Diskussion. NB. In dieser Versammlung wird das Verbandsorgan (sowie der Antrag zum Statut) ausgegeben. 19/5. Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung sehr zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. S. W.: F. Trapp.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sonntag, den 17. April 1904, vormittags 10 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188: Regelmässige Mitglieder-Versammlung der Cementierer. Tages-Ordnung: 1. Die Durchführung der Vertragsbestimmungen in unserm Beruf. 137/18. 2. Gewerkschaftliches. Verschiedenes. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen von besonderer Bedeutung. Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 80.) Sonntag, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Kassendbericht vom 1. Vierteljahr 1904. Bericht der Bibliothekare. Erlebung eines Unterstützungsgesuchs. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Nur Mitglieder haben Zutritt. — Das Eintrittsbuch ist vorzuzeigen. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschl.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15. — Telephon: Amt III, 5028. Sonntag, den 17. April 1904, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Deutschstr. 20: General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1904. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Beschlussfassung über den neuen Statuten-Entwurf. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 257/6. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. S. W.: Albert Juppenlatz.

Achtung! Vergolder!

Filiale Berlin. Montag, den 18. April, abends präc. 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal). Tages-Ordnung: 1. Die Situation des gegenwärtigen Streiks. 2. Verschiedenes. Bei der hochwichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht der Kollegen und Kolleginnen aller Branchen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 225/11. Der Vorstand.

Arbeiter-Baugenossensch. „Paradies“ zu Berlin.

(E. G. m. b. G.) Wir machen unsere Mitglieder hiermit bekannt, dass unser Bureau sowie Hauptkasse sich von jetzt ab SO. 26, Kottbuscher Ufer 44, Hof rechts, 1 Tr., befinden. Geöffnet von 8-8. Wir bitten nunmehr die Mitglieder, ihre Mitgliedskarten so bald als möglich gegen die bei der Hauptkasse zur Ausgabe gelangenden Guthabensbücher und Statuten einzutauschen. Zu diesem Zwecke sind die Kassentunden Dienstags, Donnerstags, Freitags und Sonnabends bis 9 Uhr abends verlängert. Ferner sind auf unserem Gelände bei Hohnsdorf noch einige Acker- und Laubparzellen morgen- und teilweise auf 1-5 Jahre zu verpachten und eruchen wir diesbezügliche Referenten, sich baldmöglichst beim Vorstehenden G. Koska oder im Bureau melden zu wollen. „Sparfonds!“ Ferner geben wir bekannt, dass Spargelder laut Beschluss der Gesamtwahlverwaltung bis auf weiteres mit 3 1/2 Prozent veranlagt und nach den Bestimmungen der unter Zustimmung des Aufsichtsrates beschlossenen Sparordnung, welche mit dem heutigen Tage in Kraft tritt, eingelegt und zurückgezahlt werden können. 108/3. Genossen! Wir ersuchen Sie nunmehr, von Ihren statutarischen Rechten und Pflichten (§ 28, Absatz 1, 2 und 4) den ausgiebigsten Gebrauch zu machen, damit die Verwaltung in der in nächster Zeit abzuhaltenen Generalversammlung Ihnen mit einem vollständigen Aktionsprogramm aufwarten kann. Der Aufsichtsrat. Der Vorstand. gez. R. Stramm, Vorsitzender, S. W.: Koska, 1. Vorsitzender, Hildorf, Friedrichstr. 88. Wienerstr. 29, part.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag früh 7 Uhr nach Rauen (Schützenhaus, Chausseestraße). Mittags 1 Uhr nach Spandau (Runde, Schönwalderstr. 80). Beide Start: Brandenburgischer Lär. Mittwoch, den 20. d. M., im Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee. 12/3. NB. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen — betreffs der Delegiertenwahl zum Bundesstag. Jeden Freitag Regenfahrten.

Charlottenburg jetzt Leibnizstr. 64.

Anfertigung feiner Herren-Garderoben nach Mass von Karl Ehring, Schneidermeister. Stofflager, englische u. deutsche Stoffe. Solide Preise. 47552.

Dr. Simmel, Prinzstr. 41.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 14. April 1904, vormittags 11 Uhr.

Vom Ministerische: Dr. Studt.

Die Staatsberatung wird beim Kultusministerium (Kap. Kunst und Wissenschaft) fortgesetzt.

Abg. Träger (fr. Sp.):

Zum erstenmal knüpft sich heute an dieses Kapitel eine größere Diskussion. Grund dazu bietet die Stellung, die die Regierung einer neuen Kunstströmung gegenüber einnimmt. Der Reichstag ist vor wenigen Wochen mit einer kaum je dagewesenen Einigkeit und Uebereinstimmung aller Parteien dafür eingetreten, daß die Kunst frei und alle ihre Richtungen gleichberechtigt seien. Auch hier will ich nicht irgend eine Kunstströmung hervorheben oder propagieren, ich halte mit dem Grafen Sobjanowski Parteien und Parlament in Kunstfragen ebenjowenig für den zuständigen Areopag wie die Regierung. Aber wir haben doch die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Gelder, die wir bewilligen, in dem Sinne verwendet werden, in dem wir sie bewilligen. Schon 1884 erklärte der Kultusminister Gohler, die Regierung wolle der Kunst keine Bahnen weisen und sie nicht verzwängen. Seitdem aber ist der Kampf für die SeceSSION entstanden. Ueber die SeceSSION will ich nun nichts weiter sagen als das, was Graf Drifola unter allgemeiner Zustimmung im Reichstage gesagt hat: daß sie den Kampf der Eigenart gegen die Konvention darstelle, daß sie gebildet habe, und aus den Händen infanterischer Schulung zu befreien. Aber unsere Kunstverwaltung hat noch nie eine Ausstellung der SeceSSION befohlen, Gemälde von SeceSSIONisten nur auf Hintertreppen angeliefert. Und doch können diese mit Recht verlangen, daß die Regierung hübsch artig auf den Vordertreppen zu ihnen hinaufsteige. (Heiterkeit.) So hat die Verwaltung einfach Künstler wegen ihrer künstlerischen Ueberzeugung materiell geschädigt. Nun glaube ich, daß selbst ein sehr starker Mann als Minister durch solche Mittel die Entwicklung der Kunst nicht in die bei ihm beliebigen Richtungen drängen könnte. Nun sagt man ja allerdings, daß unsere Minister nicht zu stark, sondern zu schwach sind gegenüber der Kabinetskunst; nach dieser Richtung wollen wir ihnen also mehr Widerstandskraft wünschen. Um so vernünftiger erscheint der Versuch, nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt, selbst Amerika das Urteil eines preußischen Ministeriums aufzudrängen zu wollen. Mit dem bisherigen Vorgehen hat man die Künstler nur gewaltsam in eine Opposition gedrängt. Man hat sogar versucht, eine Einheitsliste für ganz Deutschland zu erzwängen. Ist es doch bis heute nicht widerlegt, daß der Minister in Weimar von einem Geheimrat begleitet war. Und auf Vergünstigungen könne ich doch angenehmer Begleiter. (Große Heiterkeit.) Dabei verdamnen wir die Mannigfaltigkeit unserer Kulturmittel in wesentlichen der staatlichen Zerstückelung in Deutschland. Heute versucht man, nach preussischem Modell zu uniformieren. Aber möge auch der Herr Minister nicht vergessen, daß über der Nationalgalerie steht: Der deutschen Kunst, und nicht: Der königlich preussischen Kunst. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Veumer (natl.):

Ich gehe von dem Standpunkte aus, daß die Minister verantwortlich sind für die Verwendung der Mittel, die wir hier für Kunstzwecke bewilligen. Voraussetzungen möchte ich, daß der Einfluß der Kunstgenossenschaft vielfach falsch beurteilt wird. Sie ist ein Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Künstler, hat keinerlei Einfluß auf die technische Entwicklung. Ich hoffe, daß sie die Stürme überdauert, die sich jetzt gegen sie erheben. Es hat sich das Gefühl in weiten Kreisen des Volkes verbreitet, daß nicht alle Richtungen von Seiten des Staates die gleiche Förderung erfahren, als ob die akademische Richtung in unberechtigter Weise zu Ungunsten der freien Künstler bevorzugt werde. Wir aber wünschen, daß alle berechtigten Kunstströmungen in gleicher Weise vom Staate unterstützt werden. Allerdings kann ich zu den berechtigten Kunstströmungen den nackten Eynismus und den traffen Realismus nicht rechnen. Die haben unter der Jugend viel größere Verheerungen angerichtet, als Sie vielleicht glauben. Wozu ist denn da die Landes-Kunstkommission da? Ein Mitglied der Kommission hat gesagt, es sei zwecklos, Vorschläge für Anläufe zu machen, da sie doch nicht berücksichtigt werden. Die Anfrage könnte der Minister nur dadurch widerlegen, daß er uns eine jährliche Uebersicht über die Namen der Künstler, die angekauften Werke und die dafür verwendeten Summen gäbe. Die neueste Entwicklung der Kunst hat zu Ergebnissen geführt, die man nicht als erfreulich wird bezeichnen können. Wenn vor Jahren gänzlich unberechtigt das Reichstagsgebäude als Gipfel der Geschmackslosigkeit bezeichnet wurde, so muß ich sagen, daß uns jetzt in unmittelbarer Nähe desselben Dinge vor Augen gestellt worden sind, die dieselbe Bezeichnung in viel höherer Grade verdient haben, die den wundervollen Bau des Brandenburger Thores — (längere Pause) nicht gerade haben. (Große Heiterkeit.) Die lebenden deutschen Künstler zu fördern, muß unser Streben sein. Darum sollte die Nationalgalerie, wie schon Bismarck forderte, nur deutschen Künstlern vorbehalten sein. Wir wollen es nicht machen wie in Sachen, wo der Künstler nach den Ansichten des Finanzministers Dr. Müller sterben muß, ehe er erleben kann, daß ein seiner Werke angekauft wird. (Große Heiterkeit.) Möge der Minister sich betonen, daß auf keinem Gebiet der Satz so weit gehende Geltung hat, wie auf dem Gebiet der Kunst: Stillstand ist Rückschritt! (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Reiboldt (fl.):

verteidigt zunächst den sächsischen Finanzminister Dr. Müller und bezeichnet den Hinweis darauf, daß Minister Studt auf der Weimarer Reise von einem Geheimrat begleitet war, als beweislose Unterstellung. — Die Behandlung der Kunstfrage im Reichstage war ein Vorstoß gegen Preußen. Man fordert Freiheit für alle Künstler. Aber die SeceSSIONisten bezeichnen alle ihre Gegner als talentlose Stümper, sie, eine verschwundene Minderheit, wollen ihre Alleinherrschaft, eine Parteidiktatur. Die allgemeine deutsche Kunstgenossenschaft bestand schon vor dem deutschen Reich, aber durch nichts ist bewiesen, daß sie den großen Einfluß, den sie naturgemäß besitzt, dazu hat verwenden wollen, die seceSSIONistische Richtung zu unterjochen. Auch bei der Vorbereitung der St. Louis-Weltausstellung, bei der man zuerst den großen Fehler gemacht hat, den allhergebrachten Modus der Auswahl zu verlassen, hat die Kunstgenossenschaft sich alle erdenkliche Mühe gegeben, den Miß zu verkleinern. Auch die Regierung hat die SeceSSION in weitgehendster Weise berücksichtigt. In der Nationalgalerie haben wir Wunderwerke Böcklins, haben einen Leistikow (Zuruf), allerdings einen geschnittenen (Heiterkeit), Liebermann hat die goldene Staatsmedaille erhalten, ist Professor und Mitglied der Akademie der Künste geworden. Dagegen haben die SeceSSIONisten eine wilde Agitation entfacht, die selbst vor dem Reichstag nicht halt gemacht hat. Sie haben Unzufriedenheit zu erregen versucht, weit über den Rahmen der Kunstfreiheit hinaus. Sollen wir uns ihre Vesseltreiben gegen die Weimarer Kunstströmung ruhig gefallen lassen? Und wie nimmt sich der Kampf der SeceSSION aus, wenn man ihn vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet? Um ihre Alleinherrschaft zu konstituieren, schreien diese Künstler der SeceSSION in alle Welt hinaus, daß wir uns in Paris blamiert haben. Und glauben Sie denn, daß wenn man Monet und wie die Franzosen sonst heißen, in alle Himmel hebt und sich flüchtig an die ausländischen Vorbilder anklammert, daß man damit den deutschen Kunstexport heben kann? Aber die SeceSSION will eine internationale der Kunst konstituieren, die sich über die Grenzen nationaler Kunst hinwegsetzen will. Ich bin überzeugt, auszusprechen, daß die Siegesallee einen großen nationalen Wert für Gegenwart und Zukunft hat. Sind doch fast sämtliche Weimarer Künstler zu ihrer Herstellung herangezogen worden. Das

geht schließlich jedem Künstler so: wenn das Haus fertig ist, steht es ganz anders aus, als vorher. Wenn ein Angehöriger meiner eignen Partei behauptet, in Berlin seien nur das Brandenburger Thor und das Denkmal des Großen Kurfürsten wirkliche Kunstwerke, wie dann noch irgend ein Fremder nach Berlin kommt! (Heiterkeit.) Die Kunstströmung hat sich in der letzten Zeit schon nicht so entwickelt, wie die sanftmütigen SeceSSIONisten es wünschen. In ihren eignen Reihen sind unter den jüngeren Kräften löstliche Keime, die noch größere Frucht uns bringen werden. Das heißt aber doch nicht, daß jeder der 400 SeceSSIONisten schon ein großer Künstler ist, bloß weil er dieser Ruhmesversicherung auf Gegenseitigkeit angehöret. Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen: Mögen die Künstler sich unter einander streiten wie bisher, soviel sie wollen; mögen sie aber stets Selbstbeherrschung vor der Öffentlichkeit zeigen, besonders dann, wenn es sich um internationale Ausstellungen und unsre Vertretung gegenüber dem Auslande handelt! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Kirsch (l.):

Die heutige Kunstdebatte hat ein wenig erfreuliches Bild; es ist immer mißlich, wenn ein Parlament im Streite der künstlerischen Stellung nehmen soll, man sieht da in ein Wespennest. — Ich habe hier die Vorschläge aller Parteien vor mir. Es ist vorge schlagen worden, daß der Landtag sich größeren Einfluß auf den Anlauf der Werke sichern sollte, aber wie sollte unsere Kommission zusammengesetzt sein. Nach der Stärke der Parteien? Das wäre doch der schlechteste Maßstab. Jedenfalls sollte die Regierung aus der hohen Thatfache dieser Anregung lernen, daß sie in Zukunft nach andren Maßstäben auswählen soll. — Der „Freiheit der Kunst“ will doch schließlich jeder Schranken anlegen. Gewisse Grenzen erklärte sogar Herr Dr. Veumer für notwendig. Ich erwarte also, daß die Nationalliberalen künftig für eine neue lex Feine zu haben sein werden. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Herr Dr. Reiboldt betonte die nationalen Grenzen jeder Kunst, wir, das Centrum haben die christliche Grundlage der Kunst hervor. Ist ein Kunstwerk noch so schön, noch so vollendet, wir degoutieren es, wenn es nicht auf christlicher Grundlage ruht. Auch die Meinung des sächsischen Finanzministers ist so ganz unbegründet nicht; bei der menschlichen Unvollkommenheit bedarf es der Zeit, bis ein neues Kunstwerk verstanden und beachtet wird. Gewiß wollen wir auch die lebenden Künstler möglichst berücksichtigen. Vor allem aber dürfen wir, und auch die Regierung, keinen Zweifel darüber lassen, daß wir über dem Streite der künstlerischen Parteien stehen und nichts als Gerechtigkeit leben wollen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Winkler (l.):

Es ist selbstverständlich, daß in Kunstfragen die Meinungen noch weiter auseinandergehen als in andren. Ich kann nicht leugnen, daß in den Künstlerkreisen ein gewisses Mißtrauen Platz gegriffen hat. Ich würde es als erfreulichste Frucht der heutigen Debatte begrüßen, wenn durch eine Erklärung des Ministers dieses Mißtrauen beseitigt würde. Auch wir wünschen keine einseitige Bevorzugung und keine einseitige Unterdrückung. (Bravo! links.) Bureaucratische Schranken dürfen nicht die individuelle Vethätigung, die allein wahre Kunst schafft, hemmen. Die SeceSSION ist nicht sowohl eine Kunstströmung, als eine neue Organisationsform, entstanden aus lokalen und geschäftlichen Rücksichten, kann also nicht den geringsten Grund bieten, die Künstler, die ihr angehören, irgendwie anders zu behandeln. Möge die Regierung das Princip der ausgleichenden Gerechtigkeit auch auf dem Gebiet der Kunst zur Durchführung bringen. (Lebhafter Bravo!)

Kultusminister Dr. Studt:

Als Resultat der vorausgehenden Debatte kann ich sagen, daß ich allen Angriffen auf die Unterrichtsverwaltung mit gutem Gewissen und voller Ruhe gegenüberstehe. Besonders die auf dem Gebiet persönlicher Auseinandersetzung gegen mich gerichteten Angriffe entbehren aller thatsächlichen Unterlage. Eine gewisse Verunreinigung in Künstlerkreisen ist ja vorhanden, aber Schuld daran ist nicht das mir unterstellte Ressort, sondern eine gewisse sensationelle Presse, die sich zum Ziel gestellt hat, gewisse Kunstströmungen hervorzuheben und die Kunstverwaltung für Dinge verantwortlich zu machen, für die sie absolut nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ich unterschreibe vollkommen den Satz: daß alles wahrhaft künstlerische Bestreben gleiche Berechtigung findet, aber ich lege auf das Wort „wahrhaft“ besonderen Accent.

Was wahrhafte Kunst ist, entscheide ich nicht nur nach der persönlichen Auffassung der Ressortchefs, sondern auch nach den Tatsachen, die mir von allen Seiten in vielseitiger Form dargeboten werden. Darum hat die Kunstverwaltung Ihre Kontrolle nicht zu scheuen. Im Gegenteil, wir wünschen, daß sie recht gründlich gelübt wird. Sehen Sie sich nur die neuen und neuesten Erwerbungen in der Nationalgalerie, die Aufträge an, die von staatlicher Seite an die verschiedenen Richtungen gegeben worden sind, unterziehen Sie die Kunstschulen in Berlin, Breslau, Düsseldorf wie in Kassel Ihrer Beachtung, und Sie werden finden, daß alle vom Standpunkte der Unterrichtsverwaltung aus zulässigen Richtungen vollständig zur Geltung kommen.

Die Landeskunstkommissionen haben zwar nur beratende Stimmen, aber trotzdem werden ihre Entscheidungen jedesmal von mir berücksichtigt. Unser Verhältnis ist ein ganz vorzügliches.

Ich bin während meiner Amtsführung gewohnt gewesen, über Verleumdungen der Presse schweigend hinwegzugehen und keine Verteidigungsprozesse anzustrengen. Umso mehr bedauere ich, daß hier in diesen Tagen die von mir schon einmal zurückgewiesene Behauptung wiederholt worden ist, als hätte ich in Weimar gegen den Künstlerbund intriguiert. In Weimar ist über Kunstfragen oder Kunstverwaltung überhaupt nicht gesprochen worden. Erst auf der Rückreise hörte ich, daß die Gründung eines neuen Künstlerbundes beabsichtigt sei. Ich muß gestehen, daß es kaum irgend etwas giebt, was mir so gleichgültig ist wie das. Redner erklärt dann, daß die Nachrichten über eine Disziplinierung des Akademie Direktors Dittmann vollkommen unberechtigt seien. Der Unterschied zwischen Staatsaufträgen und solchen auf Kosten der Krone muß unbedingt aufrecht erhalten werden. Die von verschiedenen Seiten hier gelübte Kritik an der von der Krone geförderten Kunstströmung mag sachlich berechtigt sein oder nicht — ihre innere Unberechtigung liegt darin, daß der Staat nicht daran beteiligt ist.

Abg. Münsterberg (fr. Vg.) schließt sich dem Abg. Winkler an und dankt für die Ausführungen des Ministers.

Abg. v. Neumann-Grobenborau (l.):

Herr Träger nannte die Kunst das Fundament des Volkslebens. Das ist die Religion, sie wird es bleiben und in dem Zeichen werden wir stehen. (Lachen links.) Der Künstler muß frei sein, frei denken, frei empfinden, frei schaffen. Aber die Kunst ist nicht frei, sie ist es nie gewesen und wird es nie sein, die Kunst ist abhängig von Augustus und Mäcenas. Der Augustus hat aber dafür zu sorgen, daß der Staat nicht einseitig Schaden erleidet. Bedauerlich dürfte wahrscheinlich auch beim „Empfehlismus“ geendet, wenn ihn nicht sein Mäcen, Philipp IV., zurückgehalten hätte. Der Redner bezieht alle seceSSIONistischen Werke in den staatlichen Galerien, die letzten Kunstausstellungen. Die Siegesallee, die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, das Nationaldenkmal, das Reichstagsgebäude, die Eigenart Segantinis, Liebermanns, Leistikows (dessen Namen, den er vergessen hat, ihm unter großer Heiterkeit des Hauses Abgeordneter Träger vorlegt) und viele andre Kunstfragen. Die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche preist er als eins der herrlichsten Gebäude der Welt, die Siegesallee sei zwar etwas monoton, aber das ermittelte Großstadtbild erfreue sich an dem mit Statuen geschmückten Grün. Sein Urteil über die SeceSSION faßt er dahin zusammen, daß sie in der Landschaftsmalerei etwa so

gewirkt habe, wie die Meininger in der Schauspielkunst, dagegen habe sie auf allen andren Gebieten nur die Unfähigkeit gefördert. Das Volk müßte aber, da es in den Großstädten schon so viel stüßlich Münderwertiges sähe, etwas haben, woran es sich vergleichen könne. Im Anschluß hieran befragt der Redner den stüßlichen Tiefstand Berlins gegenüber Paris und London, befragt insbesondere die unzüchtlichen Auslagen in den Berliner Schaufenstern und den freien Verkauf unzüchtlicher Schriften in Berlin. Er schließt mit einem Dank an die Kunstverwaltung für die sorgfältige Auswahl der Gemälde für die öffentlichen Galerien. Möchte sie weiter dem Spruche folgen, dem er seinem Sohne in die Kunstgeschichte geschrieben habe: Ja freue mich, die Künste betrieben zu haben; sie machen die Sitten zart und lassen nicht zu, daß ein Volk wild wird. (Bravo! rechts.)

Auf Anfrage des Abg. Lotichius (natl.) erklärt Generaldirektor der Igl. Museen Dr. Schöne, es würde mit allen Kräften daran gearbeitet, das Kaiser Friedrichs-Museum am 18. Oktober d. J. einzuweihen zu können.

Abg. Traeger (fr. Sp.):

Ich kann dem Abg. Dr. Veumer vollkommen recht geben, wenn er den nationalen Charakter der Kunst hervorhebt, aber ich muß ihn doch bitten, ihren internationalen Charakter darüber nicht zu vergessen. Herr Dr. Reiboldts Rede hätte ich nur gern unmittelbar hinter der Reichstagsrede seines Fraktionskollegen v. Kardorff gehört, sie richtete sich ausschließlich gegen diese. Ich möchte nicht so respektlos sprechen, wie er und nicht den Satz vom geschnittenen Gaul auf die geschnittenen Kurfürsten anwenden. (Große Heiterkeit.) Nach Herrn Dr. Reiboldt sind ja die SeceSSIONisten wilde, geldgierige Friedensbrecher, während die Kunstgenossenschaft aus Friedensengeln besteht, die mit Thränen im Auge die verkommenen Brüder zurückrufen. Vielleicht unterrichtet ihn auch darüber Herr v. Kardorff.

Nun komme ich zu einer freundlicheren Erscheinung (Große Heiterkeit), Herrn v. Neumann. Bei seiner warmen Begeisterung und seinem klaren Verständnis für die Kunst (Heiterkeit) bedauere ich nur, daß er zu Beginn seiner Rede in folge eines Mißverständnisses mich angegriffen hat. Nachdem er hier den Augustus auf den Tisch des Hauses gestellt hat, muß ich doch bemerken, daß auch die Frauen einen großen Einfluß auf die Kunstwerke haben, auch ihnen gegenüber die Künstler nicht immer frei sind. (Große Heiterkeit.) Vielleicht beruft der Herr Minister demnächst Frauen in die Landes-Kunstkommissionen. (Stürmische Heiterkeit.) — Der Herr Minister hat zwar heute einige Thatfachen aufgeführt, aber im allgemeinen sich nicht klar genug über seine Stellung zu den Kunstströmungen ausgesprochen; Beruhigung wird er in Künstlerkreisen nicht erweckt haben. Aus dem Hause aber habe ich mehr oder weniger unbedingt den Wunsch und die feste Abicht gehört, jeder ehrlichen Kunst die Wege zu ebnen. (Lebhafter Beifall links.)

Kultusminister Studt:

Herr Träger hat jetzt nicht einmal versucht, die früher gegen mein Ressort erhobenen Beschuldigungen zu beweisen. (Sehr wahr! rechts.)

Dann bricht das Haus die Sitzung ab. Wiederaufnahme abends 7 1/2 Uhr.

Schluß nach 4 Uhr.

Soziales.

Wohnungsfrage.

Schauderhafte Wohnungsverhältnisse in Essen, im Reiche der wohlberühmten Wohlthaterskrupp, konstatiert der Inspektionsbericht des Essener statistischen Amtes. Zum ganzen Inspektionsbezirk gehören ca. 10 000 Häuser; von diesen wurden im Berichtsjahre 844 mit 4098 Wohnungen inspiziert. Bei fast einem Drittel sämtlicher Wohnungen ergab sich die Notwendigkeit von Beanstandungen, in sehr vielen Fällen wegen Ueberfüllung und mangelhafter Trennung der Geschlechter. Dabei läßt man in letzterer Beziehung die primitivsten Nothelfe zu — als das einzigste Mittel, den gesetzlichen Bestimmungen wenigstens dem Wortlaut nach genug zu thun. Einer der Inspektionsbeamten bemerkt dazu: „Ohne den Nothelfer der Trennung der Geschlechter durch Vorhang oder spanischer Wand, ist unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt nicht auszukommen.“

Von den 4098 Wohnungen bestanden 282 aus nur einem Raum, 2018 Wohnungen hatten zwei Zimmer, die ein- und zweizimmerigen Wohnungen machen über 55 Proz. aller Wohnungen aus. In einem Bezirk kommen auf je ein Schlafzimmer 3,14, in andern Bezirk 3,08 Bewohner, dabei wird noch manches Schlafzimmer als Küche benutzt. In den einzimmerigen Wohnungen haften

Table with 7 columns: Personen, in Häusern, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7. Values: 153, 52, 26, 9, 3, 2, 1.

Wehnlich, wenn nicht noch trauriger, liegen die Verhältnisse bei den zweizimmerigen Wohnungen. In diesen wohnen

Table with 11 columns: Personen, in Häusern, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11. Values: 81, 416, 463, 420, 274, 188, 94, 47, 18, 3, 1.

Da mag man sich vorstellen, wie es mit den stüßlichen und gesunden Verhältnissen aussieht, wenn vier, fünf, sechs, ja sieben Personen in einem Raume haften, darin wohnen und schlafen zc. Geradezu niederschmetternd wirkt, was einer der Beamten über die Ursachen des Wohnungslebens, über die Unmöglichkeit — mit salbungsvollen Rathschlägen den stüßlichen und gesunden Verhältnissen entgegen zu wirken, sagt. Er bemerkt in seinem Bericht:

„Stellen wir uns z. B. vor, daß sich in dem einzigen geheizten Küchenraum außer Mann, Frau noch vier bis acht kleine, teilweise im zartesten Alter befindliche Kinder aufhalten müssen, so ist es leicht einzusehen, daß in diesem Raume das Fenster bei kalter und schlechter Jahreszeit nicht allzu oft und auch nicht lange geöffnet werden kann. . . so müssen wir auch in diesem Falle eingestehen, daß hier eine Lüftung leichter angeordnet auszuführen ist.“

Zu der hilfbedürftigsten Menschenklasse gehören die mit Kindern überreichlich gesegneten Arbeiterfamilien, deren einziger Ernährer mit dem besten Willen nicht im stande ist, für seine Familien- und Wohnungsbedürfnisse so zu sorgen, wie es in menschlicher, gesundheitslicher und stüßlicher Beziehung unbedingt notwendig wäre. . . !!!

Die Wohnungsinspektion ist eine halbe Maßregel; sie kann das Wohnungsleben nicht beseitigen. Aber daß sie es amtlich, zahlenmäßig aufdeckt, ist trotzdem von hohem Werte. Die Wohnungsinspektion schreit geradezu nach Ergänzung durch die wichtigere Hälfte der Wohnungspolitik: den Wohnungsbau zu einer öffentlichen Angelegenheit zu erklären, ihn dem Privatunternehmertum aus den Händen zu nehmen, Wohnungen durch die Gemeinde zu erbauen.

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Breslau machten die „kaiser-treuen und christlichen Arbeiter“, deren Deputation nach dem Tode Krupps durch die bekannte Rede Wilhelm II. gegen die Sozialdemokratie auf dem Hauptbahnhofe zu Breslau besonders ausgezeichnet worden war, zum erstenmal den Versuch, mit den freien

Gewerkschaften in Wettbewerb zu treten. Der Versuch endete mit einem völligen Mißlingen, die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 4300 Stimmen, die der christlichen Gewerkschaften nur 600. Die Sirsch-Dunderschen streckten schon vor der Wahl die Waffen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein seine Generalversammlung Fischerstr. 25 ab. Es stehen auf der Tagesordnung die Neuwahlen des Vorstandes, Statutenänderungen, sowie ein Vortrag über die politische Macht.

Johannisthal. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Lokale von Keime in Rudow statt. Genosse Wuyt wird über sociales Genossenschaftswesen sprechen.

Grünau. Sonnabendabend 9 Uhr hält der Wahlverein bei Stabbert, Köpenickerstr. 88, eine Mitgliederversammlung ab. Vortrag über: Was lehrt uns die letzte Gemeindevertreterwahl?

Friedrichshagen. Morgen Sonnabend hält der Arbeiter-Bildungsverein bei Pazand, Friedländerstr. 114, seine Versammlung ab. Vorträge spricht über Marx' ökonomische Lehren; außerdem stehen noch wichtige Gegenstände auf Tagesordnung. Wohnungsänderungen sind dem Kassierer mitzuteilen.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr hält Genosse Masypahl bei Pergemann in Stolpe einen Vortrag. Auch sonst stehen wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Lokales.

Bernachlässigung der Gemeindefschulen.

Ueber die wichtige Frage, wieviele derjenigen Gemeindefschüler, die nach erfüllter Schulpflicht, d. h. mit vollendetem 14. Lebensjahre die Schule verlassen, das Lehrziel erreicht oder wenigstens die höchste Klasse der Gemeindefschule noch besucht haben, entnehmen wir dem neuesten Hefte der „Charlottenburger Statistik“ einige interessante Daten. In Charlottenburg sind von Ostern 1899 bis Michaelis 1903 durchschnittlich 37,62 Proz. aller von den Gemeindefschulen entlassenen Knaben und 38,66 Proz. aller Mädchen nach erfüllter Schulpflicht abgegangen, die übrigen sind entweder unzugänglich oder weil die Eltern die Stadt verlassen, nach einer andern Gemeindefschule gebracht worden oder aus der Gemeindefschule in eine höhere Schule gegangen, einige wenige haben aus verschiedenen Gründen die Schule nicht bis zum Ende der Schulpflicht besucht. Von denjenigen Kindern, welche die Gemeindefschule bis zur beendigten Schulpflicht besucht, wurden von der ersten Klasse im Durchschnitt 55,39 Proz. Knaben und 53,43 Proz. Mädchen entlassen. Es haben also nur wenig mehr als die Hälfte der Knaben und Mädchen mit 14 Jahren das volle Lehrziel oder nahezu das volle Lehrziel erreicht. Allerdings ist im Laufe der Jahre ein entschiedener Fortschritt zu verzeichnen, denn Ostern 1899 hatten nur 43,75 Proz. der Knaben, die nach erfüllter Schulpflicht entlassen wurden, die erste Klasse erreicht und über ein Viertel, nämlich 26,85 Proz., gingen von der unteren Klasse ab, Michaelis 1903 dagegen gingen 64,70 Proz. der Knaben von der ersten Klasse ab und nur ein Siebentel (14,10 Proz.) verließen die Schule von der dritten und vierten Klasse. Bei den Mädchen ist ein erheblicher Fortschritt zu erkennen. Ostern 1899 hatten 50,63 Proz. der wegen erfüllter Schulpflicht Entlassenen die erste Klasse erreicht, während etwa ein Sechstel, nämlich 16,35 Proz. von den unteren Klassen abgingen. Michaelis 1903 dagegen wurden 61 Proz. von der I. Klasse und nur 10,03 Proz. von den unteren Klassen entlassen.

Im Durchschnitt gingen dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte zufolge im Schuljahr 1900/01 in 18 Städten, die Gemeindefschulen mit siebenklassigem System haben, aus der obersten Klasse 62,2 Proz. der Knaben und 63,7 Proz. der Mädchen ab. Charlottenburg bleibt also etwas hinter dem Durchschnitt zurück. Einen recht hohen Prozentfuß für den Abgang aus der ersten Klasse weist Stuttgart auf (92,9 Proz. Knaben, 93,5 Proz. Mädchen), dann folgt Frankfurt a. M. mit 82,2 Proz. Knaben und 82,9 Proz. Mädchen, bei der Prozentfuß in Posen mit 28,7 Proz. bei Knaben und 26,2 Proz. bei Mädchen und in Potsdam mit 29,9 Proz. bei Knaben und 31 Proz. bei Mädchen.

Von den 231 Gemeindefschulen Berlins waren im Jahre 1899 9831 Knaben und 10 082 Mädchen nach erfüllter Schulpflicht abgegangen, und zwar hatten 97,30 Proz. der Knaben und 97,36 Proz. der Mädchen die obere Stufe, das heißt eine der ersten drei Klassen erreicht; bis zur ersten Klasse waren 61,35 Proz. der Knaben und 61,78 Proz. der Mädchen gelangt. Im Jahre 1900 stellten sich nach dem neuesten Berliner Jahrbuch die Verhältnisse noch etwas günstiger, es hatten 97,12 Proz. der Knaben und 97,49 Proz. der Mädchen die obere Stufe und 62,94 Proz. der Knaben sowie 62,94 Proz. der Mädchen die erste Klasse der Gemeindefschule bei ihrem Abgange erreicht. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß Berlin bis Oktober 1900 Schulen mit sechs aufsteigenden Klassen hatte und daß erst seit dieser Zeit allmählich sieben bis acht Klassen eingerichtet werden.

Nach einer kürzlich vom Statistischen Amt der Stadt Elisabeth veröffentlichten Untersuchung über die im Schuljahr 1902/03 aus der Schulpflicht entlassenen dortigen Volksschüler, erreichten von den in diesem Jahre abgegangenen Knaben 42,2 Proz. und von den in derselben Zeit abgegangenen Mädchen 45,7 Proz. die oberste Stufe. Da aber in Elberfeld die Volksschulen acht Stufen haben, so sind diese Zahlen nicht direkt mit denen der siebenklassigen Gemeindefschulen zu vergleichen. Eine der beiden höchsten Stufen erreichten von den Knaben 73,6, von den Mädchen 80,1 Proz. und eine der drei höchsten Stufen 80 Proz. der Knaben und 94,4 Proz. der Mädchen.

Diese Resultate der Gemeindefschulen sind im allgemeinen wenig erfreulich. Um eine Besserung zu erzielen, ist vor allem eine Herabsetzung der Frequenz der einzelnen Klassen nötig. Daneben bedarf es weiterer Reformen, wie sie seitens der Sozialdemokratie seit Jahren angestrebt werden: der Gewährung freier Lernmittel und freien Zeithilfs, damit der schmachvolle Zustand beseitigt wird, daß Kinder, vom Hunger gequält, dem Unterricht nicht mit der genügenden Aufmerksamkeit zu folgen vermögen. Das beste Mittel zur Ordnung der Gemeindefschule allerdings bleibt ihre Umwandlung in wirkliche Volksschulen, das heißt in Schulen, die jedes Kind zu besuchen gezwungen ist, gleichviel ob seine Eltern einfache Arbeiter oder Millionäre sind.

Die Parkdeputation wählte in ihrer gestrigen Sitzung den bei der Stadt Berlin etatsmäßig angestellten Gärtner Schulze an Stelle des verstorbenen Obergärtner's Baumert zum Obergärtner. — Ein Antrag, wonach ein größeres Terrain zur Anpflanzung von Pflanzen für den botanischen Schulunterricht zur Verfügung gestellt werden soll, wurde einem engeren Ausschuss überwiesen, der mit der Schuldeputation über die Frage, wie groß in Zukunft der Bedarf an Pflanzen sein werde, sich auseinandersetzen hat. Der Zusperrern mit der Bedürfnisanstalt an der Rosenthalerstraße wird mit Gesträuch bepflanzt werden, auch der Andreasshof soll besser ausgestaltet werden. Ein Projekt, die Ausschmückung des Arnswalder Platzes betreffend, wurde einem engeren Ausschuss überwiesen, dem auch Genosse Jubel angehört. Die Postbehörde kam mit einem Antrag, auf dem Leipziger Platz innerhalb des Gitters eine Korbpostkiste zu legen zu dürfen. Da solche Anlage jedoch die Wirkung der Bäume beschädigt, lehnte die Deputation die Vergabe des Platzes ab. Die Beratung

eines Antrages auf unentgeltliche Vergabe eines Landstriches zur Errichtung eines Schiffes heim am Humboldthafen, das in erster Reihe den Kindern der Schiffer zu gute kommen soll, wurde vertagt; der Antragsteller Herr Krause soll erucht werden, über das Projekt der Deputation Vortrag zu halten. Es scheint, als ob hier Missionsbestrebungen in Frage kommen. Ein Herr Lepz, den niemand kannte, wollte einen Platz im Treptower Park für Maxine'schauspiele haben. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag des Sportklubs „Graphia“ um Ueberlassung des Spielplatzes am Friedrichshain zur sonntäglichen Veranstaltung von Fußballspielen.

Ein merkwürdiger Fall beschäftigte die Deputation am Schluß ihrer Sitzung. Sie bewilligte dem Amtsdienere Diege die beanspruchte Velohnung von 20 M., die ihm gemäß einer alten Verordnung aus den sechziger Jahren zufließt, wonach derjenige, der Pflanzen- diebe oder Baumfrevler zur Anzeige bringt, auf die erwähnte Geldsumme Anspruch hat. Nachdem der Amtsdienere die 20 M. bewilligt erhalten hat, beschloß die Deputation jedoch, aus dem Planteerwald die Warnungsaufsteine zu entfernen, nach deren Inschrift die erwähnten 20 M. selbst dann fällig sind, wenn nur eine ganz unbedeutende Entwendung von Pflanzen oder Blumen in Frage kommt.

Der Umbau der Götlicher Bahn wird jetzt auch auf Bahnhof Adlershof in Angriff genommen. In nächster Nähe des Bahnhofs hatten die Dammaufschüttungen vor einem Hause Halt gemacht, das genau in der Linie des neuen, verbreiterten Bahndammes stand. Dieses Haus ist jetzt geräumt und mit dem Abbruch begonnen worden, so daß der Höberlegung des Bahndammes hier nichts mehr im Wege steht. Bahnhof Adlershof wird vorläufig der Endpunkt der viergleisigen Strecke sein. Rasche Fortschritte werden die Umbauarbeiten in der nächsten Zeit auch in dem Abschnitt zwischen Berlin und Baumshuldenweg machen. Die Rotgeleise, die von der Götlicher Bahn gleich hinter der Kreuzung mit dem Ringbahndamm abzweigen, sind fertig, so daß nun auf der ganzen Strecke von hier bis Baumshuldenweg der Verkehr auf Rotgeleisen bewirkt wird und der alte Bahndamm frei liegt. In dem Abschnitt innerhalb der Ringbahn bis zum Landwehrkanal hin kreuzen die Geleise die Eisen- und die Bundesstraße in Straßenhöhe. In der benachbarten Gemeinde Nixdorf ist der Wunsch laut geworden, daß auch dieser Abschnitt höher gelegt werden möge. Die Eisenbahnverwaltung hat nicht bestimmt ablehnend geantwortet, hat aber in ihrem Bescheid auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die wegen der vorhandenen Anschlüsse der Ringbahn dabei zu überwinden wären.

Berliner Volksschulbildung. Ueber die kürzlich vorgenommene Aufnahmeprüfung von 23 Schülern für die Fach- und Fortbildungsschule der Berliner Fleischer-Zunung berichtet die Deutsche Fleischer-Zeitung: „Von den 23 Schülern waren drei aus höheren Lehranstalten, welche die Quarta und Tertia erreicht hatten, 17 stammten aus Berliner Gemeindefschulen, davon zwei aus der vierten, einer aus der dritten Klasse, drei waren aus auswärtigen Schulen. Von zehn Rechnungsaufgaben, welche dem Aufnahmevermögen der vierten Klasse einer Gemeindefschule angepaßt waren, lösten alle 10 Aufgaben richtig 4 Schüler, 9 Aufgaben richtig 1 Schüler, 8 Aufgaben richtig 5 Schüler, 7 Aufgaben richtig 4 Schüler, 6 Aufgaben richtig 1 Schüler, 5 Aufgaben richtig 4 Schüler. Ueber die Erfolge der übrigen ist Schweigen das Beste. Dann waren einzelne Fragen schriftlich zu beantworten. Auf die Frage: Warum feiern wir Ostern? wußten neun Schüler gar keine Antwort, fünf gaben eine grundsätzliche Antwort. Auf die Frage: Wie heißt der Stifter der christlichen Religion? antworteten neun Schüler: Dr. Martin Luther. Zwei Schüler wußten auf diese Frage ebenfalls keine Antwort. Als die Hauptstadt Preußens bezeichnet ein Schüler „Deutschland“, ein anderer „Brandenburg“. Auf die Frage: Man nenne einige hervorragende Männer aus der Zeit Kaiser Wilhelms I. wurden auch Blücher und Neisehan erwähnt, selbst der Große Kurfürst zweimal. Von Bismarck wußten neun Schüler, sämtlich aus Berliner Gemeindefschulen, kein Wort. Zwei Berliner Jungen wußten nicht, wie unser Kaiser heißt. Vier Schüler konnten den Namen der Kaiserin nicht nennen. Die Aufgabe, einige der größten Ströme Deutschlands zu nennen, lösten zwei Schüler dadurch, den Ozean (Ocean) als Fluß zu bezeichnen.“

Der preussische Patriotismus weiß des Ruhmes der preussischen Volksschule kein Ende, und der Lokalpatriotismus des Berliner Freirechtshilfers sucht der Welt einzureden, daß besonders die Berliner Schulen unübertrefflich seien.

Regelien gegen die Feuerweh. Die Feuerweh ist in der letzten Zeit mehrfach des Nachts von unbekannt Personen böswilliger Weise alarmiert worden. Nur in den seltensten Fällen gelingt es, die Thäter zu ermitteln und dem Richter vorzuführen, die in der Regel wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Sachbeschädigung (bei der Untertreibung des Feuermelders muß eine Glasscheibe zertrümmert werden) und Verübung groben Unfugs auf eine hohe Strafe erkennen. In der letzten Nacht um 2 Uhr wurde die Feuerweh zum wiederholten Mal nach der Herkules-Weide am Nigow-Platz alarmiert. Diesmal gelang es, den Thäter auf der Flucht zu ertappen. Nachdem die Feuerweh ihm in nicht mißzubeherrschender Weise den Standpunkt klar gemacht hatten, wurde er der Polizei übergeben. Auf der Polizeiwache entpuppte der Thäter sich als der Pförtner Richard Straube aus der Friedrich-Wilhelmstraße 16, der sich nur einen „Meinen Scherz“ hatte machen wollen. Für derartige kleine Scherze haben die Behörden aber keine Rücksicht, dies sollten alle die bedenken, die in den letzten Nächten die Feuerweh nach der Malplaquetstraße, Reinickendorf, Gesundbrunnen usw. alarmiert haben. Die Weh muß in der Regel dann nach der Ursache der Alarmierung suchen und wird dadurch für längere Zeit der Alarmbereitschaft aus der Wache im Fall eines Brandes entzogen, wodurch das größte Unglück entstehen kann.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ ist jetzt bis zum 18. Heft erschienen. Dieses bringt die Fortsetzung des Gerstäder'schen Romans „Die Rührpiraten des Mississippi“ und der spannenden Erzählung „Gabriel Lambert, der Galeerenflave“ von A. Dumas, sowie eine naturwissenschaftliche Skizze „Eine Fesselballonsahrt im Gieemer“. Daneben „Dies und Jenes“, „Wig und Scherz“. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pf., das in allen Parteiditionen und in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 60, zu haben ist. Mit dem 1. Januar begann der neue Roman, der noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden kann. Wir empfehlen unsern Lesern das Abonnement.

Der Weigendieb, der seit einigen Monaten die Berliner Gemeindefschulen unsicher machte, ist jetzt in der Person des 21 Jahre alten Arbeiterburschen Georg Leschner ermittelt und festgenommen worden. Leschner, ein aus der Art geschlagener Sohn einer achtbaren Familie, trieb sich an den Schulen umher und erfragte von Kindern, die nach Schluß des Unterrichts nach Hause gingen, die Namen der Lehrer, die er gerade sah. Später meldete er sich bei dem Rektor mit dem Begehren, den ihm genannten Lehrer zu sprechen. Wenn ihm der Rektor die Klasse bezeichnen hatte, in der jener Lehrer unterrichtete, so wartete er die Pause ab, benutzte diese dazu, dreißt in das Klassenzimmer hineinzugehen und daraus mitzunehmen, was ihm in die Hände fiel; außer Geigen auch Mikroskope und andre Lehrmittel. Es kam vor, daß er mit der Geige unter dem Arm an Rektor und Lehrer vorbei davonging. Der Rektor glaubte, der Lehrer habe ihn beauftragt, die Geige zur Ausbesserung wegzutragen und der Lehrer nahm vom Rektor daselbe an. In 24 Schulen gelang ihm der Plan. Als er seine Beute nach und nach in Kassetten der August- und Rosenhalerstraße zum Kauf anbot, wurde er ertappt und festgenommen. Nun verzüchte er, die Diebstähle dem Einbrecher Kilian zuzuschreiben, einem der drei Verbrecher, die kürzlich einen Kaufmann in der Jerusalemstraße fiederten, in der Hoffnung, daß Kilian zu seinem reichhaltigen Konto auch diese Kleinigkeiten noch hinzunehmen werde. Kilian ließ ihn aber im Stich und stellte jede Teilnahme an den Weigendiebstählen in Abrede.

Der Gebührentarif für die Vermehrung der öffentlichen Schlachthäuser und für die Untersuchung des Schlachtviehs auf dem hiesigen städtischen Schlachthofe ist dahin abgeändert worden, daß vom 1. April dieses Jahres ab für eine Flegge eine Schlachtgebühr von 20 Pf. und eine Untersuchungsgebühr von 15 Pf. zu zahlen sind. Für die veterinärpolizeiliche Untersuchung des direkt, d. h. ohne Vermehrung des Viehmarktes, dem Schlachthofe zugeführten Viehs sind außerdem zu zahlen: für ein Rind 1,25 M., für ein Schwein 50 Pf., für einen Ferkel 70 Pf., für ein Kalb 40 Pf. und für ein Lamm 10 Pf.

Der Doppelselbstmord eines kinderlosen Ehepaares rief gestern morgen in Südwesten der Stadt großes Aufsehen hervor. Der traurige Vorfall ereignete sich in dem Hause Großpörschstr. 93, wo der Kaufmann Paul Birling mit seiner Ehefrau ein Kolonialwaren- und Grünkräutergeschäft seit 11 Jahren betrieb. Das Geschäft ging früher ganz vorzüglich, doch hatte neuerdings das Ehepaar mit Nahrungssorgen zu kämpfen. Dieser Umstand mag die Veranlassung zum gemeinsamen Selbstmord gewesen sein. Schon am vorgestrigen Tage hatten Birling und seine Frau die Vorbereitungen für die beabsichtigte That getroffen. Verschiedenen Bekannten gegenüber äußerten sie sich dahin, daß sie einen wichtigen Schritt vor hätten, um den gegenwärtigen Zustand zu beseitigen. Frau Birling schenkte einem Hausdiener, der ständiger Kunde bei ihr war, ein Weinbierglas zum Andenken. Birling, der dem Hausdiener „Berliner Wappen“ angehörte, begab sich abends zu einer Kubigung nach dem Vereinslokal in der Kochstraße und besahnte hier drei Monate rückständige Beiträge. Gegen 12 Uhr verabschiedete er sich von den Klubkollegen und begab sich nach der Gastwirtschaft von Kübiger in der Königgräberstraße, um dem ihm befreundeten Gastwirt Adien zu sagen. Er teilte mit, daß er eine große Reise antrete, von der er nicht zurückkomme. Dann begab sich P. nach Hause, wo ihn seine Frau in der neben dem Laden befindlichen Schlafstube erwartete. Birling drehte von einer durch das Zimmer führenden Gasleitung die Verschlußschraube ab und legte sich dann in sein Bett, während seine Frau auf dem Sofa den Tod erwartete. Als gestern morgen gegen 9 Uhr ein Lehrling der Lohnridern Buchhandlung einige Flaschen Bier holen wollte, fand er den Keller noch verschlossen. Er schlug Alarm und die Thür mußte gewaltsam erbrochen werden. Den Eintretenden war es unmöglich, in den mit Gas dicht geschwängerten Schlafraum zu gelangen. Es mußten zunächst die nach der Straße führenden Fenster eingeschlagen werden, um der Stieluft Abzug zu gewähren. Erst nach einer halben Stunde war es möglich, den Stellerraum zu betreten, in welchem die beiden Gatten dann als Leichen vorgefunden wurden. Auch das Hündchen des Ehepaares war erstickt. Auf dem Tisch wurde ein Zettel vorgefunden, in welchem P. mitteilte, daß Nahrungssorgen ihn und seine Frau in den Tod getrieben und für die Beerdigung der Nachlass Sorge tragen werde.

Ein schwerer Unglücksfall auf dem Grundstück der Chemischen Fabrik normals Schering in Charlottenburg hat dem Arbeiter August Gottschalk das Leben gekostet. Kurz vor der Feiertagspause sollte ein großer Zylinder transportiert werden, der auf einem sogenannten Schlitzen lag und durch Rollen weitergehoben wurde. Leichtfertigerweise waren keine Sicherheitsmaßnahmen getroffen, und so fiel die schwere Masse plötzlich herab und zermalmete den erwähnten Arbeiter. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und fünf unumgängliche Kinder; er wohnte Köstlinerstraße 6.

Abermals ein Opfer des Eisenbahnbetriebes! Durch einen Sturz vom Wagen ist der 57 Jahre alte Eisenbahndreher Adolf Heintz aus der Triftstraße 40a tödlich verunglückt. Heintz wollte vorgestern abend auf dem Roabiter Güterbahnhof an einem Schlafwagen das Licht anzünden, als der Zug sich in Bewegung setzte. Er stürzte hinab und zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß er nach zehn Minuten starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zur gerichtsarztlichen Deffnung nach dem Schauhaus gebracht.

Im Polizeigewahrsam gestorben ist der 44 Jahre alte Klavier- spieler Richard Kaffer, der sich ohne Wohnung hier aufhielt. Der heruntergekommene Mann wurde am Donnerstagmittag im 33. Polizeirevier beim Wetzeln betroffen und sollte vorgeführt werden. Bevor es aber dazu kam, machte ein Schlaganfall auf der Wache seinem Leben plötzlich ein Ende.

Der Schlächterwagen. Von einem Fleischtransportwagen der Firma Georg Dieh in der Landsberger Allee 52 wurde gestern nachmittags 2 1/2 Uhr in der Fischerstraße die 1 1/2 Jahre alte Tochter des Bädermeisters Lambert überfahren. Das unglückliche Kind erlitt schwere Verletzungen am Bein, auch wurde ihm eine Hand zermalmt. Der Aufseher war in saubere Fahrt die StraÙe entlang gefahren und wird sich gerichtlich zu verantworten haben.

Ein recht gefährlicher Brand kam am Donnerstag im ersten Stock des linken Seitenflügels am Spittelmarkt 2 angeblich durch Unvorsichtigkeit in einer Tapezierwerkstatt aus. Zum Glück wurde die Feuerweh bald alarmiert. Diese erschien unter Leitung des Brandmeisters Lehboldt in wenigen Minuten und nahm sofort von der gleich fertigen Gasfrige eine Rohrleitung vor. Trotzdem seit der Alarmierung bis zum Angriff kaum fünf Minuten verstrichen waren, brannten schon eine Menge Polstermöbel, Berg, Seegras etc., Regale, Thüren, Fensterrahmen, die Schaldecken, Bretterwände u. a., sowie Gardinen, Stoffe, Tapeten und anderer Inhalt der Räume. Durch kräftiges Wassergeben wurde die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Brandes beseitigt und die Flammen auf die erste Etage beschränkt.

Theater. Im Bürgerlichen Schauspielhause (Carl-Weiß-Theater) geht heute zum erstenmal Richard Voh' vieraktiges Schauspiel „Zwischen zwei Herzen“ in Scene. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Willi Widmann, Delsche, Helmer, Busch, Schlüter, sowie der Herren Braumann, Gabel, Schneider, Scharbach und Rosen. In Scene geht die Komödie von Herrn Gabel. — Im Residenz-Theater verabschiedet sich morgen Adolf Sonnenthal in der Rolle des „Kathan“ für immer vom Berliner Publikum. Von Sonntag ab tritt wieder der französische Schwan „Der leucäe Casimir“ in seine Rechte, der nächsten Donnerstag das Jubiläum seiner hundertsten Aufführung feiert. — Central-Theater. Freitag und folgende Tage wird in erster Besetzung „Der Riquenerbaron“ mit Dolar Bräuer, Josephine Vettori und Rudolf Auber gegeben. Die Premiere von „Sommervogel“ findet erst am Donnerstag, den 21. d. Mts. statt.

Im Sportpark Friedenu wird es am nächsten Sonntag in den beiden Dauerrennen über 30 Kilometer mit Motorführung zu recht interessanten Begegnungen kommen, da die beteiligten Fahrer seit einigen Tagen tüchtig auf Schnelligkeit trainiert haben. Besonders die Prüfung für das große Goldene Rad wird sich zu einem äußerst scharfen Kampf zuweilen, da der vorjährige Weltmeister Viet Däckenmann in diesem Jahre zum erstenmal heraustritt und aus Salgmann, Nyser und Demke trifft, die schon bei den Osterrennen durch ihr gutes Fahren beim Publikum aufwiesen. In der zweiten 30 Kilometer-Rennen, in welchem Kaiser, Feintz, Grohe und Pöhlhrendel konkurrieren, finden drei Fliegerrennen für Berufsfahrer und zwei für Herrschaftler statt, die eine große Beteiligung gefunden haben.

Aus den Nachbarorten.

Wilmerdorf. Die Niederlage, die unsre Partei bei den Gemeindevahlen erlitten hat, ist bereits gestern von uns kurz gemeldet worden. Ueberraschend kam sie nicht. Unser Vorort ist, wie alle großen „Dörfer“ des Westens, nur zu einem geringen Teil proletarisch bevölkert; und unter den zehn bis fünfzehntausend Einwohnern, um die sich Wilmerdorf jährlich vermehrt, sind Arbeiter verhältnismäßig wenig vertreten. Beamte und andre Glieder des besser situierten Mittelstandes machen die Mehrzahl dieser Ortswahlenden aus; eine Thatiache, die auch darin ihren Ausdruck findet, daß bei den Reichstagswahlen mit geheimer Stimmabgabe 1898 nur 40 Proz. und 1903 42 Proz. der Wählenden sozialdemokratisch stimmten. So war es ganz besonders günstigen Umständen zu danken, daß unsre Partei bei den Gemeindevahlen im März 1902 über die einige

Monate vorher untereinander in Haber gerateten blüherlichen Parteien den Sieg davontrug. Die Nachwirkungen dieses Habers und auch wohl die Verrätherie des Gemeindefassen-Reudanten und konfessionellen Parteiführers verletzten damals dem Ansehen der Rathhauspartei einen bedenklichen Stoß und kamen der Socialdemokratie zu gute. Immerhin hätte unsere Partei sich auch jetzt behaupten können, wenn nicht ungeachtet aller Warnrufe zu den Hauptwahlen eine bedauerliche Parthei unter der Arbeiterchaft des Ortes eingegriffen wäre. Es konnten wesentliche Angehörige des Bauereis für uns in Verdroß, und diese verletzten in dem Irrewahn, daß es der Socialdemokratie auf keinen Fall am Siege fehlen könne, vor 14 Tagen in geradezu sträflicher Weise ihre Wahlpflicht. Ein gutes Duzend Stimmen mehr und wir hätten damals unsere Position behauptet. Das auf eine Stichwahl hinauslaufende Ergebnis spornete die Konfessionellen aber zu außerordentlich roter Strafkastung an. Es war nicht allein zu Tage getreten, daß die liberalen Sonderblätter bedeutungslos waren, sondern auch, daß man sich über die Stärke unserer Partei vorher übertriebene Vorstellungen gemacht hatte. Doch wäre auch jetzt noch ein socialdemokratischer Sieg zu erwarten gewesen, wenn nicht der Beamtenapparat mit Hochdruck gearbeitet hätte. In einem Flugblatt der Konfessionellen wurde mit düren Worten darauf hingewiesen, daß die Beamtenchaft es als ihre Pflicht zu erachten hätte, unter allen Umständen konfessionell zu stimmen, und dieser Wink mit dem Zampfl wurde verstanden. Die Gemeindeführer, die keinen Beamten, hatten den Drängen der socialdemokratischen Vertreter eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage zu verdanken; sie glaubten aber, sich dem Zwangsgebot fügen zu müssen und traten als konfessionelle Hülfstruppen auf den Plan. Unter Führung ihres Leiters rückten die Lehrer an den Wahlstif, um ebenfalls gegen die Partei zu stimmen, die sich im Ortsparlament am eifrigsten ihrer materiellen Interessen angenommen hatte. Post- und Eisenbahnbeamte und auch Straßenbahnführer, die in großer Zahl am Orte wohnen, ließen sich von der Rathhauspartei benutzen; genug, die forumpierende Wirkung der öffentlichen Stimmgabe trat so kraß wie nur denkbar ans Licht. Höhere Beamte sowie besser situierte Privats, die zahlreich in der dritten Klasse wählen, leisteten natürlich ebenfalls zu Hunderten dem konfessionellen Aufgebot Folge. Am Nachmittage des letzten Wahltages waren uns die Gegner teilweise um dreihundert Stimmen voraus, und diesen Vorsprung konnte die Arbeiterchaft in den Abendstunden nicht mehr einholen. Gegen zehn Uhr war die Wahl zu Ende, und deren Ergebnis war, daß die Konfessionellen gut 1000 Stimmen erhielten, während unsere Parteigenossen hingegen es auf rund 850 Stimmen brachten, die ausschließlich aus den Reihen des Profetariats kamen, da die Liberalen entweder der Wahl fernblieben oder konfessionell stimmten. An der Thatfache, daß die Arbeiterchaft vorab im Ortsparlament unvertreten sein wird, läßt sich nichts mehr ändern. Zu apathischer Raft soll uns die Wiederlage aber nicht zwingen. Wir haben in der kommenden Zeit unsere Organifation auszubauen und uns eifriger als bisher mit der Agitation zu befassen, um bei nächster Gelegenheit auch den schwierigeren Verhältnissen angepaßt mit Mut wieder in den Kampf treten zu können. Unser die Welt trotz alledem!

Da unsere Parteigenossen am Orte das genaue Wahlergebnis besonders interessieren wird, teilen wir dieses mit. Es erhielten auf der Liste unserer Parteigenossen Adler 846, Ratusch 845, Siebler 842, Hilpert 846, Kiefer 844 und Schröder 848 Stimmen. Von den Gegnern erhielten Henze 1012, Ehrlich 1011, Heffe 1019, Dresser 1010, Hermann 1010 und Geyers 1001 Stimmen. Bei den Hauptwahlen wurden durchweg abgegeben für unsere Parteigenossen 630 Stimmen, für die Konfessionellen 612 Stimmen, für die Liberalen 115 Stimmen. Die Konfessionellen haben in der Stichwahl ihre Stimmengahl also fast verdoppelt.

Charlottenburg. Die Allgemeine Orts-Krankenlasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs veranstaltet auch in diesem Jahre mehrere vollständige Vorträge über Gesundheitspflege im Volkshause zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3, und zwar wird der erste Vortrag am Freitag, den 15. April er., abends 8 1/2 Uhr stattfinden. Das Referat hat Herr Weheimer Medizinalrat Professor Dr. Dömy übernommen; es lautet: „Das Wesen der anliegenden Krankheiten und ihre Verhütung.“ Wir weisen unsere Leser auf diesen Vortrag hin, dessen Besuch für jede erwachsene Person unentgeltlich ist. Bemerk sei, daß Rauchen während des Vortrages nicht gestattet ist und auch Getränke nicht verabfolgt werden.

Niederf. Von einem Unglücksfalle wurde der 20jährige Kutscher Max Vorkh, Bergstr. 82, wohnhaft, am Donnerstagsvormittag in der Delbrückstraße betroffen. Beim plötzlichen Anrücken der Pferde stürzte H. vom Kutschersitze des von ihm geführten Kohlenwagens herab, geriet unter die Räder und wurde überfahren. Der Verwundete hatte lebensgefährliche innere Verletzungen davongetragen und wurde nach der städtischen Krankenanstalt geschafft. Ob es möglich sein wird, den jungen Mann am Leben zu erhalten, ist zweifelhaft. — Weil er stellunglos war, erhielt sich der 20jährige Kellner Max Günther in der Wohnung seines Bruders, Barthelstraße 5. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. — Der Steuerplan für 1904/5 hat in der von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Fassung die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden.

Gerichts-Zeitung.

Berlin bei Raft.

Eine Scene aus dem Berliner Nachleben beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I in einer gegen den Buchhalter Max Kersten gerichteten Anklage wegen Kantsammung. Als der 20jährige Kaufmann Müller in der Nacht zum 9. Juli gegen 3 Uhr morgens die Weidenammer Straße passierte, gefellte sich zu ihm eine Frauensperson, die zwar weder Fräulein, noch schön war, aber doch nicht ungeleitet nach Hause gehen wollte. Sie festelte auch den jungen Mann, dessen Schönheitsfimmel durch den vorangegangenen Alkoholgenuß stark gelitten hatte, derartig, daß er sich zum Ritter der Unschuld aufwarf und die „Dame“ zu ihrer in der Schumannstraße gelegenen Wohnung geleitete, um dort noch eine Tasse Thee zu trinken. An der Wohnungstür prangte der Name Kersten. Der Thee scheint aber etwas ungemächlich geworden zu sein, die Dame des Hauses verließ Müller plötzlich durch pekuniäre Anforderungen, es kam zum Wortwechsel, die Dame schimpfte und leifte und schließlich rief sie das Fenster auf und rief viele unten vorübergehenden Männern die Frage zu, ob sie Kriminalbeamte seien. Auf die bejahende Antwort wickelte die sehr aufgebracht Kersten den Hauschlüssel in Papier und warf ihn zum Fenster hinaus. Gleich darauf stürzten zwei Männer die Treppe hinauf und in die Wohnung hinein und der eine erklärte: er sei Kriminalbeamter und fordere Herrn Müller auf, mit zur Waage zu kommen. Müller trug dazu kein Verlangen, verlangte vielmehr zunächst Aufklärung darüber, mit welchem Recht er fixiert werden sollte, und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Müller entging thätlichen Angriffen nur dadurch, daß er nach der Kloftoße griff, so that, als ob darin ein Revolver verborgen sei, und jeden über den Haufen zu schießen drohte, der ihm zu nahe kommen wollte. Er folgte dann den beiden angeblichen Kriminalbeamten zur Waage. Auf der Straße wunderte er sich, daß diese einen ganz falschen Weg einschlugen. Auf seine verwunderte Frage nach der Ursache verletzte ihm der eine seiner unliebsten Begleiter einen Stoß über die Schulter und nahm dann schleunigst Reißlauf. Er entkam. Auf den Hilferuf des Müller gelang es, den zweiten „Kriminalbeamten“ festzunehmen, und da stellte es sich dem heraus, daß es sich um den Ehegmann der holden Dame handelte. Der Angeklagte behauptete, daß er über die Treulosigkeit seiner Frau empört und deshalb berechtigt gewesen sei, den Störer seines häuslichen Friedens zur Waage zu schießen. Da aber der Gerichtshof feststellte, daß sich der Angeklagte durch die Platterfahren seiner Frau ernähren ließ, so nahm er an, daß hier ein von dem trauten Ehepaar ausgeglichener Eric vorlag, der wahrlich nicht

nicht das erste Mal in Anwendung gebracht worden war. Der Angeklagte wurde wegen der Gemeingefährlichkeit seines Treibens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Eine andre Raftscene, bei der der Revolver eine Rolle spielte, lag einer vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I verhandelten Anklage wegen Verdroßung gegen den Sattler Friedrich Karl Riemann zu Grunde. Der Angeklagte ist Tonmaitre in einem Lokal in der Reuststraße und hat häufig Konflikte mit brutalen Leuten, die sich seinen Anordnungen nicht fügen wollen. In der Nacht zum 16. Dezember kam er in Streit mit einem Gefangenen-Aufsicher, der bald darauf in aller Eile das Lokal verließ. Drei vor dem Lokale auf der Straße stehende Zimmerleute sahen ihn davon eilen. Plötzlich erschien der Angeklagte auf der Bildfläche und rief den drei harmlosen Leuten auf der Straße zu: „Wo ist der Lump? Ich jage ihm eine Kugel durch den Kopf!“ Mit einem Anflug von Humor antwortete ihm einer der Leute: „Na, Männchen, Sie werden doch nicht gleich loschießen!“ Statt aller Antwort holte der Angeklagte einen Revolver aus der Tasche, hielt ihn in der Richtung nach den drei jungen Leuten und drückte los. Der erste Schuß ging aber nicht los und so schloß der Angeklagte zum zweitenmal, wobei die Kugel dem einen jungen Mann dicht am Ohr vorbei piff. In drohender Haltung rief er den Dreien alsdann zu: „Wer es noch wagt, einen Schritt zu gehen, den schieße ich über den Haufen!“ Er fixierte aber den Revolver wieder in die Tasche und kehrte im Vollgefühl seiner Heldthat in das Lokal zurück. Dort ließen ihn die Bedrohten durch einen herbeigeholten Schuttmann feststellen. Vor dem Schöffengericht hatte er, in seine Identität bestritten, er wurde aber bald als der Thäter mit aller Bestimmtheit wiedererkannt. Das Gericht verurteilte ihn mit Rücksicht darauf, daß er beinahe namenloses Unglück angerichtet hätte, zu drei Monaten Gefängnis. In der Berufungsinstanz gab er zu, der Mann mit dem Revolver gewesen zu sein, entschuldigte sich aber mit der ungewollten Aufregung, in welche ihn der Streit mit dem Gefangenen-Aufsicher veretzt habe. Als er auf der Straße die drei Männer gesehen, habe er Furcht vor ihnen gehabt und geglaubt, diese vor sich zu haben, die bereit wären, sich auf ihn zu stürzen. — Da sich in der Verhandlung zeigte, daß der Angeklagte ein sehr nervöser Mann ist, der bis dahin gänzlich unbescholtener war, so ernannte der Gerichtshof die Strafe auf 150 M. Geldbuße eventuell 30 Tage Gefängnis. Dem Angeklagten wurde aber der gute Rath mit auf den Weg gegeben, in Zukunft das Hantieren mit geladenen sechsäligen Revolvern zu unterlassen.

Unheimliche Gesellen, welche ihrem Neuherrn nach zu den besseren Gesellschaftsklassen gehörten, unter dieser Maske aber ein höchst schimpfliches und gemeingefährliches Gewerbe betrieben, wurden gestern der achten Strafkammer des Landgerichts I in den Personen des Bereiter Richard Ahmann und des Kellners Hugo Herle vorgeführt. Es wurde ihnen versuchte Erpressung zur Last gelegt, ein Vergehen, wegen dessen Ahmann bereits eine Vorstrafe von 2 1/2 Jahren erlitten hatte. Jetzt wurde durch die Beweisaufnahme folgender Thatbestand festgestellt: Der Rentner v. E. ging an einem Januarabende durch die Friedrichstraße. Als er in die Dehrensstraße eingebogen war, wurde er von dem Angeklagten Ahmann angebrochen. In wohlgeleiteter Rede schilderte dieser ihm seine Notlage und bat schließlich um eine kleine Unterstüßung. Herr v. E. gab ihm eine Mark, und der Bekannte ging eine Strecke lang neben ihm her. Als eine Bedürfnisanstalt erreicht war, verabschiedete v. E. sich von seinem Begleiter und trat hinein, ohne darauf zu achten, daß der Angeklagte ihm folgte. Als beide dann wieder die Straße betreten, wurde v. E. aufs äußerste empört und überfällt, als der Angeklagte ihm plötzlich den Vorwurf machte, daß er unfittliche Anträge an ihn gestellt habe. Als gerade ein Schuttmann vorüberging, wiederholte der Angeklagte diesem gegenüber seine Verächtigung und verlangte die Feststellung der Persönlichkeit des Herrn v. E. Da dieser sich durch Papiere auszuweisen verweigerte, so blieb er von dem Gange zur Waage verschont. Während der Auseinandersetzung mit dem Beamteten war der zweite Angeklagte an die Gruppe herantreten und hatte dem Gespräch zugehört. Dieser ergriff am folgenden Tage in der Wohnung des Herrn v. E. und stellte ihm vor, daß es doch eine sehr unangenehme Sache für ihn sei und es besser für ihn wäre, sie auf dem Vergleichswege aus der Welt zu schaffen. Herr v. E. fertigte den Besucher kurz ab. Nachdem der erste Angeklagte dann noch einmal einen vergeblichen Erpressungsversuch gemacht, nahm der Bedrängte die Hilfe der Polizei in Anspruch.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Ahmann vier, gegen Herle drei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß beide schamlose Erpresser mit gleichem Maße gemessen werden müßten, sie wurden beide zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Vergleich in einem Preßprozeß. Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: In einer Privatklage des Chefredakteurs der „Neuen Hamburgischen Vorkenalle“, Dr. R. Wittenberg, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Hamburger Echo“, Gustav Wabersky kam am 23. März vor dem Schöffengericht V folgender Vergleich zu Stande: Herr Wabersky erklärt, daß er auf Grund der Beweisaufnahme durchaus die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die wissenschaftliche Thätigkeit des Herrn Dr. Wittenberg von keinerlei materiellen Interessen an der Pommerbank beeinflusst gewesen sei. Der Privatbellege verpflichtet sich, über den Inhalt dieses Vergleichs im „Echo“ eine redaktionelle Notiz zu bringen und übernimmt die Kosten.

Oberst a. D. Gädle gegen Professor Kropatschek. Das Kammergericht als Revisionsinstanz beschäftigte sich gestern mit dem Verleumdungsprozeß des Oberst a. D. Gädle wider den Redakteur Professor Kropatschek von der „Kreuz-Zeitung“. Oberst a. D. Gädle beipraucht feinerzeit im „Berliner Tageblatt“ den fetschigen Königsmord. Dabei betonte er, es gebe neben dem Treueid gegen den Monarchen als gleichwertig noch die Bürgerpflicht gegen das Vaterland. Von dieser könne der Treueid niemals einbinden. Einer der ernstesten Konflikte eines Ehrenmannes wäre es, wenn diese beiden Pflichten in Gegensatz gerieten. Professor Kropatschek schrieb darauf in der „Kreuz-Zeitung“: „Eine Monsequenz wird hoffentlich jeder Offizier, der etwa — wir glauben es nicht — diese Ansicht des Oberst a. D. Gädle teilt, als ehrlicher Mensch ziehen: schleunigst seinen Abschied aus einem Corps zu nehmen, in das er innerlich nicht mehr hineingehört.“ In einer andern Stelle wird von einem Versuch des Herrn Gädle, sich herauszureden, gesprochen. Herr Gädle fühlte sich durch die Artikel beleidigt und klagte gegen Kropatschek. — Das Landgericht sprach jedoch den Beschuldigten frei. Herr Gädle legte Revision ein. Der Strafenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision als unbegründet. Mit Recht sei dem Beklagten, insbesondere wegen seiner Eigenschaft als Landwehr-offizier, der Schutz des § 143 zugesprochen worden. Wie es mit den allgemeinen Rechten der Preße stehe, brauche hier nicht erörtert zu werden.

Die brutalen Roheiten eines Lehrlingshänders sind gestern von einem Berliner Gericht mit außerordentlicher Milde gesühnt worden. Die Lehrlingsausbildungsmethode des Wärdmeisters Paul Dehmel unterlag gestern der Prüfung des Schöffengerichts. Der Meister hatte sich wegen Uebergriffen des ihm zuteilenden Zuchtigungsrechts zu verantworten. Er hat bis dahin mit drei Lehrlingen gearbeitet, von denen der eine noch bei ihm lernt, der andre kirchlich Gefelle geworden und der dritte aus der Lehre gelaufen ist. Die beiden ersten traten gestern als Belastungszeugen gegen ihn auf. Nach ihrer Schilderung soll der Angeklagte die Ausbildung seiner Lehrlinge häufig durch Anwendung gemeiner Schimpfworte ihnen schmerzhaft zu machen suchen, auch mit der Austeilung von Prügeln nicht geizig. Der eine Zeuge erzählte sogar von Maultschellen und Schlägen ins Gesicht, durch welche die Nase ins Wanken gekommen sein soll. Diese Roheiten hatten mehrfach zu Beschwerden der Eltern, bis dahin aber noch nicht zu einem Strafantrag geführt. Dieser wurde durch zwei besondere Vorgänge verursacht. In dem einen Fall hatte der in

aller Frühe in der Nähe des Ladens des Angeklagten postierte Schuttmann gesehen, wie der Angeklagte seinem Lehrlingen, der Backwaren ausfahren sollte, aber eine andre Jade für diesen Zweck verlangte, beim Genid hatte und mit den Füßen auf das Gesicht trat. Der Schuttmann unterlagte dem Angeklagten diese Behandlung, erhielt aber eine schnippische Antwort. In dem zweiten Falle hatte der Meister einem Lehrling, der bei der Arbeit noch mit dem Schläfe zu kämpfen hatte, mit dem Ofen-schieber über den Arm geschlagen, so daß sich ein blauer Striemen zeigte. — Der Angeklagte versicherte dem Gerichtshof, daß er sich drei mandmal obhinauten Lehrlingen gegenüber in einer sehr ablen Lage befunden habe. Der Gerichtshof glaubte ihm dies, hielt aber sein Vorgehen in den beiden Fällen der Anklage nicht für entschuldbar und verurteilte ihn zu 30 M. Geldstrafe.

Wie hart wären Arbeiter von der bürgerlichen Justiz bestraft worden, die sich nicht an wehrlosen Lehrlingen sondern an Streikbrechern ähnlich vergangen hätten? Zuchthausstrafe wäre ihnen unter Umständen sicher gewesen.

Verfammlungen.

Die Bauanschläger tagten am Sonntag im Gewerkschaftshause. Auf eine Anfrage über den Stand der Tarifffrage wurde mitgeteilt, daß der Tarif im Druck fertiggestellt sei und unverzüglich der Zimung vorgelegt werden soll. Ebenso soll versandt werden, mit der Charlottenburger Schlosserinnung in Tarifverhandlungen zu treten. Eine längere Debatte entspann sich über die Arbeitsnachweise. Beschlossen wurde, eine endgültige Lösung der Arbeitsnachweisfrage mit der Tarifffrage zu verbinden; bis dahin soll die Agitationskommission die Arbeitsausgabe, die Kontrolle usw. regeln.

Schneeberg. Am Dienstag, den 12. d. M., fand eine von ca. 1000 Personen besuchte Volksversammlung in Obits Jestsalen statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse Ledebour sprach über Sozialenurs. An der Hand der Ausführungen, welche die preussischen Minister sowohl im Reichstage als auch im Abgeordnetenhaus zum besten gaben, erklärte Redner die erniedrigende Rolle, welche unsere Regierung gegenüber Rußland einnimmt. Der Referent streifte die Verhandlungen im Reichstage, widerlegte die Reden Wiltons und Reichthofens betrieß die russischen studierenden Jugend und tadeltel scharf das Verhalten der preussischen Regierung in der Sache des Königsberger Geheimbundprozesses.

In der Diskussion nahm ein Herr Dahn, Anarchist, das Wort. Der Herr gefiel sich in allgemeinen abfälligen Aeußerungen über die sozialistische Parteilassung und Abgeordneten der Partei. Uebergehend auf den Königsberger Prozeß bezeichnte der Redner es als eine Niederträchtigkeit unfres Abgeordneten Hause, den russischen Schriftsteller Burzew als irrtüchtig hinzustellen. Herr Dahn plädierte auch für den General-streit. — Genosse Ledebour unternahm es, den Phantasien in scharfen Worten zurechtzuweisen. Das Verhalten der Socialdemokratie betrieß der russischen Epistelwirtschaft als einzig tallvoll und gerecht bezeichnend, jedoch derselbe damit, daß der Socialdemokratie einzig und allein die Befreiung der Arbeiterklasse gelingen werde. — Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie schloß der Vorsitzende die interessant verlaufene Versammlung.

Johannisthal. Der Socialdemokratische Wahlverein für Johannisthal und Rudow hielt am 12. April seine fällige Generalversammlung ab. Aus dem Thätigkeitsbericht des Vorstandes, den der Vorsitzende, Genosse Düring, erstattete, ist zu entnehmen, daß im letzten Quartal 7 Mitgliedsversammlungen, 7 Vorstandssitzungen und 4 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. Die Zahl der Mitglieder beträgt zur Zeit 127. — Der Bericht des Kassierers Schirnhoff weist eine Gesamteinnahme von 179,20 Mark auf. Nach Abzug der örtlichen Ausgaben und der an den Hauptvorstand abzuliefernden zwei Drittel der Einnahme verbleibt ein Bestand von 16,01 M. am Orte. Die Einnahme aus der Zeitungsabteilung sieht um 30 M. hinter der des vorigen Quartals zurück. Es erklärt sich das aus der Erhöhung des Votenlohnes. — Einer Anregung des Vorstandes, monatlich eine Versammlung in Johannisthal und eine in Rudow abzuhalten, wurde stattgegeben, und zwar wurde beschloffen, den Versammlungstag für Johannisthal wechselnd auf Dienstag vor dem 15. und Dienstag nach dem 15. festzusetzen. Die Festsetzung des Versammlungstages für Rudow wurde den dort ansässigen Genossen überlassen. Dem Vorsitzenden wurde noch die spärliche Beteiligung bei den letzten Flugblattverteilungen gerügt.

Allgemeine Kranken- und Sterbelle der Metallarbeiter (C. H. 29, Hamburg). Jüliche Nummerung. Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Tempel, Vorgängerkirche, Ecke der Bahnhofstraße: Mitgliedsversammlung. Tages-Ordnung: 1. Was lehren uns die letzten Delegiertenwahlen zur diesjährigen Generalversammlung. 2. Kassenbericht. 3. Diskussion über die gestellten Anträge zur Generalversammlung. 4. Interne Kassenangelegenheiten.

Vermischtes.

Ueber die Explosion einer Höltenmaschine wird aus Petersburg vom Donnerstag berichtet: In voriger Nacht brach in einem Zimmer des vierten Stocks des Korzhovs, gegenüber dem Nikolai-Bahnhof, Feuer aus. Als die Feuerwehr ins Zimmer drang, fand sie alles in Flammen, im Zimmer eine orge Verdrörung, die Fenster Rahmen herausgeschlagen und die Dielen aufgerissen. Das Zimmer war vor einigen Tagen von zwei zugereisten Herren gemietet worden. Einer derselben, Kasanow, wurde im brennenden Zimmer tot aufgefunden, der zweite war verschwunden. Es weist alles darauf hin, daß der Brand infolge der Explosion einer Höltenmaschine entstand, die durch unvorsichtiges Umgehen des Besitzers explodierte.

Familien-drama. In Chaux de Fonds vergiftete sich in der Nacht zu gestern eine ganze Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei jungen Töchtern, mit Blausäure. Die Familie war finanziell gut gestellt.

Drei Männer verbrannt. Bei einem Feuer, das in der Nacht zu gestern in einem Hause in der Katernstraße zu Instertung ausbrach, fanden ein Hoboist, ein Eisenbahnarbeiter und ein Freireu-gehilfe den Tod in den Flammen.

Bom „Guten bairischen Bier“. Bei der am Dienstag in der bairischen Abgeordnetenlammer abgehaltenen Beratung über die Malzausschlag-Mildvergütung seitens des Staates für ausgeführtes Bier im Betrage von 710000 M. wurde, wie man aus München schreibt, mehrfach lebhaft über den immer mehr zunehmenden Wettbewerb norddeutscher und nicht zuletzt Berliner Biere geklagt. Von einem wahren Wettbewerb der bairischen Biere mit den norddeutschen könne nicht mehr die Rede sein, denn das „echte bairische“ stelle sich in Norddeutschland viel teurer, als das einheimische. Von den bairischen Brauereien haben nur noch 19 einen größeren Absatz im Auslande. Und auch dieser geht stetig zurück, so daß das bairische Brauergewerbe jetzt in der Hauptsache nur für den inländischen Markt zu arbeiten hat. Daraus zu schließen, daß man in Bayern jetzt ein schlechteres Bier erzeuge als früher, sei durchaus falsch, wie der Hoffbräuhaus-Gewaltige Finanzminister Dr. v. Riedel nachdrücklich betonte. „Unser Bier ist besser als früher; das werden die Sachverständigen bestätigen.“ hob der selbst sehr Sachverständige hervor. Bemerkenswert war auch noch die Feststellung des Finanzministers über den Ertrag der bairischen Großbrauereien. Von den 70 bairischen Aktienbrauereien verteilten im letzten Jahre 15 keine Dividende, 13 unter 5 Proz., 30 zwischen 5 und 10 Proz. und nur drei über 10 Proz., nämlich 14, 20 und 22 Proz.

Von einem männlichen Entschlusse zeigt folgendes in der „Greifswalder Zeitung“ veröffentlichte Interat: Gläubiger gesucht. Alle meine Gläubiger werden aufgefordert, sich binnen dreimal 24 Stunden mit ihren paar Forderungen hauptpostlagernd Stietin zu melden, da ich den ganzen Vettel in einem Aufwusch durch meinen Bevollmächtigten erledigen lassen will, denn ich habe die alberne Treterei satt. W. M., cand. phil.

Istri-Brot

bestes Hausbacken-Brot übertreffend, wird nur aus feinstem Roggenmehl auf appetitlichste Weise zubereitet, und zwar unter ständiger ärztlicher Ueberwachung unsres gesamten Betriebes...

Istri-Brot hält sich mehrere Wochen lang frisch und schmeckt am besten, wenn es erst 3-4 Tage alt geworden ist.

Jedes Istri-Brot wird mit unsrer Schutzmarke „Istri“ versehen! Von den zahlreichen uns eingehenden Anerkennungschriften lassen wir nachstehend einige folgen:

Berlin W. 8, Am Wilhelmplatz, den 21. Juli 1903. Ihrem Wünsche Rechnung tragend bestätigen wir hierdurch gern, daß die Lieferung Ihres Istri-Brottes...

Berlin NW, Unter den Linden 39, den 21. Juli 1903. Ich bestätige Ihnen gern, daß ich mit dem Istri-Brot Ihrer Fabrik seit der Lieferung sehr zufrieden bin...

Das Brot, welches einen reinen und kräftigen Geschmack hat, war während der Zeit unsres Bezuges stets von gleichmäßiger Güte und besitzt die für den Haushalt so wertvolle Eigenschaft...

Weitere Anerkennungen:

Herr Dr. med. S., Privatdocent an der Universität Berlin, unter dessen Führung am 3. Mai 1903 eine Besichtigung unserer Brotfabrik durch die Lehrer und Studierenden der Hygienischen Institute der königlichen Universität Berlin stattfand...

Verkaufsstellen von Istri-Brot.

- Markthallen. Central-Markthallen, Neue Friedrichstraße 29/34, Stand 13, R. Schröder.
Berlin C. Neue Friedrichstr. 8, R. Kusch.
Berlin SO. Adalbertstr. 19, G. Gensch.
Berlin S. Alexandrinenstr. 89, H. Wohl.
Berlin SW. Alexanderstr. 15, G. Ruppig.

Dritter Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Erfurt, 13. April.

Die heutige Sitzung brachte eine eingehende Debatte über die Stellung des Verbandes zur Politik. Diese Debatte entstand beim Punkt „Presse“ und wurde beantragt durch Anträge der Mitglied-schaften Stuttgart, Krefeld und Cuxhaven.

Schon bei der Begründung der Anträge zeigte sich, daß die Tendenz, welche ihnen zu Grunde liegt, nur bei einem verschwindenden Teil der Mitglieder Anfang finden. So erklärten die Delegierten von Stuttgart und von Cuxhaven, daß sie die Anträge ihrer Mit-gliederschaften nicht vertreten könnten.

Der Verbandsvorsitzende und Redakteur des Fachorgans, Pöschel-Berlin, äußerte sich in längerer Rede zu diesen An-trägen. Er führte unter anderem aus, daß solche Anträge, die ja nur aus kleinen Vertretungskreisen kommen, auch auf früheren Verbandstagen gestellt worden seien, ohne daß sie die Zustimmung des Verbandstages gefunden haben.

Die Anträge wurden abgelehnt, weil die Delegierten aus Krefeld begründete seinen Antrag damit, daß die offene Befundung eines politischen Standpunktes sowie das scharfe Vorgehen des Verbandstages den Mitgliedern, namentlich in neu-gegründeten Ortsvereinen, schade. Die Gastwirte sehen die Verbandstätigkeit als Socialdemokraten an und gehen mit Maß-regelungen gegen sie vor.

Der Verbandsvorsitzende und Redakteur des Fachorgans, Pöschel-Berlin, äußerte sich in längerer Rede zu diesen An-trägen. Er führte unter anderem aus, daß solche Anträge, die ja nur aus kleinen Vertretungskreisen kommen, auch auf früheren Verbandstagen gestellt worden seien, ohne daß sie die Zustimmung des Verbandstages gefunden haben.

druck vertritt. Wenn eine Änderung in dieser Haltung des Ver-bandes Platz greifen sollte, dann würde Redner und eine große Zahl bewährter Mitglieder nicht mehr mit ihm.

Die Ausführungen Pöschels fanden lebhaften Beifall. Sein Standpunkt wurde auch von allen Diskussionsrednern mit mehr oder weniger Entschiedenheit unterstützt. Nur der Delegierte für Hannover erklärte sich gegen die Politik, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Kellner Gäste aus den höchsten Gesellschaftskreisen zu bedienen haben, bei denen sie sich wegen des zu erwartenden Trink-geldes nicht unbeliebt machen dürfen.

Alle zu diesem Punkt der Tagesordnung vorliegenden Anträge wurden erledigt durch die Annahme der folgenden Resolution: „Der 3. Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen in Erfurt erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten S. Pöschel über die prinzipielle Haltung des Verbandstages „Der Gastwirtsgehilfe“ einverstanden.“

Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, folgte die Beratung über Agitation und Organisation. Die An-träge, welche dazu vorlagen, fordern in der Hauptsache die Ein-teilung, von der eine bessere Erledigung der organisatorischen Arbeiten erwartet wird, wie von dem bisherigen System. Am Schluß der Sitzung wurden diese Anträge einer Kommission überwiesen, welche auf Grund der Anträge in der folgenden Sitzung einheitliche Vorschläge machen soll.

Haus der Frauenbewegung.

Ausweisung der weiblichen Delegierten vom brandenburgischen Provinzial-Parteitag.

Auf der vorjährigen Provinzialkonferenz der Socialdemokratie der Provinz Brandenburg verlangte der überwachende Beamte die Entfernung der als Delegierte erschienenen Frauen, weil es sich um die Veranstaltung eines politischen Vereines, nämlich der socialdemo-kratrischen Agitationskommission für die Provinz Brandenburg handele. Der Polizeipräsident von Berlin billigte das Vorgehen des Beamten auf demselben Grunde. Die Delegierten Frau Emma Jäger und Frau Dr. Hoffmann klagten darauf im Verwaltungsstreitverfahren. Nach Abweisung der Klage durch den Bezirksauschuss legten sie beim Ober-Verwaltungsgericht Berufung ein. Der erste Senat hatte sich in seiner letzten Sitzung mit der Angelegenheit zu beschäfftigt. Die Klägerinnen waren persönlich erschienen. Frau Dr. Hoffmann nahm zur Rechtfertigung der Berufung das Wort. Sie bemängelte vor allem an der Vorentscheidung und an den Ausführungen des Polizeipräsidenten als unlogisch, daß ein Provinzial-Parteitag, zu dem die Delegierten in öffentlichen Ver-sammlungen gewählt würden und woran 70 Personen teilnahmen, eine Versammlung des angeklagten „Vereines Agitationskommission“, der sieben Mitglieder zähle, sein solle. Dagegen spreche unter anderem, daß die Konferenz sich ihre Leitung selbst gewählt habe. Das ließe sich doch nicht ein Verein von sieben Personen gefallen, wenn es sich um eine Versammlung dieses Vereines handeln würde, in der die 70 anderen seine Gäste wären. Als solche könnten die Delegierten übrigens gar nicht gelten, da sie ja in öffentlichen Ver-sammlungen gewählt seien, in Versammlungen an verschiedenen Orten, die mit der Agitationskommission nichts gemein hätten. Daß die Kommission ein Verein sei, werde auch bestritten. Charakteristisch sei der Titel des Vereinsgesetzes. Danach solle es den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes verhindern. Bei einem solchen Gesetz sei aber anzunehmen, daß erlaubt sei, was es nicht ausdrücklich verbiete. Und in seinem § 8, der die Frauen von Versammlungen politischer Vereine ausschließe, verbiete das preussische Vereinsgesetz den Frauen nicht, an öffent-

lichen politischen Versammlungen teilzunehmen; sie müßten also dies Recht haben, ganz gleich, von wem solche Versammlungen einberufen seien.

Das Ober-Verwaltungsgericht, dem Präsident Peter v. Scharf vor-sah, wies die Berufung der Klägerinnen mit folgender Begründung ab: Der Senat gehe davon aus, daß die in Frage stehende Partei-konferenz zweifellos von der Agitationskommission (siehe Inserat im „Vorwärts“) veranstaltet worden sei und daß die Agitations-kommission ein politischer Verein sei. Es handele sich um eine Versammlung der Agitationskommission. Wenn § 8 des Vereins-gesetzes von Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine spreche, dann seien darunter alle von jenen Vereinen veranstalteten Zusammenkünfte ihrer Mitglieder und Dritter zu verstehen. Darum seien die Klägerinnen mit Recht von der Konferenz weg-gehalten worden. Der Gerichtshof könne ihnen nicht helfen.

Nach dieser Logik, die einen auffälligen Mangel an dem sonst in so reichem Maße vorhandenen Aufhebungsvermögen erkennen läßt, wäre z. B. der jüngst abgehaltene Heimarbeiterschutz-Kongreß eine Versammlung des Vereines „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ gewesen. Schade, daß man sich darauf nicht rechtzeitig besonnen hat. Das Urteil wirft nämlich die Begriffe „veranstalten“ und „veranstalten“ zusammen. Veranstalten ist aber ein weiterer Begriff wie versammeln; jede Versammlung ist eine Veranstaltung, aber nicht jede Veranstaltung eine Versammlung. Selbst angenommen, die Agitationskommission wäre ein Verein, so muß es doch auch einem Verein möglich sein, öffentliche Versamm-lungen zu veranstalten.

Ein Beispiel aus dem sächsischen Vereinsrecht macht das ganz klar. In Sachsen unterliegen nämlich die öffentlichen Versamm-lungen insofern einer Beschränkung gegenüber den Vereinsversammlungen, als sie — mehr gewohnheits- als rechtmäßig — der Polizei ihre Tagesordnung vorher anzeigen müssen und diese dann nicht überschreiten dürfen. Vereinsversammlungen haben dies nicht nötig. In Sachsen würden daher die Behörden und Gerichte nach der herrschenden Praxis — Hunderte, vielleicht Tausende von Bei-spielen liegen dafür vor — in dem Falle der branden-burgischen Provinzial-Konferenz genau umgekehrt gefolgert haben wie das Ober-Verwaltungsgericht. Man hätte gesagt: Die Agitationskommission ist zwar ein Verein, der Unstund jedoch, daß an ihrer Zusammenkunft 70 Personen — das sind zehnmal soviel als sie Mitglieder zählt — teilgenommen haben, beruht die Veranstaltung des Charakters der Vereinsversammlung, giebt ihr vielmehr den Charakter einer öffentlichen Versammlung und deshalb mußten die Veranstalter der Polizeibehörde die Tages-ordnung vorher einreichen. Da sie das nicht gethan haben, war die Veragung der Anmeldebefehligung, eventuell die Auflösung der trotz mangelnder Anmeldebefehligung eröffneten Ver-sammlung gerechtfertigt; deshalb mußten die Veranstalter bestraft werden, weil sie eine nicht nach gesetzlicher Vorschrift ange-meldete Versammlung veranstaltet haben.

Diese Schlüsse stützen sich nicht etwa auf das besondere sächsische Recht, sondern auf allgemein logische Erwägungen über die Begriffe öffentliche Versammlung oder Vereinsversammlung.

Allerdings hat man auch in Sachsen schon umgekehrt gefolgert. Als nämlich den Minderjährigen der Besuch öffentlicher politischer Versammlungen noch nicht verboten war, hat man aus dem Umstand, daß z. B. der Vorsitzende eines Vereines eine öffentliche Versammlung veranstaltete, gefolgert, daß eine Vereinsversammlung vorliege. Die sächsischen Genossen haben sich erst, indem sie beide Schlussfolgerungen gegen einander aus-spielten, das Recht erkämpfen müssen, daß auch Vereinsfunktionäre öffentliche Versammlungen veranstalten dürfen. Durch die Be-stimmung, daß Minderjährige auch an öffentlichen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen, ist dieses Recht gegenstandslos geworden.

Man sieht hieraus, daß auch die Logik — staatsbehaltend sein kann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker Emil Zeh am 4. d. Mts. beim Segeln er-trunken ist.

Emil Zeh am 4. d. Mts. beim Segeln er-trunken ist. Ihre feinen Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. April, nach-mittags 4 Uhr, von der Leichen-halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Julius Hanke am 12. d. Mts. gestorben ist. Ihre feinen Andenken! Die Beerdigung findet am Frei-tag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Her-mannstraße aus statt.

Die Beerdigung des Mechanikers Emil Zeh findet am Sonntag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Familie Zeh.

Todes-Anzeige. Am 12. April entschlief nach langem Leiden unser langjähriger Arbeiter, der Formner Emil Tornow im 3. Lebensjahre. 4808 Ihre feinen Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Das Fabrikpersonal der Firma Ferd. Thielmann.

Centralverband der Töpfer Todes-Anzeige. Am 13. d. Mts. verstarb unser Mitglied Ernst Hartwig im 24. Lebensjahre. Ihre feinen Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Welchensee, Falkenberg-straße aus statt.

Socialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse Albert Memel, Gastwirt, verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr vom Trauer-hause Pappe-allee 182 aus nach dem Central-Friedhofe in Friedrichshagen statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 246/20 Der Vorstand.

Dankfagung. Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Tischlers August Weide sagen allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma G. Weidmann unsern innigsten Dank. 4736 Am Auftrage E. Wernoeko nebst Frau.

Dankfagung. Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines guten Vaters sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen und den Beamten der Firma J. G. Hoff meinen herzlichsten Dank. 4887L Die trauernden Hinterbliebenen. Wwe. A. Baecke.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere Tochter Margarete im 13. Jahre nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonnabend-nachm. 5 Uhr auf dem Emmaus-Kirchhof in Britz statt. 4886L Familie A. Klein, Britz, Bahnstr. 48.

Berliner Spar- und Bauverein. (Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Kapital.) Sonntag, den 21. April 1904, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Germania-Sälen, Gausstraße 108; Zwölfte ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Geschäftsberichts unter Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1903. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und über die Verteilung des Gewinnes. 4. Beschlußfassung über den Bericht des Verbandsreferenten über die am 21. Februar ds. J. vorgenommene Revision. 5. Bericht über den Verband der auf der Grundzüge des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Baugenossen-schaften. 6. Remuneration zum Auf-sichtsrat. 7. Beschlußfassung über den Gesamtbetrag, welchen Anleihen der Genossenschaft und Sparvereine bei ihr nicht übersteigen sollen. 8. Be-schlußfassung über die Ausschließung von järmigen Genossen. 4172b Die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1903 sind in der Geschäftsstelle, Stängensstraße 7, einzusehen. Der Vorstand. R. Schmidt, Ernst Roscher.

Gelegenheitskäufe in Damen-Konfektion! Kostüm von 12 M. 50 Pf. an Paletots von 7 M. 50 Pf. an Röcke von 3 M. 50 Pf. an Reismuster spotbillig. Dameumänfel-Fabrik Taubenstr. 20, 1. Etage.

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Sonntag, den 21. April, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Herrn Wilke, Brunnensr. 188.

Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abnahme der Rechnung des Jahres 1903 und Bericht der Revisoren. 2. Erziehung eines Vorstandsmit-gliedes (Arbeitgeber). 3. Die Kräftefrage. 4. Verschiedene Kassen-Angelegen-heiten. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mit-gliedes, sowie der Herren Arbeitgeber, für pünktliches und zahlreiches Er-scheinen Sorge zu tragen. 273/1 Der Vorstand. H. A.: Heinrich Lehr, Vorsitzender.

Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- u. gewerblich. Hilfsarbeiter Berlin und Umgegend. Sonntag, 17. April, vorm. 10 1/2 Uhr, Langestr. 65.

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Januar 1904. 2. Wahl eines ersten Schriftführers. 3. Vereinsangelegenheiten und Be-schiedenes. Die Mitglieder werden ersucht zahl-reich zu erscheinen. Neue Mitglieder werden vom 16. bis 45. Jahre auf-genommen. Sonnabend, den 16. April fällt der Zahlung im Chen aus. 37/4 Der Vorstand.

Maifeier-Abzeichen mit verschiedenen Einlagen Groß sortiert Mark 9,- (Wahnahme 2,-) — 90 120 Pf. mehr. Rudolf Langer & Co., Weinböbla 76, bei Dresden. Jacketts u. Frauen-paletots Einzelverkauf billig Köpenickerstr. 126, b. III, Schneiber-berstr. 4006

Unsern aufrichtigsten Dank allen Freunden und Bekannten für die in so reichem Maße dargebrachten Gläu-wünsche zu unserm am 12. April statt-gehabten Silberhochzeitfeier. 4745 Carl Scholz u. Frau.

Orts-Krankenkasse der Drechsler und verwandten Gewerbe Ordentliche General-Versammlung Montag, den 25. April, abends 8 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 43, wozu die Herren Vertreter hiermit ergebenst eingeladen werden. Tages-Ordnung: 1. Rechnungsbericht. 2. Bericht des Rechnungs-ausschusses. 3. Bericht der Schwerbefähigten und event. Neuwahl. 4. Beschlußfassung über die Änderungen des eingereichten Sta-tuts. 5. Kräftefrage. 6. Regelung der Beamtengelder. 7. Verschie-denes. 4806 Der Vorstand. H. A.: G. Tiedt, Vorsitzender.

Prima Schnitzel à Pfund 1 Mark. Rückenfort à Pfund 50 Pf. 2 Pfund 95 Pf. Carl Schubert, Prinzenstr. 25

Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, kostet 1,90 M. Cylinderhüte und Chapeau claquees in großer Auswahl. Special-Hut-Engroslager nur neuester Moden. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen im Comptoir Neue Königl. 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexander-Platz. Größte Auswahl, außerordentlich billige Preise. 48732 neueste Form, mit Futter M. 1,50, Filzhüte für Herren, mit Atlasfutter M. 2,-, hochfeine Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,-, beste Qualität M. 4,50

Die Frauen und die Politik

Son Elix Braun, Preis 50 Pf. Agitations-Kataloge 20 Pf. In warmen, zu Herzen bringenden Worten fordert die Verfasserin die proletarischen Frauen auf zu tätiger Mit-arbeit bei den Organisations-behörden der Arbeiter. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des Kapitalismus überantwortet; die Maschine ebnet aber auch den Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in die vergangene Zeit sie gefesselt haben. Die Verfasserin zeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Vorwärts Buchhandlung Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Thüringer Delikatess-Stangenläse Postlste (40 Stück) 3,20 Mark; franco Nachnahme. 4106 120 Stück 8,20 M. franco deutsche Bahnstation und Nachnahme. Joh. Schulze, Gr. Brombach S.-W.

Zahn-Klinik. Preis-befreiende Teil-jahlung. Olga Jacobson, strasse 145. Sonntags geöffnet!

Nur neueste Moden. Cylinderhüte und Chapeau claquees in großer Auswahl. Special-Hut-Engroslager nur neuester Moden. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen im Comptoir Neue Königl. 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexander-Platz. Größte Auswahl, außerordentlich billige Preise. 48732 neueste Form, mit Futter M. 1,50, Filzhüte für Herren, mit Atlasfutter M. 2,-, hochfeine Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,-, beste Qualität M. 4,50

